

Zeitschrift für angewandte Chemie

und

Zentralblatt für technische Chemie.

XXIV. Jahrgang.

Heft 86.

8. September 1911.

XXIV. Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker Stettin 1911.

Sitzung des Vorstandsrats

am 7. Juni 1911, nachmittags 3 Uhr, unter dem Vorsitz des Geheimen Regierungsrats
Prof. Dr. C. Duisberg.

Vors.: Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. C. Duisberg, Protokollführer: Prof. Dr. B. Rassow.

Anwesend sind vom Vorstand:

Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. C. Duisberg (1 Stimme).
Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. M. Delbrück (1 Stimme).
Dir. Fritz Lütty (1 Stimme).
Geheimer Rat Prof. Dr. W. Hempel (1 Stimme).
Dr. Paul Flemming (1 Stimme).
Dr. W. Scheithauer (1 Stimme).

Als Vertreter der Abteilungen sind gegenwärtig:

Für den Bezirksverein Aachen (1 Stimme)
Dr. ing. A. Fischer.
Für den Bezirksverein Bayern (2 Stimmen)
Dr. Landsberg.
Für den Bezirksverein Belgien (2 Stimmen)
Dr. A. Zanner.
Für den Bezirksverein Berlin (2 Stimmen)
Dr. S. Bein.
Für den Bezirksverein Frankfurt (3 Stimmen)
O. Wentzki.
Für den Bezirksverein Hannover (2 Stimmen)
Dr. O. Jordan.
Für den Märkischen Bezirksverein (4 Stimmen)
Dr. Th. Diehl.
Für den Bezirksverein Mittel-Niederschlesien (1 Stimme) Dr. Woy.
Für den Bezirksverein Neu-York (2 Stimmen)
Dr. Franz Meyer.
Für den Bezirksverein Oberrhein (3 Stimmen)
Dr. F. Raschig.
Für den Bezirksverein Oberschlesien (1 Stimme)
W. Wassermann.
Für den Bezirksverein Pommern (1 Stimme)
J. Creutz.
Für den Bezirksverein Rheinland (5 Stimmen)
Dr. Dressel.
Für den Bezirksverein Rheinland-Westfalen (4 Stimmen) Dr. Wirth.
Für den Bezirksverein an der Saar (1 Stimme)
V. Meurer.
Für den Bezirksverein Sachsen-Anhalt (3 Stimmen) Dr. Prüssing.

Für den Bezirksverein Sachsen-Thüringen (3 Stimmen) Prof. Dr. Brunck.

Für den Bezirksverein Württemberg (1 Stimme)
Prof. Dr. Schmidt.

Für die analytische Fachgruppe (1 Stimme)
Prof. Dr. Fresenius

Für die anorganische Fachgruppe (2 Stimmen)
Dr. Quincke.

Für die Fachgruppe für Gärungschemie (1 Stimme) Geheimer Rat Prof. Dr. Delbrück.

Für die Fachgruppe für gewerblichen Rechtsschutz (1 Stimme) Dr. Kloeppel.

Für die Fachgruppe für die Kaliindustrie (1 Stimme) Dr. Erchenbrecher.

Für die medizinisch-pharmazeutische Fachgruppe (1 Stimme) Dr. Eichengrün.

Für die Fachgruppe für Mineralöl und verwandte Fächer (1 Stimme) Dr. Scheithauer.

Für die organische Fachgruppe (1 Stimme)
Prof. Dr. Freund.

Für die Fachgruppe für chemisch-technolog. Unterricht (1 Stimme) Prof. Dr. Rassow.

Für die Fachgruppe der Chemie der Farben- und Textilindustrie (1 Stimme) Prof. Dr. Bucherer.

Frühere Vorsitzende:

Dir. Dr. H. Krey (1 Stimme).

Vors.: „Hochgeehrte Herren vom Vorstandsrat! Ich heiße Sie alle im Namen des Vereins herzlich willkommen. Sicherlich wird auch in diesem Jahre unsere Versammlung erfolgreich sein. Die Vorbereitungen und das Programm sind gut zu nennen. Ich habe die feste Überzeugung, daß sich die Stettiner Tagung würdig denen der letzten Jahre anreihen wird. Im nächsten Jahre sind 25 Jahre seit der Gründung des Vereins vergangen. Wir werden schon heute Gelegenheit nehmen müssen, darüber zu sprechen, wie wir diesen Tag würdig begehen wollen. Es bedarf, glaube ich, nur dieser Mitteilung, um Sie alle bezüglich dieses Punktes der Tagesordnung zum Nachdenken anzuregen. Wir müssen dieses Fest so feiern, daß es ein würdiger Markstein in der Geschichte des Vereins wird.“

Ich bitte nunmehr den Herrn Geschäftsführer, die Anwesenheitsliste festzustellen und mitzuteilen, wie viel Stimmen jeder zu vertreten hat.“

(Prof. Dr. R a s s o w verliest die Liste.)

Es wird festgestellt, daß 60 Stimmen vertreten sind, und die Mehrheit 31 ist.

V o r s.: „Wie Sie wissen, schreibt die Geschäftsordnung vor, daß die Einladungen zur Vorstandssitzung 6 Wochen vor der Hauptversammlung und die Einladungen zur Hauptversammlung selbst 6 Wochen vorher ausgeschrieben werden. Sie haben aber die Einladung zum Vorstandsrat erst 14 Tage vorher erhalten. Die Geschäftsführung läßt deshalb um Entschuldigung bitten; sie gibt an, daß die Tagesordnung, weil sie noch nicht fertig war, nicht gleichzeitig mit dem Einladungsschreiben hätte zugestellt werden können. Die Geschäftsführung ist der Meinung, daß der Termin von 6 Wochen zu früh angesetzt ist, und daß es auch in Ihrem Interesse läge, wenn die Einladung erst 14 Tage vor der Hauptversammlung verschickt wird. Wir bitten Sie daher, zuzustimmen, daß die Einladung zur Sitzung künftig erst 14 Tage vorher erfolgt. Aus der Zeitschrift ersehen Sie ja, an welchem Tage die Versammlung stattfinden wird.“

Der Vorschlag wird ohne Widerspruch angenommen.

Auch der Geschäftsbericht des Vorstandes ist nicht, wie es unsere Geschäftsordnung vorschreibt, 14 Tage vorher, sondern erst 10 Tage vorher an Sie gelangt. Es wird das damit erklärt, daß das Bureau geschäftlich zu sehr belastet war. Wir haben aber heute früh bei der Vorstandssitzung die Geschäftsführung beauftragt, das Mitgliederverzeichnis, das die Hauptarbeit bereitet, nicht, wie bisher üblich, am 1. Mai, sondern schon am 1. April abzuschließen, und dafür Sorge zu tragen, daß die Vorstandsberichte früher und rechtzeitig erscheinen, so daß im nächsten Jahre gleichzeitig mit der Einladung zur Vorstandssitzung auch dieser Geschäftsbericht an Sie gehen wird.

Ich bitte nun den Geschäftsführer, Herrn Prof. R a s s o w, das Protokoll, und Herrn Dr. F r i t z S c h a r f von unserer Geschäftsführung, die Rednerliste zu führen. Das Protokoll wird Ihnen, wie bisher üblich, 14 Tage nach Schluß der Hauptversammlung zugestellt werden.

In derselben Weise wie in früheren Jahren bitte ich alle Vorstandsratsmitglieder, den Vorstand bei seinen Verpflichtungen zu unterstützen und vor allem dafür zu sorgen, daß wir am Donnerstag pünktlich um 9 Uhr anfangen können.

Vor Eintritt in die Tagesordnung haben wir uns über zwei Dringlichkeitsanträge schlüssig zu machen. Der eine ist schon bekannt, es ist der Antrag der anorganischen Fachgruppe. Derselbe ist zwar publiziert worden, aber leider verspätet, erst in Nummer 21 unserer Zeitschrift. Der Antrag ist nicht, wie die Satzungen es vorschreiben, an den Vorsitzenden gerichtet worden, sondern an die Geschäftsführung und hier unter andere Geschäftspapiere geraten. Man hat ihn dort erst nach einigen Wochen wiedergefunden. Ich nehme an, daß Sie mit der Dringlichkeit einverstanden sind. — Es erhebt sich kein Widerspruch.

Der zweite Dringlichkeitsantrag wird vom Vorstande gestellt. Demnächst soll die Entscheidung

darüber fallen, ob bei der Veränderung der Bestimmungen über das Nahrungsmittelchemikerexamen die Apotheker, die im Examen die Note „sehr gut“ erhalten haben, oder ob, wie wir durch Eingaben bei den Behörden durchzusetzen versucht haben, ausschließlich Abiturienten zugelassen werden sollen. Der Verein deutscher Chemiker tut nun gut, die Gelegenheit der diesjährigen Hauptversammlung zu benutzen, um nochmals einen Keil in den Klotz zu hauen, den wir wiederholt schon angeschlagen haben, aber, wie ich leider konstatieren muß, bisher ohne Erfolg.

Wir schlagen deshalb folgende Resolution vor:

„Der Verein deutscher Chemiker betont wiederholt, daß die geeignete Vorbildung für Nahrungsmittelchemiker ohne Ausnahme die Reifeprüfung einer deutschen neunklassigen höheren Schule ist und beauftragt seinen Vorstand, an maßgebender Stelle erneut Vorstellungen in diesem Sinne zu machen.“

Es erhebt sich kein Widerspruch, Sie sind mit der Dringlichkeit einverstanden.

Wir können nunmehr in die Tagesordnung eintreten.“

1. Geschäftsbericht des Vorstandes

liegt gedruckt vor und wird genehmigt; er lautet:

Das Jahr 1910 war ein Jahr der ruhigen geistlichen Entwicklung für unseren Verein. Die Zahl unserer Mitglieder hat stärker zugenommen, als in den meisten vorhergehenden Jahren; dieser erfreuliche Zuwachs ist sowohl durch die Erhöhung der Zahl der Neuanmeldungen, als durch die Verminderung der Austritte bewirkt worden. Gerade auf den letzten Umstand legen wir besonderen Wert, als ein Zeichen dafür, daß die Mehrzahl der Mitglieder sich der Vorteile, die in dem Zusammenschluß aller deutschen Chemiker beruhen, bewußt ist und mit dem Vorstand einig geht in den Fragen der Hebung unseres Standes. Daß bei rund 4500 Mitgliedern immer eine nicht unbedeutende Zahl von Fachgenossen wegen Berufswechsel und aus anderen Gründen dem Verein den Rücken kehrt, ist natürlich; es ist die Pflicht aller Organe des Vereins, dahin zu wirken, daß solche Verluste nach Möglichkeit vermieden werden, und darauf hinzuwirken, daß die Tausende von deutschen Chemikern, die noch nicht zu den unserigen zählen, gewonnen werden. Nur wenn die Masse der deutschen Chemiker, auch der in engeren Interessenverbänden zusammengeschlossenen, in unserem Verein fest zusammensteht, vermag der Vorstand die Interessen des Standes mit dem nötigen Nachdruck zu vertreten. Wir richten daher erneut an alle Mitglieder des Vereins, insbesondere auch an die Vorstände der Bezirksvereine und Fachgruppen, die dringende Mahnung, alle noch beiseite stehenden Fachgenossen, mögen sie nun im Lehramt bei unseren Hoch- und Mittelschulen, in der Technik oder in Untersuchungsstationen tätig sein, zum Beitritt aufzufordern.

Die Hauptversammlung München hatte einen harmonischen, anregenden Verlauf; ausgezeichnete Vorträge in den allgemeinen Sitzungen, ernste wissenschaftliche und technische Arbeit in den Fachgruppen, wohl vorbereitete Besichtigungen und fröhliche Geselligkeit trugen in gleichem Maße

dazu bei, der Versammlung zu vollem Gelingen zu verhelfen.

Unser herzlichster Dank sei allen, die dazu beigetragen haben, insbesondere dem Münchener Ortsausschuß, auch an dieser Stelle ausgesprochen.

Die persönliche Teilnahme unseres Altmeisters, Exzellenz A. von Baeyer, gab unserem Vorsitzenden Anlaß, der von ihm im Jahre 1909 begründeten C. Duisberg-Stiftung durch Stiftung der Adolf Baeyerplakette eine besondere Weihe zu verleihen. Die Abbildung dieser Plakette ist dem Heft 43 unserer Zeitschrift vorgeheftet, die den Gruß unseres Vereins zum 75. Geburtstag von Adolf von Baeyer enthält. Die Zinsen der C. Duisberg-Stiftung aus dem in München erhöhten Kapital werden auf der Hauptversammlung Stettin zum ersten Male zur Vergebung kommen.

Die Einrichtungen, die unser Verein zugunsten seiner Mitglieder getroffen hat, haben sich im laufenden Jahre kräftig weiter entwickelt. Besonders ist die Stellenvermittlung in steigendem Maße in Anspruch genommen worden, und diese Steigerung hat sich im laufenden Jahre fortgesetzt.

Daß die großen Vorteile, die unser Vorzugsvertrag mit der Stuttgarter Lebensversicherungsbank bietet, immer mehr von unseren Mitgliedern anerkannt werden, geht daraus hervor, daß im Berichtsjahr die Abschlüsse von Lebensversicherungen nach Zahl und Umfang beträchtlicher waren, als je zuvor. Sollten die Debatten über die zu schaffende Pensionsversicherung der Privatbeamten schon ihre Schatten vorausgeworfen und eine größere Zahl unserer Mitglieder daran gemahnt haben, für ihr Alter und ihre Familie weiterachauend zu sorgen, so dürfte das bereits ein schöner Erfolg der ganzen Bewegung sein.

Die Rechtsauskunftsstelle ist je länger je mehr eine unentbehrliche Vereinseinrichtung geworden, die Zahl der Anfragen hat wiederum erheblich zugenommen. Dagegen klagt unser Rechtsrat, daß ihm zu selten von den Fragestellern der Ausgang der betreffenden Sache mitgeteilt würde. Soll die ganze Einrichtung nicht nur dem Einzelnen, sondern auch der Gesamtheit der Chemiker nützen, so ist es unbedingt nötig, daß Herrn Prof. Osterrieth der Ausgang jedes einzelnen Falles mitgeteilt werde. Nur so wird unser Rechtsrat in die Lage kommen, aus der Praxis für die Praxis Rat zu erteilen und dem Sozialen Ausschusse Anregungen für die Abstellung bestehender Mißstände zu geben.

Das Leben in den Bezirksvereinen war in den Berichtsjahren fast durchweg ein reges; die Bitte unseres Vorstandes, die Bezirksvereine möchten neben den zur Veröffentlichung in der Zeitschrift bestimmten Sitzungsberichten regelmäßig tabellarische Zusammenfassungen über ihre Veranstaltungen an die Geschäftsstelle senden, ist meist befolgt, von selten eines Bezirksvereins zu unserer Verwunderung direkt abgelehnt worden.

Im Berichtsjahre begannen die ersten Vorbereitungen für den Internationalen Chemikerkongreß Washington-New-York 1912. Entsprechend einer Anregung unseres Vereins hat der Arbeitsausschuß in Amerika beschlossen, die großen nationalen Vereine zur Mitarbeit heranzuziehen und so die Kongresse auf

eine breitere Basis zu stellen. Dementsprechend hat es unser Verein übernommen, als deutsche Zentrale für den Kongreß zu wirken. Wir bitten alle unsere Mitglieder und besonders die Vorstände der Fachgruppen, uns bei den Vorarbeiten zu unterstützen, damit die deutsche Chemie entsprechend ihrer wissenschaftlichen und technischen Bedeutung auf dem nächsten Kongreß vertreten ist.

Vereinsstatistik.

Die Gesamtzahl der Mitglieder betrug am 31. Dezember 1909 4131

Neugemeldet wurden vom 1. Januar bis 31. Dezember 1910 480
Zusammen 4611

Ausgeschieden sind:

a) Gestorben vom 1. Januar bis 31. Dezember 1910. 37
b) Ausgetreten. 137 174
Daher Mitgliederbestand am 31. Dezember 1910. 4437

Ein erfreuliches Bild der Entwicklung des Vereins seit dem 1. Januar 1888 wird durch die nachfolgende Übersicht gegeben:

	Mitgliederbestand	Neugemeldet im laufenden Jahr	Ausgetreten	Gestorben	Reiner Zuwachs	Zahl der Bezirksvereine	Fachgruppen
1888	—	—	—	—	237	—	—
1889	237	—	—	—	192	4	—
1890	429	—	—	—	139	5	—
1891	568	—	—	—	135	6	—
1892	703	—	—	—	93	7	—
1893	796	—	—	—	64	8	—
1894	860	—	—	—	260	9	—
1895 ¹⁾	1120	—	—	—	9	9	—
1896	1129	—	—	—	162	10	—
1897	1291	—	—	—	102	10	—
1898	1393	467	65	14	388	12	—
1899	1781	388	57	16	315	15	—
1900	2096	430	105	15	310	18	—
1901	2406	341	143	17	181	19	—
1902 ²⁾	2587	379	187	23	169	19	—
1903	2756	357	187	19	151	19	—
1904	2907	402	156	35	211	19	—
1905	3118	357	173	20	164	19	—
1906	3282	335	180	34	121	19	—
1907	3403	602	278	35	289	19	2
1908	3692	494	196	28	270	19	11
1909 ³⁾	3962	433	232	32	169	19	12
1910	4131	480	137	37	306	20	12
1911	4437						

Aus dieser Zusammenstellung geht hervor, daß die Werbekraft unseres Vereins im vergangenen Jahre wieder in erfreulichem Steigen gewesen ist. Die Zahl neuergetretener Mitglieder ist um reichlich 10% gestiegen. Die Zahl der Todesfälle steht im gleichen Verhältnis zur Mitgliederzahl wie früher.

¹⁾ Am 1./7. 1894 hatte der Verein die Mitgliederzahl 1000 erreicht.

²⁾ Am 31./5. 1901 wurde bei der Hauptversammlung zu Dresden das 2500. Mitglied aufgenommen.

³⁾ Das 4000. Mitglied zählten wir am 15./2. 1909.

Die Zahl der Austritte ist aber zu unserer großen Freude geringer gewesen, als seit vielen Jahren. Dadurch resultiert ein reiner Zuwachs in einer Höhe, wie er in diesem Jahrhundert überhaupt noch nicht zu verzeichnen war. In den ersten 10 Jahren dieses Jahrhunderts hat sich die Zahl der Mitglieder verdoppelt. Natürlich ist bei der immerhin beschränkten Zahl von Chemikern ein Steigen in der gleichen Progression nicht möglich. Nach unserer Schätzung stehen aber immer noch 3000 bis 4000 deutsche Chemiker mit akademischer Bildung unserem Verein fern; diese zu gewinnen, muß unser aller eifriges Bestreben sein.

Vom 1. Januar bis 30. April ds. Js. sind 185 neue Mitglieder aufgenommen worden, während 14 verstorben und 106 ausgeschieden sind. Der Verein hatte daher Ende April d. J. 4502 Mitglieder gegen 4255 am 30. April 1910.

Abteilungen des Vereins.

Die Zahl der Bezirksvereine hat sich im Berichtsjahre um einen vermehrt. Der Bezirksverein Südamerika (Argentinien) ist neu begründet worden und hat schon eine eifrige Tätigkeit entfaltet. Wir würden es mit großer Freude begrüßen, wenn noch in anderen Gegenden außerhalb des deutschen Reiches unsere deutschen Fachgenossen sich zu Bezirksvereinen zusammentäten und durch eifrige Pflege von Wissenschaft und Geselligkeit, sowie durch engen Anschluß an den Hauptverein den Stand der Chemiker und die deutsche Chemie auch außerhalb der deutschen Grenzpfähle und jenseits des Meeres förderten. Unsere Kollegen in Belgien und Nordamerika sind ja schon seit Jahren mit gutem Beispiel vorangegangen.

Der bayrische Bezirksverein ist in höchst dankenswerter Weise mit der Gründung einer studentischen Ortsgruppe Erlangen vor-

gegangen (vgl. S. 1671). Hoffentlich findet diese Einrichtung eifrige Nachahmung.

Die nachstehende Tabelle zeigt, in welcher Weise sich die Zahl der außerordentlichen Mitglieder bei den einzelnen Bezirksvereinen entwickelt hat:

	1910	1909	1908	1907	1906	1905	1904	1903
Aachen	17	17	11	12	7	7	7	12
Bayern	5	5	6	7	10	9	4	4
Berlin	—	—	—	—	—	28	28	—
Frankfurt	21	23	18	21	21	21	22	23
Hannover	52	65	?	78	66	68	66	62
Mittel-Nieder-								
schlesien	48	52	58	59	58	55	40	45
Oberschlesien	42	42	37	37	41	40	45	36
Pommern	6	—	—	—	—	—	—	—
Rheinland	25	19	13	10	15	15	25	34
Rheinland-								
Westfalen	47	43	46	38	25	25	13	16
Saar	1	1	1	1	1	1	1	—
Württemberg	41	42	42	45	46	46	43	40
	305	309	232	308	290	315	294	272

Es waren daher den Bezirksvereinen (ohne Berlin) im Jahre 1910 noch 305 außerordentliche Mitglieder angeschlossen, die nicht Mitglieder des Hauptvereins sind.

Unter Berücksichtigung der außerordentlichen Mitglieder sind also im Mai 1911 im Verein deutscher Chemiker 4807 Chemiker, Institute und Firmen der chemischen Industrie vereinigt gegen 4564 im Jahre 1910, 4307 im Jahre 1909, 4184 im Jahre 1908, 3808 im Jahre 1907, 3685 im Jahre 1906, 3504 im Jahre 1905 und 3296 zur gleichen Zeit des Jahres 1904.

Die im Jahre 1910 bestehenden zwölf

Fachgruppen

waren die folgenden:

Mitgliederbestand der Bezirksvereine am 30. April.

Bezirksverein:	1911	1910	1909	1908	1907	1906	1905	1904	1903
Aachen	57	64	64	41	41	38	39	42	41
Argentinien	22	—	—	—	—	—	—	—	—
Bayern	133	116	109	96	85	84	71	73	65
Belgien	109	76	79	90	83	70	82	69	69
Berlin	176	146	176	182	186	238	265	305	369
Frankfurt	236	237	224	202	193	188	163	148	148
Hamburg	154	124	127	116	109	103	101	99	91
Hannover	149	153	156	150	152	143	124	120	122
Märkischer	398	397	370	313	272	230	220	190	151
Mittel-Niederschlesien	63	54	62	65	66	61	63	65	66
Neu-York	162	141	142	139	143	161	162	144	116
Oberrhein	273	280	290	301	283	254	253	249	191
Oberschlesien	76	83	107	101	119	114	117	125	131
Pommern	58	49	48	34	34	33	35	34	37
Rheinland	487	454	395	379	275	255	247	235	233
Rheinland-Westfalen	336	288	241	213	191	178	155	149	146
Saar	29	28	31	28	33	33	29	30	22
Sachsen-Anhalt	242	234	261	272	267	254	249	206	220
Sachsen-Thüringen	293	263	271	256	248	222	206	161	144
Württemberg	78	82	77	67	67	55	61	63	60
	3531	3269	3230	3045	2847	2714	2642	2507	2422

oder in Prozenten der Gesamtzahl der Mitglieder:

79,6	76,8	79,2	78,6	80,9	80,5	83,0	83,0	85,7
------	------	------	------	------	------	------	------	------

Fachgruppe für:	Mitglieder
analytische Chemie	114
anorganische Großindustrie	181
Gärungschemie	79
Geschichte der Chemie	?
gewerblichen Rechtsschutz	70
Kaliindustrie	69
medizinisch-pharmazeutische Chemie	161
Mineralöl und verwandte Fächer	45
organische Chemie	60
Photochemie und Photographie	42
chemisch-technologischen Unterricht	63
Chemie der Farben- und Textilindustrie	103

Die Mehrzahl der Bezirksvereine hat sich im vergangenen Jahre in günstiger Weise weiter entwickelt. Am Schlusse dieses Berichts geben wir die Jahresberichte der Bezirksvereine im Auszuge wieder. Daraus geht hervor, daß in allen ein reges wissenschaftliches und geselliges Leben herrschte.

Die Kassenverhältnisse der Bezirksvereine sind durchweg günstig.

Die Fachgruppen sind fast alle mit hohen Mitgliederzahlen ins Leben getreten. Sie tagten gelegentlich der Hauptversammlung. Auszüge aus den Jahresberichten einiger Fachgruppen finden sich gleichfalls am Schlusse dieses Berichtes.

Von der Einrichtung, die Sonderbeiträge durch den Schatzmeister des Hauptvereins einziehen zu lassen, machten folgende Bezirksvereine Gebrauch: Hannover, Mark, Mittel- und Niederschlesien, Oberrhein, Sachsen-Anhalt, Sachsen-Thüringen, ferner die meisten Fachgruppen.

Es sind auf diesem Wege in den letzten Jahren folgende Summen vereinnahmt und abgeliefert worden:

1903	1686
1904	3942
1905	2142
1906	935
1907	2387
1908	2266
1909	2735
1910	3940

Die Ersparnis an Mühe und Portokosten, die die Mitglieder der Bezirksvereine durch diese Art der Zahlung hatten, läßt es erwünscht erscheinen, daß auch andere Bezirksvereine und Fachgruppen von dieser Einrichtung Gebrauch machen.

Totenliste für das Jahr 1910.

Fabrikbesitzer Apfeld, Neiß.
Dr. Axelrod, Oberschöneweide.
Dr. Hans Bammann, Leverkusen.
Dr. Oscar Brenken, Luzern.
Hofrat Dr. H. Caro, Mannheim.
Kom.-Rat Dr. Aug. von Clemm, Mannheim.
Bruno Drescher, Staßfurt.
Dr. H. Dubois, Rheinau.
Prof. Dr. Hugo Erdmann, Charlottenburg.
Dr. Fahlberg, Nassau.
Dr. Gänge, Jena.
Dr. Karl Goldstein, Nürnberg.
Oscar Gutmann, London.
Kom.-Rat Hermisdorf, Chemnitz.
Dr. R. Kayser, Nürnberg.
Prof. Dr. von Knorre, Charlottenburg.

Dr. Lambrecht, Hannover.
G. Lindemann, Barmen.
Dr. F. Lorenz, Hannover.
Dr. J. Marx, Griesheim a. M.
Dr. Ludwig Mond, London.
Dr. ing. J. Müller, Kleinblittersdorf.
Bergassessor Naegeli, Breslau.
Kom.-Rat Preibisch, Reichenau.
C. Raspe, Weißensee.
Dr. Rechnitz, Brünn.
Dr. F. Sauer, Staßfurt.
Kom.-Rat Dr. Franz Schönfeld, Düsseldorf.
H. Thies, Coesfeld.
Dr. J. Treumann, Hannover.
Dr. H. Vogtherr, Köln.
Carl Vigelius, New York.
Prof. Dr. Jacob Volhard, Halle/Saale.
Kom.-Rat Leo Vossen, Aachen.
Georg Walther, Köln.
Dr. A. Wedel, Berlin.
Ad. Wöschler, Höchst/Main.
Dr. Wolff, Wetzlar.

Totenliste für 1911.

Dr. Ernesto Belloni, Luino.
Dr. Artur Bucky, Berlin.
Kom.-Rat Dr. Engelhorn, Mannheim.
Dr. Willy Gößling, Leipzig.
Dr. H. Herzfeld, Berlin.
Prof. Dr. J. H. van't Hoff, Berlin-Steglitz.
Dr. Karl Hohmann, Aachen.
Dr. Rob. Jacob, Ammendorf-Radewell.
Ernst Maaß, Hamburg.
Dr. J. Mehlis, Nördlingen.
Erling Nilsen, Bad.-Rheinfelden.
Dr. Reusch, Königsfeld.
Dipl.-Ing. Fritz Sauer, Staßfurt.
Dr. Max Schmidt, Rüthi.
H. Tzschucke, Düsseldorf.
Dr. Würthner, Stuttgart.
Justin Wunder, Neunkirchen.

Verträge mit Versicherungsgesellschaften.

Stuttgarter Lebensversicherungsbank A.-G. Die Zahl der im Berichtsjahre abgeschlossenen Polizen, sowie die Höhe der Gesamtversicherungssumme hat im vergangenen Jahre eine beträchtliche Steigerung erfahren; ein erfreulicher Beweis dafür, daß immer weitere Kreise unserer Mitglieder von der Pflicht einer möglichst intensiven Hinterbliebenenfürsorge durchdrungen werden und die bedeutenden Vorteile unseres Vorzugsvertrages wahrnehmen. Verschiedene Anfragen aus den Mitgliederkreisen, betr. Anwendung des Vorzugsvertrages auf einzelne Fälle, gaben der Geschäftsstelle Veranlassung, über diese Fragen mit der „Alten Stuttgarter“ zu korrespondieren. Da wir vermuten, daß auch anderwärts Zweifel bestehen, so wollen wir hier die einzelnen Punkte wiedergeben. Erwirbt ein Chemiker, der schon im Besitze einer Lebensversicherungspolize bei unserer Vertragsgesellschaft ist, nachträglich die Mitgliedschaft beim Verein, so tritt er auf Antrag bei der Gesellschaft in den Genuß des Prämienrabattes, hat dagegen keinen Anspruch auf nachträgliche Erstattung der 5/100 der Versicherungssumme betragenden Abschlußbonifikation. Alle Vorteile des Vertrages er-

löschen wieder bei erfolgtem Austritt aus dem Verein. — Weiter hat die Gesellschaft sich bereit erklärt, die Vorteile des Vertrages nicht nur wie bisher den Einzelmitgliedern und Inhabern persönlicher Firmen, sondern auch den Vorständen und Leitern der unpersönlichen Firmen (Aktiengesellschaften, Gesellschaften m. b. H. usw.) zu gewähren und in denjenigen Fällen, wo mehrere Herren in Frage kommen, den Vertrag für alle gelten zu lassen. Die Vergünstigungen würden dann in Wegfall kommen, wenn die Firma aus dem Verein austritt, oder wenn der Versicherte aus der Firma ausscheidet, ohne selbst Mitglied des Vereins zu sein oder zu werden.

Die Zahl der Unfallversicherungen, die unsere Mitglieder mit der Frankfurter Transport-Unfall- und Glasversicherungs-A.-G. abgeschlossen haben, ist etwas gefallen; dagegen ist die Höhe der versicherten Summen, abgesehen von dem Rekordjahr 1909, unverändert geblieben.

Mit der Gesellschaft „Deutscher Anker“ ist wiederum keine Krankenversicherung auf Grund des bestehenden Vorzugsvertrages zustande gekommen. An der Propaganda auch für diese Versicherungsart hat es die Geschäftsstelle nicht fehlen lassen. Da wir nicht glauben, daß das Bedürfnis bei den Chemikern für eine Krankenversicherung fehlt, scheint es, als ob sich unsere Vereinsmitglieder erst im Laufe der Jahre mit der Idee, sich auch für den Krankheitsfall zu versichern, vertraut machen müßten.

Das Gleiche ist von den übrigen Verträgen zu sagen.

Wir möchten daher unsere Mitglieder erneut empfehlend auf die bestehenden Verträge für Haftpflichtversicherung mit dem Allgemeinen deutschen Versicherungsverein zu Stuttgart (vgl. diese Z. 23, 122 [1910]), ferner für Glas- und Wasserleitungsschadenversicherung mit der Frankfurter Transport-Unfall- und Glasversicherungsgesellschaft hinweisen.

Unseren Vertrauensmännern für Versicherungswesen sprechen wir für die Mühewaltungen, die sie im Interesse des Vereins und seiner Mitglieder übernommen haben, auch bei dieser Gelegenheit den herzlichsten Dank aus und hoffen, daß es mit ihrer Hilfe gelingt, immer weitere Kreise von Chemikern über den Nutzen und die zweckmäßigste Art von Versicherungen aufzuklären.

Die Zahlen der abgeschlossenen Versicherungen und die Versicherungssummen waren im Jahre 1910 die folgenden:

I. Stuttgarter Lebensversicherungsbank. Polizen 71 (1909: 58; 1908: 57; 1907: 38; 1906: 41; 1905: 42).

Versicherungssummen: 1200000 (1909: 687500; 1908: 933900; 1907: 467000; 1906: 609000; 1905: 599000).

II. Frankfurter Transport-Unfall- und Glasversicherungs-A.-G. Unfallversicherung. Polizen 99 (1909: 101; 1908: 112; 1907: fehlt; 1906: 54; 1905: 50).

Versicherungssumme auf Todesfall: 1 561 000 (1909: 1 981 500; 1908: 1 570 250; 1907 fehlt; 1906: 766 500; 1905: 731 000).

Versicherungssumme auf Invaliditätsfall: 4 028 000 (1909: 4 754 250; 1908: 4 247 050; 1907 fehlt; 1906: 1 891 500; 1905: 1 825 000).

Verkehr mit befreundeten Fachvereinen.

Der Verein war durch Mitglieder seines Hauptvorstandes, der Bezirksvereine oder durch den Generalsekretär bei den Hauptversammlungen folgenden Vereine vertreten:

Bund deutscher Nahrungsmittelfabrikanten,
Chemische Reichsanstalt,
Deutsches Museum,
Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte,
Deutscher Verein für den Schutz des gewerblichen Eigentums,
Freie Vereinigung deutscher Nahrungsmittelchemiker,
Internationale Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz,
Verband deutscher Diplomingenieure,
Verband selbst. öffentl. Chemiker Deutschlands,
Verein deutscher Ingenieure,
Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands,
Verein deutscher Eisenhüttenleute,
Verein österreichischer Chemiker,
Verein der Spiritusfabrikanten in Deutschland,
Verein der Zellstoff- und Papierchemiker.

Tätigkeit des Vorstandes.

Der Vorstand hielt im Jahre 1910 2 Sitzungen ab, von denen die eine am 18./5. zu München, die andere am 26./11. 1910 zu Berlin (vgl. das Protokoll in unserer Z. 23, 2380 [1910]) stattfand.

Außerdem fanden mehrfach mündliche Besprechungen zwischen dem Vorsitzenden, dem Geschäftsführer und den Mitgliedern des Vorstandes statt, sowie ein äußerst reger Briefwechsel. Der Vorsitzende versandte im ganzen 620 Briefe und Rundschreiben in Vereinsangelegenheiten.

Tätigkeit der Geschäftsstelle.

Die Geschäftsstelle hatte an schriftlichen Ein- und Ausgängen insgesamt 6820 zu verzeichnen. Für die Statistik der Chemiker wurden ferner 371 Fragebogen versandt und 150 Mahnkarten. In Sachen der Inseratenpropaganda kamen 1225 Rundschreiben zur Versendung.

Auszüge aus den Berichten der Abteilungen.

I. Bezirksvereine.

Bezirksverein Aachen. Das Jahr 1910 zeigte nicht den günstigen Verlauf des vorhergehenden Jahres. Durch Austritte aus dem Hauptverein, Übertritte in andere Bezirksvereine wurde eine ganze Anzahl von Mitgliedern eingebüßt. Es fanden 7 ordentliche Versammlungen, eine außerordentliche sowie eine gemeinsame Sitzung mit der naturwissenschaftlichen Gesellschaft und dem Aachener Bezirksverein deutscher Ingenieure statt, ferner eine Exkursion in die Gummiwarenfabrik von S. Saul. Der Besuch der Versammlungen, insbesondere solcher mit Vorträgen, wird als recht gut bezeichnet. Es wurden folgende Vorträge gehalten: „Über den kolloidalen Zustand der Materie“, „Über Privatbeamtenversicherung“, „Die freiwilligen

Pensionseinrichtungen für Beamte und Privatunternehmungen“, „*Ergebnisse der Radiumforschung*“, „*Über Farbenphotographie nach Lumière*“, „*Über die Stereoisomerie des Stickstoffs*“, „*Über den Vertrag des Vereins deutscher Chemiker mit der Stuttgarter Lebensversicherungsbank und die Vorteile, die er dem Verein bietet*“, „*Über elektrolitische Zähler*“.

Bezirksverein Bayern. Es wurden 6 Wanderversammlungen abgehalten, 3 in Nürnberg und 3 in Erlangen. Eine Versammlung in Erlangen fand gemeinschaftlich mit der dortigen chemischen Gesellschaft und eine Versammlung in Nürnberg gemeinsam mit der chemischen Sektion der naturhistorischen Gesellschaft statt. Ferner stand der Bezirksverein im Einladungsverhältnis mit dem fränkisch-oberpfälzischen Bezirksverein deutscher Ingenieure. Von besonderer Bedeutung für das innere Vereinsleben war die Gründung der studentischen Ortsgruppe Erlangen und der Ortsgruppe München. Dieser regen Entfaltung entspricht die Zunahme der Mitgliederzahl. Eingetreten sind 30 ordentliche und 40 studentische Mitglieder, ausgetreten 9 ordentliche und 2 studentische Mitglieder, so daß der Bestand 138 ordentliche, 5 außerordentliche und 38 studentische Mitglieder beträgt. Vorträge: „*Über die Adsorption von Acetylen durch Palladium*“, „*Die Farbstoffe der antiken Purpurfärbung*“, „*Die Verwertung der Photographie in der Rechtspflege*“.

Bezirksverein Belgien. Die Mitgliederzahl stieg um 48 auf 120, davon wohnen 66 in Belgien. Es wurden eine Vorstandssitzung und 10 Monatsversammlungen (6 in Brüssel und 4 in Antwerpen) abgehalten. Vorträge: „*Reiseindrücke aus den Vereinigten Staaten von Amerika*“, „*Kurzer Überblick über die Brüsseler Ausstellung*“, „*Kritische Betrachtungen über das Intensivverfahren in der Schwefelsäurefabrikation*“, „*Versuche von Kalkschlammverwertungen in Zuckerfabriken*“. Als Glanzpunkt der Vereinsveranstaltungen wird das am 24. und 25./9. anlässlich der Brüsseler Weltausstellung gefeierte Familienfest des Bezirksvereins bezeichnet.

Bezirksverein Berlin. Es fanden 8 Versammlungen statt, in denen insgesamt 6 Vorträge gehalten und 4 kleinere Besprechungen, sowie wissenschaftliche Mitteilungen gemacht wurden. Unter den Vorträgen ragte einer über „*Bierbrauerei*“ besonders hervor. Der Mitgliederbestand hat sich etwas erhöht. Von dem verhältnismäßig hohen Kassenbestand wurden der Hilfskasse des Bezirksvereins 300 M überwiesen, während sie in einem Gesamtbetrag von 600 M beansprucht wurde.

Bezirksverein Frankfurt. Es ist ein kleiner Rückgang von 2 ordentlichen und 1 außerordentlichen Mitglied zu verzeichnen, hauptsächlich infolge des Todes von 4 ordentlichen Mitgliedern. Insgesamt fanden 9 Monatsversammlungen, darunter 1 Wanderversammlung, ferner 5 Besichtigungen statt. Vorträge: „*Ballongase*“, „*Interessantes aus der Industrie aus Oberitalien und Südostfrankreich*“, „*Zur Theorie des Bleikammerprozesses*“, „*Die Darstellung von Bleiweiß*“, „*Aufgaben und Organisation des Städt. hygien. Instituts*“, „*Vorkommen der Schwefelsäure in der Milch*“, „*Bestimmung der Kohlensäure im Wasser und des Rußes in der Luft*“, „*Wasserreinigung*“. Die beabsichtigte

und vom Bezirksverein befürwortete Gründung eines Verbandes der technischen Vereine Frankfurts zur Förderung gemeinschaftlicher Bestrebungen ist nicht zustande gekommen, weil zwei größere Korporationen sich daran nicht beteiligen wollen.

Bezirksverein Hamburg. Der Bezirksverein zählte 154 Mitglieder, gegenüber 120 im Vorjahre. Es wurden eine Vorstandssitzung und 6 wissenschaftliche Sitzungen abgehalten, diese gemeinsam mit dem Chemikerverein in Hamburg. Vorträge: „*Über eine neue Darstellung von künstlichem Indigo*“, „*Über die Verwertung der Abhitze heißer Schlacken*“, „*Zirkonerde, ein Mineral der Zukunft*“, „*Chemische Wirkung elektrischer Entladungen und ihre Anwendungen in der Technik*“, „*Bericht über die Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker in München*“, „*Über Ferrosilicium*“, „*Untersuchungsmethoden für Ferrosilicium*“, „*Die Bedeutung des Markenschutzes für den Chemiker*“. Außerdem nahm der Bezirksverein an 2 Sitzungen des naturwissenschaftlichen Vereins teil. Schließlich fand auch Ende des Jahres eine Besichtigung statt.

Bezirksverein Hannover. Der Mitgliederbestand betrug am 1./1. 1911 (1910) 134 (149), ordentliche und 52 (55) außerordentliche Mitglieder. Es sind im ganzen 8 Mitglieder gestorben, darunter der erste Vorsitzende des Bezirksvereins, Dr. Treumann. Es fanden 9 ordentliche Versammlungen statt und 2 Vorstandssitzungen. Vorträge: „*Das deutsche chemische Vereinsleben*“, „*Der Graphit und sein Vorkommen*“, „*Staatliche Privatbeamtenversicherung*“, „*Die Tätigkeit des Verbandes zur wissenschaftlichen Erforschung der Deutschen Kalisalzlagertstätten*“, „*Die Fettsäure durch Fermente*“, „*Bericht über die Münchener Hauptversammlung*“, „*Fortschritte in der anorganischen Großindustrie*“, „*Chemische Reaktionen unter Druck und ihre Anwendung auf die anorganische und organische Technik*“. Auf Veranlassung der Leitung des Verbandes technisch-wissenschaftlicher Vereine, dem auch der Bezirksverein angehört, wurden 7 Verbandssitzungen abgehalten, in denen weiterhin 6 Vorträge geboten wurden.

Märkischer Bezirksverein. Das neunte Berichtsjahr nahm wiederum einen günstigen Verlauf. Es traten 43 neue Mitglieder ein, während 6 durch den Tod verloren wurden und 34 durch Übertritt in andere Bezirksvereine sowie durch Austritt aus dem Hauptverein ausschieden. Die Mitgliederzahl stieg demnach von 400 auf 403. Es wurden neun Vereinskongresse abgehalten, die meist zahlreich besucht waren. Vorträge: „*Über die chemischen Sinne*“, „*Über selbsttätige Wärmeregulation und Konstanterhaltung von Temperaturen durch den Temperator*“, „*Über Wasserreinigung nach dem Permutitverfahren*“, „*Über künstliche und synthetische Edelsteine*“, „*Über Patentschutz für Verfahren, deren Neuheit im Arbeitsmittel liegt*“, „*Über Cellit, ein neues Mittel für die Erhaltung und Ausbesserung alter Handschriften*“, „*Über chemische und verwandte Industrie auf der Brüsseler Weltausstellung*“, „*Allgemeine Betrachtungen über chemische Strukturformeln*“, „*Neues aus dem Gebiete der Acetylcellulose*“. Ferner wurde noch eine Anzahl wissenschaftlicher und technischer Mitteilungen in den verschiedenen Sitzungen gemacht.

Die Hilfskasse des Bezirksvereins wurde in fünf Fällen in Anspruch genommen.

Bezirksverein für Mittel- und Niederschlesien. Das 11. Vereinsjahr brachte einen erfreulichen Zugang an Mitgliedern. Der Bezirksverein zählt jetzt 63 ordentliche und 48 außerordentliche Mitglieder, gegenüber 48 und 52 im Vorjahre. In den 8 ordentlichen Sitzungen wurden folgende Vorträge gehalten: „*Erdölgewinnung in Rumänien*“, „*Verarbeitung des Erdöls in Rumänien*“, „*Der Tunnelofen, Patent Fangeron*“, „*Über Kupferkalksaccharat*“, „*Neuere und insbesondere physikalische Untersuchungsmethoden bei Wasser und Nahrungsmitteln*“, „*Mitteilungen aus der Praxis der gerichtlichen Chemie*“, „*Über Quarzglas und Quarzglas*“. Der Bezirksverein rüstet sich zum Empfange des Hauptvereins im Jahre 1913.

Bezirksverein Neu-York. Wie im Vorjahre, wurden gemeinschaftliche Sitzungen mit der Neu-Yorker Sektion der Society of chemical Industry abgehalten mit insgesamt 14 Vorträgen, von denen hier genannt seien: „*Das Färben von stehenden Bäumen*“, „*Seide und Verfahren zum Färben, Trocknen, Beschuern und Appretieren*“, „*Vergleichende Analyse des irischen Torfes*“, „*Ein Cellulosederivat mit niedrigem Stickstoffgehalt*“, „*Ein neues System der Dreifarbenphotographie*“, „*Das Ivesche Universalcolorimeter*“, „*Der wissenschaftliche Chemiker in den Vereinigten Staaten*“, „*Die Interessen der amerikanischen chemischen Industrie*“, „*Einige Zweige der amerikanischen chemischen Industrie*“, „*Die Farbenindustrie Amerikas*“. Anlässlich des Rücktrittes Prof. Ch a n d l e r s von seinem Lehramte wurde eine Feier veranstaltet, über die in der Vereinszeitschrift seiner Zeit berichtet worden ist. Ebenso wurde auch über den Bau des Chemists Clubs hier Bericht erstattet. Der Bezirksverein zählt 167 Mitglieder (— 14).

Bezirksverein Oberrhein. Im 12. Vereinsjahr traten in den Bezirksverein 18 Mitglieder ein, 3 starben und 20 traten aus, so daß die Zahl von 295 auf 290 Mitglieder gesunken ist. Vorträge: „*Chlorgewinnung und Chlorverwertung*“, „*Neuere Ergebnisse der Eiweißchemie*“, „*Neuere Ergebnisse der Gärungschemie*“, „*Technische Eindrücke aus den Vereinigten Staaten*“. Am 31./10. 1910 wurde gemeinschaftlich mit dem Mannheimer Bezirksverein deutscher Ingenieure im Gesellschaftshaus der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik eine Gedächtnisfeier zu Ehren Heinrich Caros veranstaltet. Der Bericht klagt über geringe Teilnahme an den geselligen Zusammenkünften.

Bezirksverein Oberschlesien. Die Zahl der ordentlichen Mitglieder betrug 83, die der außerordentlichen Mitglieder 42. Vorträge: „*Beiträge zur Gasanalyse*“, „*Radium und Radioaktivität*“.

Bezirksverein Pommern. Mitgliederbestand 47 ordentliche und 6 außerordentliche Mitglieder (+ 6 und + 1). Die monatlichen geselligen Zusammenkünfte waren gut besucht. Die Vereinstätigkeit stand unter dem Zeichen der Vorbereitungen für die Hauptversammlung.

Bezirksverein Rheinland. Mitgliederzahl 487 (432) ordentliche und 25 (19) außerordentliche Mitglieder. Drei Mitglieder sind gestorben, darunter der 1. Vorsitzende Dr. Hans

B a m m a n n. Es wurden 7 mit Besichtigungen und Vorträgen verbundene Wanderversammlungen abgehalten. Neu hat sich die Wuppertaler Ortsgruppe gebildet, deren Sitzungen ebenso wie die der Kölner Ortsgruppe sich eines regen Besuches erfreuten. Vorträge: „*Technische Eindrücke aus den Vereinigten Staaten*“, „*Moderne Methoden der Seidenbeschwerung*“, „*Über die Ausbildung von Färbereichemikern und über die Entwicklung von Spezialfarbschulen für Färberei*“, „*Die Gaedeseche Hochvakuumpumpe*“.

Rheinisch-Westfälischer Bezirksverein. Bestand 329 (261) ordentliche und 47 (43) außerordentliche Mitglieder, von denen 238 den vier Ortsgruppen angehörten. Es wurden 9 Monatsversammlungen in Düsseldorf, Duisburg, Dortmund, Essen und Oberhausen abgehalten. Dabei fand eine Anzahl Besichtigungen statt. Vorträge: „*Erdöl und seine Verwendung*“, „*Entstehung der Steinkohle*“, „*Kann man die Naturerscheinungen aus einer einzigen Ursache erklären?*“, „*Die Mikrophotographie im Dienste der Naturwissenschaft und Industrie*“, „*Die Chemie der Kolloide*“.

Bezirksverein a. d. Saar. Bestand an Mitgliedern 28 ordentliche, 1 außerordentliches wie im Vorjahr. Allmonatlich mit Ausnahme des August wurde eine Sitzung abgehalten, in der die Vereinsangelegenheiten besprochen und von den einzelnen Mitgliedern Mitteilungen aus ihren Betrieben gemacht wurden. Der Besuch der Versammlungen ließ manchmal sehr zu wünschen übrig. Vortrag: „*Bodenlöslmachung der Rohphosphate*“. Ferner wurden ein wohlgelegenes Familienwinterfest und zwei Besichtigungen veranstaltet.

Bezirksverein Sachsen-Anhalt. Die Zahl der Mitglieder ist um 26 auf 237 zurückgegangen. 3 Mitglieder wurden durch den Tod verloren. Es wurden inkl. der Hauptversammlungen 3 Versammlungen abgehalten, ferner hat der Bezirksverein an der ersten Kalihauptversammlung, die von der Fachgruppe für die Kaliindustrie in Gemeinschaft mit dem Verbands zur wissenschaftlichen Erforschung der Deutschen Kalisalzlagernstätten veranstaltet wurde, teilgenommen. Über diese Veranstaltung wurde in der Vereinszeitschrift ausführlicher Bericht erstattet. Auf den anderen Versammlungen wurden folgende Vorträge gehalten: „*Die Smaragdinsel Java, Tropenwald, Kultur und Bevölkerung des Waldes*“, „*Aus stillen deutschen Städten*“, „*Mineralogische und physikalisch-chemische Untersuchungen über die Eisenverbindungen in den Kalisalzlagernstätten*“, „*Quarzgeräte für das chemische Laboratorium und für industriellen Gebrauch*“, „*Krystallisation in Bewegung*“.

Bezirksverein Sachsen-Thüringen. Mitgliederbestand 293 gegenüber 285 im Vorjahre. Außer der Hauptversammlung wurde eine gutbesuchte Wanderversammlung in Meißen abgehalten. Vorträge: „*Mitteilungen aus der Entwicklungsgeschichte des Meißner Porzellans*“, „*Wirkungen des ultravioletten Lichtes*“, „*Die Dresdener Ortsgruppe entfaltet eine sehr regende Tätigkeit. Es wurden in ihren Sitzungen folgende fünf Vorträge gehalten: „Mehl und Brot“, „Neuere Aufgaben der Nahrungsmittelchemie“, „Trocknende Öle“, „Gewinnung und Beurteilung hygienisch einwandfreier Milch“, „Echte und verfälschte Terpentine“.*

Im Berichtsjahr hat sich eine Ortsgruppe in Leipzig gebildet, die den Mitgliedern Gelegenheit zu zwanglosen geselligen Zusammenkünften bieten soll, doch war bisher die Teilnahme seitens der über 100 in Leipzig ansässigen Mitglieder des Vereins eine sehr mäßige.

Bezirksverein Württemberg. Neben Entfaltung reger wissenschaftlicher Tätigkeit hielt es der Bezirksverein für seine Pflicht, die Erinnerung an verdiente Fachgenossen wachzuhalten. So wurde beim Stuttgarter Stadtschultheißenamt der Antrag gestellt, zum Andenken an den in Stuttgart geborenen Naturforscher Karl Ludwig Freiherr von Reichenbach eine Straße oder einen Platz zu benennen. Der Bezirksverein zählte Anfang dieses Jahres 79 (78) ordentliche und 41 (42) außerordentliche Mitglieder. In den 8 wissenschaftlichen Sitzungen wurden folgende 10 Vorträge gehalten: „Die Entwicklung der Arzneimittelsynthese“, „Nachweis einer Urkundenfälschung“, „Mitteilung über Acetylcellulose“, „Die Bedeutung des ultravioletten Lichtes für die Chemie“, „Über die biologische Unterscheidung der verschiedenen Eiweißarten usw.“, „Über Gasfernzündung“, „Versuche zur Herstellung von Eisenoxyduloxyl (künstlicher Magnetit) zwecks Verwendung als Anodenmaterial an Stelle von Kohle und Platin“, „Gewinnung von Salpetersäure aus Luft“, „Herstellung von Ballongas“, „Gewinnung von Abbauprodukten der Opiumalkaloide aus Phenanthren“, „Über Steinholz“. Die Sitzungen waren durchschnittlich gut besucht.

Bezirksverein Argentinien. Der Bezirksverein wurde im Oktober des Berichtsjahres gegründet und trat mit einem Bestand von 22 Mitgliedern ins Leben. Der Bezirksverein, der inzwischen seinen Namen in „Südamerikanischen Bezirksverein“ geändert hat, entfaltete bereits eine rege Tätigkeit und hat inzwischen eine weitere Anzahl von Mitgliedern gewonnen.

2. Fachgruppen.

Die meisten unserer Fachgruppen haben abgesehen von der Hauptversammlung keine besondere Tätigkeit entfaltet, dahingegen verdanken wir ihnen eine große Zahl höchst interessanter Vorträge auf der Münchener Hauptversammlung. Wir haben in Heft 21 einen ausführlichen Bericht über diese Sitzungen gebracht. Nur von einigen Fachgruppen ist in der Zwischenzeit ständig weiter gearbeitet worden.

Fachgruppe für analytische Chemie. Die Tätigkeit der Fachgruppe bewegte sich im wesentlichen im Rahmen der Ausführung der Beschlüsse der letzten Jahresversammlung. So wurde das Protokoll über die Verhandlungen betreffend Durchführung der bei Schiedsanalysen zu befolgenden Prinzipien an sämtliche Handelskammern versandt und ebenso den Mitgliedern der Fachgruppe, die ein Interesse daran hatten, dieses Protokoll weiter zu geben, in der gewünschten Anzahl von Exemplaren zur Verfügung gestellt.

Weiter wurden die Vorarbeiten zur gemeinsamen Bearbeitung der Eisenbestimmung in Eisenerzen von der erwähnten Winterkommission so weit gefördert, daß erwartet werden darf, daß zur Hauptversammlung in Stettin die von den einzelnen mit-

arbeitenden Mitgliedern erhaltenen Ergebnisse der Untersuchung vorliegen. Es kommen sechs verschiedene Eisenerze zur vergleichenden Analyse, die nach Charakter und Nebenbestandteilen so ausgesucht sind, daß die verschiedenartigen Ergebnisse, die in den verschiedenen Erzen sich geltend machen können, alle berücksichtigt sein dürften. Auch von der Unterkommission zu der Gebührenfrage wird wohl auf der Jahresversammlung in der Fachgruppe ein Bericht erstattet werden können.

Fachgruppe für die Kaliindustrie. Die Fachgruppe hielt gemeinsam mit dem Verband zur wissenschaftlichen Erforschung der deutschen Kalisalzlagerstätten die als Fortsetzung der früheren Kalitage gedachte erste Kalihauptversammlung ab. Es wurde in verschiedenen Abteilungen eine Anzahl Kaliwerke besichtigt und alsdann auf der Versammlung in Halberstadt eine große Anzahl interessanter Vorträge gehalten, über die in unserer Zeitschrift ein ausführlicher Bericht veröffentlicht worden ist.

Fachgruppe für chemisch-technologischen Unterricht. Es sind bis jetzt 5 Serien technologischer Bilderbogen erschienen, die alle, auch außerhalb der Kreise der Mitglieder, lebhaften Anklang gefunden haben. Eine Anzahl weiterer Serien sind in Vorbereitung.

Fachgruppe der Farben- und Textilchemie. Entsprechend einer Anregung von Dr. P. Kraus (diese Z. 23. 1670 [1910]) ist eine Kommission zusammengetreten, die die Vereinheitlichung der Methoden zur Prüfung und Begutachtung der Echtheit der Farbstoffe zum Ziele hat. Die Kommission hat Anfang 1911 zum ersten Male getagt und wird auf der Hauptversammlung Stettin Bericht erstatten.

2. Jahresrechnung für 1910; Bericht der Rechnungsprüfer; Entlastung des Vorstandes.

Bericht der Rechnungsprüfer.

Am heutigen Tage revidierten die Unterzeichneten die Geschäftsbücher des Vereins deutscher Chemiker.

Es wurde die Übereinstimmung der Bücher mit dem aufgestellten Bilanz- und Abrechnungskonto konstatiert.

Durch zahlreiche Stichproben im Kassabuch und im Journal, durch Vergleich mit den Belegen und den Einzelkonti wurde die richtige Übertragung in das Hauptbuch festgestellt.

Das Abrechnungskonto des Vereins ergibt einen Gewinn von 4134,51 M, die Zeitschriftabrechnung einen solchen von 721,37 M.

Das Vereinsvermögenskonto weist nach Gutschrift des Gewinnes einen Bestand von 64 549,45 M auf. Der Zeitschriftreservfonds, welchem der Überschuß des Zeitschriftunternehmens gutgeschrieben ist, hat einen Bestand von 8073,68 M. Das Gesamtvermögen des Vereins beträgt demnach am 1./1. 1911 72 623,13 M, gegenüber 67 767,25 M am 1./1. 1910, hat also um 4855,88 M zugenommen.

Zu der Bilanz ist zu bemerken, daß das Inventar der Geschäftsstelle in Leipzig mit 2630 M zu Buche steht. Die Dr. E. A. Merck-Stiftung weist 5488,50 M, und die Dr. C. Duisberg-Stiftung den Betrag von 31 559,80 M auf.

Die Anlagewerte wurden nachgewiesen.

Auch die Buchführung des Zeitschriftunternehmens, welche mit der des Vereins verbunden ist, wurde in gleicher Weise durch zahlreiche Stichproben und Aufrechnungen kontrolliert.

Die Hilfskasse des Vereins wurde gleichfalls einer Revision unterzogen.

Das Stammkapital dieser Kasse beträgt 56 000,13 M, die Anlagen in Wertpapieren erreichten die Höhe von 51 610,95 M. Im Laufe des Jahres erhöhte sich das Stammkapital um 9400,35 M.

Mannheim, 1. April 1911.

gez. Flimm. Kolb.

Abrechnung

des Vereins deutscher Chemiker für das Jahr 1910 im Vergleich zu der Abrechnung für 1909 und dem Voranschlag für 1910.

Einnahmen	1909		1910		Voranschlag		Ausgaben	1909		1910		Voranschlag	
	M	℔	M	℔	M	℔		M	℔	M	℔	M	℔
Beiträge d. Mitglieder	82 307	54	86 804	55	83 000	—	Zeitschrift für Mitglieder . . .	51 525	—	54 262	50	51 875	—
Zinsen	5 870	18	6 271	81	5 700	—	Mitgliedschaft in fremden Vereinen	140	—	152	50	140	—
Diverse Einnahmen	1 385	60	1 585	15	1 400	—	Beitrag zum Deutschen Museum .	300	—	300	—	300	—
							Beitrag zur Hilfskasse	500	—	500	—	500	—
							Beitrag zur Chem. Reichsanstalt	2 000	—	1 000	—	1 000	—
							Rechtsauskunftsstelle	3 000	—	3 000	—	3 000	—
							Soziale Kommission	789	30	1 401	60	1 500	—
							Vorstandssitzungen	1 096	—	1 313	60	1 000	—
							Vorstandsratssitzungen	2 500	40	3 176	07	3 500	—
							Bureaubedürfnisse des Vorstandes	1 392	16	1 442	89	1 500	—
							Kosten der Geschäftsführung . .	13 694	49	12 495	94	12 000	—
							Etat, Geschäftsbericht usw. der						
							Hauptversammlung	204	85	471	02	1 000	—
							Stenograph der Hauptversammlung	348	80	323	60	400	—
							Zuschuß zu den Kosten der Haupt-						
							versammlung	600	—	600	—	600	—
							Drucksachen, Berichte, Mitglieder-						
							verzeichnis usw.	1 514	95	1 541	75	1 500	—
							Liebigdenkmünze	446	60	—	—	550	—
							Rückvergütung an Bezirksvereine	6 297	—	6 694	—	7 000	—
							Abschreibung auf Inventar . . .	869	56	850	—	850	—
							Unvorhergesehenes	670	87	1 001	53	1 885	—
							Gewinn	1 673	34	4 134	51	—	—
	89 563	32	94 661	51	90 100	—		89 563	32	94 661	51	90 100	—

Fritz Lütty.

Dir. Lütty: „Der Bericht über die Abrechnung des Vereins liegt in der gewohnten Weise gedruckt vor. Sie ersehen daraus, daß für 1910 ein Überschuß von 4134,51 M entstanden ist. Wir haben im vorigen Jahre versprochen, daß eine möglichst sparsame Verwaltung Platz greifen solle, um den damals geringen Überschuß des Vereins zu erhöhen und damit die Mittel zu steigern, die uns zur Verfügung stehen.

Im Vergleich mit den früheren Abrechnungen werden Sie finden, daß so ziemlich auf allen Posten eine wesentliche Ersparnis eingetreten ist, soweit man bei unseren geringen Mitteln von wesentlichen Ersparnissen überhaupt reden kann. Die Mitgliederbeiträge sind um ungefähr 4000 M gestiegen; naturgemäß sind auch die entsprechenden Ausgaben für die Zeitschrift gestiegen. Dagegen haben erfreulicher Weise die Zinsen ungefähr 400 M mehr gebracht, als im Jahre vorher, ein Zeichen dafür, daß einerseits unsere Reserven angewachsen sind, andererseits dafür, daß wir den Kontokorrentverkehr möglichst ausgedehnt und Skonti und Provisionen eingezogen haben.

Die diversen Einnahmen, das sind Einnahmen, die wir aus den Verträgen mit der Lebensversicherungsgesellschaft usw. einziehen, sind um 300 M gestiegen, eine Einnahme, die sich von Jahr zu Jahr erhöhen wird.

Auf der Ausgabenseite finden Sie kaum nennenswerte Erhöhungen; im Gegenteil, wir haben stellenweise eine wesentliche Heruntersetzung zu verzeichnen. Sehr erntreulich ist z. B., daß die Vorstandsratssitzungen ein Plus an Ausgaben von etwas über 600 M gebracht haben; das zeigt, daß die Fachgruppen und die Bezirksvereine sehr rege an den Verhandlungen des letzten Jahres teilgenommen haben.

Die Unkosten der Geschäftsstelle sind gefallen; die Unkosten für Drucksachen, Geschäftsberichte, Mitgliederverzeichnisse usw. sind ebenfalls gefallen, so daß wir am Ende des Jahres, wie gesagt, ein Plus von 2500 M gegen das Vorjahr aufschreiben konnten. Ich hoffe, daß in diesem Jahre in gleicher Weise Reduktion der Ausgaben stattfinden wird, so daß wir im nächsten Jahre in ebenso glücklichem Sinne abschließen können.

Die Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission, Herr Prof. Dr. Kolb und Herr Dr. Flimm, haben die Rechnung geprüft; der Bericht darüber dürfte Ihnen schon durch die Geschäftsstelle zugegangen sein; auch in dem Geschäftsbericht ist dieser Bericht zum Abdrucke gelangt. Sie ersehen daraus, daß die einzelnen Anlagekonten des Vereins gewachsen sind, so die E. A. Merck-Stiftung auf rund 5500 M,

die C. Duisberg-Stiftung auf 31 600 M. Auch das Stammkapital der Hilfskasse ist, was ich hier vorausschicken will, auf 56 000 M angewachsen. Die Vermögenslage des Vereins ist also eine günstige, nur muß ich konstatieren, daß das Hereinkommen der Beiträge unter denselben Kalamitäten geschieht, wie ich schon im vorigen Jahre konstatiert habe. Einige der Herren Kassierer der Bezirksvereine und Fachgruppen haben sich meine damaligen Monita sehr zu Herzen genommen und haben versucht, Abhilfe zu schaffen. Die Abhilfe ist noch nicht genügend geschehen; es liegt das wohl daran, daß der Chemiker ein einnehmendes Wesen hat; Gehalt, Provision und sonstiges Honorar zieht er leicht und netto in seinen Eigentumskreis, ausgeben aber will er nichts, das ist das Leidige, und damit stehe ich im Gegensatz zu Ihnen allen; ich muß mich immer mühen, Ihnen dasjenige zu entreißen. was ich nun einmal für den Verein haben muß.“

Vors.: „Ich nehme an, daß Sie nicht wünschen, daß der Bericht der Rechnungsprüfer vorgelesen wird, wie das eigentlich notwendig wäre. Wir können es ja morgen in der geschäftlichen Sitzung tun. Ich muß mich im übrigen dem an-

schließen, was der Herr Schatzmeister gesagt hat, daß wir noch weiter sparsam wirtschaften müssen. Das Bureau verlangt mehr Hilfe; wir haben gesehen, es sind Mängel vorhanden, die abgestellt werden können, indem weitere Kräfte eingestellt werden. Deshalb müssen wir entschieden den Daumen auf den Geldbeutel halten, bis es uns besser ergeht; es kann uns nur besser ergehen, wenn wir unsere Einnahme aus den Inseraten vermehren.

Das Vermögen des Vereins beträgt also zurzeit rund 72 000 M, außer den Stiftungskapitalien, die jetzt ungefähr 91 000 M betragen. Immerhin ist das noch nicht genug für einen so großen Verein, wie den unsrigen. Wir müssen also suchen, unsere Einnahmen zu vermehren, fleißig weitere Mitglieder werben und darauf sehen, daß uns mehr Inserate zufließen. Ich frage nun, ob Sie dem Vorstände Entlastung erteilen wollen? Es erhebt sich kein Widerspruch, das ist geschehen. Ich bitte Herrn Dr. Land s b e r g, morgen die Entlastung zu beantragen.“

3. Der Haushaltsplan für das Jahr 1912
lautet:

Voranschläge für die Jahre 1911 und 1912.

Einnahmen		1911		1912		Ausgaben		1911		1912	
	<i>M</i>	<i>℔</i>	<i>M</i>	<i>℔</i>		<i>M</i>	<i>℔</i>	<i>M</i>	<i>℔</i>		<i>M</i>
Mitgliederbeiträge .	83 000	—	89 000	—	Zeitschrift für Mitglieder	51 875	—	55 625	—		
Zinsen	5 200	—	5 500	—	Mitgliedschaft in fremden Vereinen	140	—	75	—		
Diverse Einnahmen	1 550	—	1 680	—	Beitrag zum Deutschen Museum .	300	—	300	—		
					Beitrag zur Hilfskasse	500	—	500	—		
					Beitrag zur Chem. Reichsanstalt	1 000	—	1 000	—		
					Rechtsauskunftsstelle	3 000	—	3 000	—		
					Soziale Kommission	1 500	—	1 500	—		
					Vorstandssitzungen	1 000	—	1 000	—		
					Vorstandsratssitzungen	3 500	—	3 500	—		
					Bureaubedürfnisse des Vorstandes	1 500	—	1 500	—		
					Kosten der Geschäftsführung . .	12 500	—	12 700	—		
					Etat, Geschäftsbericht usw. der						
					Hauptversammlung	1 000	—	1 000	—		
					Stenograph der Hauptversammlung	400	—	400	—		
					Zuschuß zu den Kosten der Haupt-						
					versammlung	600	—	600	—		
					Drucksachen: Berichte, Mitglieder-						
					verzeichnis usw.	1 500	—	1 650	—		
					Liebigdenkmünze	550	—	550	—		
					Ehrendiplom	—	—	300	—		
					Rückvergütung an Bezirksvereine	7 000	—	8 000	—		
					Abschreibung auf Inventar . . .	850	—	850	—		
					Unvorhergesehenes	1 035	—	2 130	—		
	89 750	—	96 180	—		89 750	—	96 180	—		

Dir. L ü t y : „M. H.! Der Haushaltsungsplan liegt Ihnen ebenfalls in bekannter Weise vor. Vergleichen Sie ihn mit dem Haushaltsungsplan des vergangenen Jahres, so sehen Sie, daß wir für 1912 an Mitgliederbeiträgen eine Steigerung von rund 6000 M vorgesehen haben, indem wir erwarten, daß unsere Geschäftsstelle uns mindestens 300 voll zahlende Mitglieder neu zuführt. Es wird das der Geschäftsstelle jedenfalls gelingen; denn bis jetzt hat sie noch nie versagt. An Zinsen erwarten wir in diesem Jahre 300 M mehr; ob dies zu erreichen ist, weiß ich nicht, weil die Geldmarktverhältnisse nicht so genau vorherzusagen sind.

An diversen Einnahmen sind 1600 M einge-

stellt gegen 1550 M im Vorjahre; dafür kann ich Garantie übernehmen, da es sich hier um solche Einnahmen handelt, die schon 1911 in unseren Besitz gekommen sind.

Naturgemäß ist die Ausgabe für die Zeitschrift, die an die Mitglieder geliefert wird, entsprechend der Steigerung der Mitgliederzahl gestiegen; die Ausgabe für die Mitgliedschaft in fremden Vereinen ist etwas geringer geworden, weil wir eine andere Verbuchung vorgenommen haben.

Der Beitrag zum Deutschen Museum ist in der früheren Höhe eingestellt, ebenso der Beitrag zur Hilfskasse und zur Chemischen Reichsanstalt; die Ausgaben für die Rechtsauskunftsstelle haben

keine Steigerung erfahren; auch die Soziale Kommission begnügt sich mit demjenigen, was ihr im Vorjahre bewilligt worden ist.

Für die Vorstandssitzungen haben wir uns mit der gleichen Summe begnügt, da diese Sitzungen sehr selten stattfinden. Die Vorstandsratssitzungen sind gegeben durch die Hauptversammlung, die nur einmal im Jahre stattfindet.

Die Bureaubedürfnisse des Vorstandes sind nicht gewachsen, die Kosten der Geschäftsführung halten sich so ziemlich in den gleichen Grenzen wie früher; die kleine Steigerung ist bedingt durch die Verträge, die wir mit den Beamten haben, die eine jährliche Steigerung der Gehälter der einzelnen Beamten vorsehen. Das Gleiche gilt für den Etat und den Stenographen der Hauptversammlung. Der Zuschuß zu den Kosten der Hauptversammlung wird prinzipiell nicht erhöht. Die Ausgaben für Drucksachen haben eine kleine Erhöhung erfahren. Die Liebigdenkmünze ist wie im vorigen Jahre eingestellt, auch der Posten Ehrendiplome, nur daß wir diese Posten in diesem Jahre besonders aufgeführt haben, während sie sonst unter Unvorhergesehenem standen.

Die Position „Rückvergütung an Bezirksvereine“ weist eine Steigerung um 1000 M auf, weil glücklicherweise die Zahl der Bezirksvereine wieder einmal gestiegen ist, und auch die Zahl der Mitglieder der Bezirksvereine zugenommen hat. Die Abschreibungen auf Inventar sind in gleicher Höhe vorgenommen worden, und für „Unvorhergesehenes“ haben wir etwa 1100 M mehr zur Verfügung; wir sind also ein klein bißchen liquider geworden.“

Vors.: „Ich bin überzeugt, daß Sie einverstanden sind, wenn ich Herrn Dir. L ü t y den Dank des Vereins für seine mühevollen und emsigen Tätigkeit ausspreche. (Bravo!) Ich frage, ob noch jemand das Wort nimmt.“

Gö p n e r : „M. H.! Es wurde uns gesagt, daß für die Geschäftsstelle neue Schreibhilfen besorgt werden müßten. Ich sehe aber, daß der Betrag für die Kosten der Geschäftsführung nur von 12 500 auf 12 700 M erhöht worden ist. Im vorigen Jahre haben Sie schon 12 495 M verbraucht; da können Sie doch keinen neuen Mann anstellen.“

Vors.: „Wir wollen auch keinen neuen Beamten anstellen, sondern nur demnächst einige Schreibhilfen. Es schweben darüber noch Verhandlungen; wir werden ev. eine Nachbewilligung von Ihnen erbitten. Wir wollen lieber den Haushaltsplan etwas knapp halten.“

Dir. L ü t y : „Ich möchte Herrn Gö p n e r erwidern, daß der Haushaltsplan gewöhnlich so weit gehalten wird, daß wir ihn bis zu einem gewissen Grade einhalten können. Eine gewisse Liquidität der einzelnen Forderungen ist natürlich da, und wenn die Geschäftsstelle in abnormer Weise neue Hilfskräfte beanspruchen muß, so ist ein gewisser Ausgleich darin gegeben, daß auch die Zahl der neu eintretenden Mitglieder wahrscheinlich etwas größer wird, als im Voranschlag angenommen wurde; infolgedessen kommen wir nicht in Verlegenheit.“

Vors.: „Die Geschäftsstelle hat diesbezügliche Anträge bis jetzt nicht gestellt. Erst heute morgen ist sie zaghaft damit herausgerückt. Sie behauptet, sie hätte zuviel Angst vor dem Schatz-

meister. Wir haben deshalb einen Herrn vom Vorstande beauftragt, ihr etwas mehr den Rücken zu stärken. Wenn sonst niemand mehr das Wort nimmt, ist der Voranschlag genehmigt.“

4. Wahl des Vorstandes und zweier Rechnungsprüfer.

Vors.: „Es scheiden aus dem Vorstand satzungsgemäß aus: Dir. Fritz L ü t y und Geheimer Rat Prof. Dr. W. H e m p e l. Der Vorstand empfiehlt Ihnen Wiederwahl dieser beiden bewährten Männer. Es erhebt sich kein Widerspruch. Die beiden Herren sind gewählt; ich frage, ob sie die Wahl annehmen.“ (Wird bestätigt.)

Dir. L ü t y : „M. H.! Ich habe die Absicht, Ende dieses Jahres aus dem industriellen Leben auszuschcheiden; wo ich im nächsten Jahre meinen Wohnsitz nehme, weiß ich im Augenblick noch nicht. Es könnte infolgedessen eine große Kalamität eintreten, wenn die Herren Rechnungsprüfer mich besuchen wollen, um die Bücher einzusehen. Ich möchte deshalb anheimgeben, ob Sie sich nicht über den strengen Wortlaut der Satzungen hinwegsetzen und die Ernennung der Rechnungsprüfer dem Vorstande überlassen wollten; dann könnte, sobald ich mitgeteilt habe, wo ich mich niederlasse, der Vorstand zwei Rechnungsprüfer ernennen, die in meiner Nähe wohnen.“

Vors.: „In § 20 unserer Satzungen heißt es: zur Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres und der Kassenführung erwählt die Hauptversammlung 2 Rechnungsprüfer. Es ist also wohl ausgeschlossen, daß wir es so machen, wie Herr Dir. L ü t y es vorschlägt. Ich beantrage daher die Wiederwahl der beiden seitherigen Rechnungsprüfer, der Herren Dr. Flimm und Prof. Dr. Kolb. Es erhebt sich kein Widerspruch. Ich setze voraus, daß die Herren die Wahl annehmen. Es ist das der Fall.“

5. Ernennung eines Ehrenmitgliedes.

Vors.: „M. H.! Es ist Ihnen schon von der Geschäftsführung mitgeteilt worden, daß wir die Absicht haben, Herrn Geh. Kommerzienrat Dr. H. v. Brunck in Ludwigshafen zum Ehrenmitgliede des Vereins zu ernennen. (Die Begründung wird verlesen, vgl. S. 1706.)

M. H.! Ich habe keinen Zweifel, daß Sie diesem Vorschlage des Vorstandes einstimmig beitreten.“

6. Feststellung von Ort und Zeit der Hauptversammlung 1912.

Vors.: „M. H.! Wir haben im vorigen Jahre beschlossen, als Ort der nächsten Hauptversammlung Freiburg im Breisgau in Aussicht zu nehmen. Das war kein bindender Beschluß; er bedurfte der Bestätigung der diesjährigen Hauptversammlung. Außer Freiburg kamen damals in Betracht Straßburg, Breslau, Bonn. In Straßburg fanden wir nicht die genügende Gegenliebe. Freiburg breitete seine Arme weit aus, um uns zum 25jährigen Gründungsfeste aufzunehmen; Breslau bat, unseren Besuch noch ein Jahr zu verschieben, bis alle Institute fertiggestellt sind, also bis zum Jahre 1913. Wie Sie aus dem Berichte des Mittelschlesischen Bezirksvereins gesehen haben

werden, sind bereits Vorbereitungen dort im Gange. Bonn hatte uns gleichzeitig mit Freiburg gebeten und wollte uns im nächsten Jahre bei sich sehen. Wir haben uns aber im vorigen Jahre für Freiburg entschieden, weil wir gewöhnlich vom Norden nach dem Süden oder vom Osten nach dem Westen ziehen. Ich bin überzeugt, daß Sie auch in diesem Jahre dieser bewährten Übung folgen und Freiburg wählen werden, obgleich inzwischen noch eine weitere Einladung eingegangen ist, eine Einladung unseres Neu-Yorker Bezirksvereins. Dieselbe lautet:

„In der letzten Vorstandssitzung des Bezirksvereins Neu-York ist der Beschluß gefaßt worden, den Hauptverein einzuladen, die Jahresversammlung im Jahre 1912 in Neu-York im Anschluß an den VIII. Internationalen Kongreß für angewandte Chemie abzuhalten. Dieser Kongreß soll, wie bis jetzt beschlossen ist, in der ersten Hälfte des Monats September in Neu-York tagen.

Es gewährt mir das größte Vergnügen, den obigen Beschluß dem Hauptverein zu unterbreiten, und hoffe ich, daß der Vorstand die Einladung des Neu-Yorker Bezirksvereins annehmen wird.

Hochachtungsvoll

gez. H. C. A. Seebohm.

Herr Dr. Meyer ist als Vertreter des Neu-Yorker Vereins bevollmächtigt, diesen Wünschen nochmals Ausdruck zu geben.“

Dr. Meyer, Uderding: „M. H.! Ich kann die Einladung meines Bezirksvereins Neu-York nur auf das lebhafteste unterstützen. Nach den Erfahrungen, die man seinerzeit mit London gemacht hat, wage ich ja kaum, die Einladung so weit auszudehnen, daß man die ganze Hauptversammlung dort abhalten möchte, obgleich die Verhältnisse in Neu-York anders liegen, als seinerzeit in London. In Neu-York haben wir einen blühenden Bezirksverein mit 174 Mitgliedern, von denen nur sehr wenige bisher Gelegenheit hatten, eine Hauptversammlung mitzumachen. Um diesen deutschen Kollegen diese Gelegenheit zu bieten, möchte ich anregen, daß im nächsten Jahre, wo es sich um das 25jährige Fest handelt, die Versammlung wie gewöhnlich im Frühjahr stattfindet, daß man aber dann, statt sie zu schließen, sie nur suspendiert und nach Neu-York herüberkommt, um dort noch einen oder zwei Tage weiter zu tagen. Herr Geheimrat Duisberg meinte, es würden vielleicht höchstens 50 Kollegen die Reise mitmachen; aber wir haben einige 170 Mitglieder in Neu-York, die wohl alle gern mitfeiern würden. Ich stelle mir die Sache so vor, daß der geschäftliche Teil, die Sitzungen der Fachgruppen und der gesellige Teil verlaufen wie immer, daß aber die Vorträge in Neu-York gehalten werden, und vielleicht auch ein Festessen mit Damen stattfindet; das ist drüben etwas Neues. Ich möchte Sie also auf das lebhafteste bitten, der Einladung meines Bezirksvereins Folge zu geben.“

Vors.: „Auf die warme Einladung des Vertreters des Neu-Yorker Bezirksvereins hin möchte ich empfehlen, daß wir in gewohnter Weise unsere Hauptversammlung in Deutschland abhalten, zumal es sich diesmal um das 25jährige Gründungsfest handelt; daß wir dann aber eine Nachfeier in Neu-York veranstalten, und zwar eine echt deutsche Feier, die dem Kongreß vorausgehen müßte.“

Dr. Meyer: „Damit bin ich einverstanden;

ich möchte aber bitten, dann einen oder zwei Tage vor dem Kongreß zu kommen. Die Herren, die drüben waren, wissen auch, in wie glänzender Weise dort Gastfreundschaft geübt wird.“

Vors.: „Ich glaube, wenn die Herren einverstanden sind, können wir das sehr gut so machen. Es würde dann die Frage sein, ob sie prinzipiell einverstanden sind, daß wir — das ist der weitestgehende Plan — in gewohnter Weise unsere Hauptversammlung veranstalten und eine Nachfeier in Neu-York dem Internationalen Kongreß vorangehen lassen.“

Prof. Dr. Fresenius: „Ich wollte darauf hinweisen, daß, soweit ich mich im Augenblick darauf besinne, der Beginn des Kongresses in Washington sein soll, und daß für den weiteren Verlauf die Teilnehmer nach Neu-York herüberkommen. Ob es unter diesen Umständen zweckmäßig wäre, vorher in Neu-York zusammen zu sein, dann in Washington und dann wieder in Neu-York, ist mir zweifelhaft. Wir brauchen das aber heute noch nicht so genau festzulegen. Ich wollte nur darauf hinweisen, daß da vielleicht eine kleine Schwierigkeit liegen könnte.“

Dr. Meyer: „Die Teilnehmer, die herüberfahren, kommen doch alle in Neu-York an, und die Reise von dort nach Washington dauert nur vier Stunden.“

Dir. Lütty: „Es würde also an dem Programm der Freiburger Versammlung gar nichts geändert, nur daß es am vierten Tage statt des üblichen Ausfluges in das Hölental heißen würde: Ausflug nach Neu-York.“ (Heiterkeit.)

Vors.: „M. H.! Sie sind wohl einverstanden, daß der Vorstand in entsprechender Weise Vorkehrung trifft. (Zustimmung.)

Es käme nun die Frage des Ortes der nächsten Hauptversammlung. Es ist also in Aussicht genommen für 1912 Freiburg, für 1913 Breslau, für 1914 Bonn. Sie sind wohl alle dafür, daß wir 1912 nach Freiburg gehen.“

Prof. Dr. Fromm: „M. H.! Die Stadt Freiburg, die Universität Freiburg und vor allem die Kollegen in Freiburg haben mich beauftragt, Sie herzlichst einzuladen, im nächsten Jahre nach Freiburg zu kommen.

Wir sind uns bewußt, daß wir Ihnen eine große Industrie nicht vorführen können und in diesem Punkte hinter Stettin und vielen anderen Orten Deutschlands zurückstehen. Dagegen werden alle Beteiligten sich bemühen, Ihnen den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen; und das können wir. Sie wissen, daß wir eine sehr schöne Natur unser eigen nennen, und weil das der Fall ist, bitten wir, von dem Vorschlage des Herrn Dir. Lütty abzusehen und den letzten Tag mit dem Ausflug nicht wegfallen zu lassen; das wäre sehr bedauerlich.

Ich wiederhole nochmals im Namen aller Beteiligten die herzliche Einladung; wir werden uns freuen, Sie in Freiburg begrüßen zu können, und werden alle Vorkehrungen treffen, daß Sie sich dort wohl fühlen.“ (Bravo!)

Vors.: „Ich danke Herrn Prof. Fromm für die freundliche Einladung und bitte ihn, diesen Dank seinen Kollegen, der Stadt und der Universität übermitteln zu wollen. Ich zweifle nicht, daß wir seinem Rufe folgen werden, und zweifle nicht, daß es uns ausgezeichnet in dieser idyllisch

gelegenen Stadt gefallen wird, und daß wir dort ebenso vergnügte Stunden verbringen werden wie hier. Vielleicht läßt sich doch auch die Besichtigung einiger Fabriken damit verbinden, da ja Mülhausen und Basel in der Nähe sind.

Nun, meine Herren, möchte ich doch die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne bei diesem Punkt auf die Anregung zurückzukommen, die ich einleitend gegeben habe. Unser Verein hat eine glänzende Entwicklung genommen. Wir haben die Zahl unserer Mitglieder in den letzten Jahren verdoppelt. Wir haben etwas fertig gebracht, worauf wir stolz sein können, und was vielleicht einzig dasteht: wir sind einer der wenigen Vereine, in dem die Angestellten mit den Anstellenden zusammen Hand in Hand arbeiten, besonders auch bei der Lösung der sozialen Fragen. Dies sollten wir nach außen hin markieren. Wir sollten bei der 25jährigen Gründungsfeier nicht nur für glänzende Vorträge und glänzende Leistungen in den Fachgruppen sorgen, sondern wir sollten noch etwas besonderes tun. Ich bitte hier um Ihre Vorschläge. (Pause). Wenn Sie es nicht tun, so muß ich damit herausrücken.

M. H., Sie haben gehört, daß wir in unseren Geldverhältnissen nicht gerade glänzend gestellt sind; wir pendeln immer um Null herum, wir erzielen einen kleinen Überschuß, aber unser Vermögen ist nicht groß genug, um das zu leisten, was wir eigentlich leisten müssen. Eine Aufgabe, die uns schon längere Zeit beschäftigt, ist die Verbesserung der Zeitschrift. Wir möchten das Referatenwesen noch viel eingehender und gründlicher handhaben; die Übersichtsberichte, die bestimmt sind, nicht für die Sachverständigen und Spezialisten, sondern für die auf den Einzelgebieten nicht besonders tätigen Chemiker, die möchten wir noch mehr ausgestalten. Wir möchten vor allem die Zeitschrift zweimal wöchentlich erscheinen lassen, möchten sie trennen in ein Zentralblatt für angewandte Chemie und unsere bisherige Zeitschrift. Dazu gehört aber Geld. Wir haben ausgerechnet, daß wir für die ersten Jahre 20000 bis 25000 M als Reservefonds brauchen, um die Mehrausgaben zu decken.

Man könnte nun sagen: erhöht eure Mitgliederbeiträge um 5 M, dann habt ihr das erforderliche Geld. Aber, meine Herren, damit dürfen wir nicht kommen, dürfen vor allen Dingen nicht damit im Jubiläumsjahr kommen. Wenn dies auch gerechtfertigt ist, in einer Zeit, wo alles gestiegen ist, auch die Kosten für die Herstellung der Zeitschrift, für Druck und Papier, so möchten wir diesen Weg doch nicht beschreiten. Wir haben eine große Zahl von Mitgliedern in unseren Reihen, die die Erhöhung von 5 M immerhin unangenehm empfinden würden; bei diesen wollen wir versuchen, mit dem bisherigen Beiträge auszukommen. Wir haben aber daran gedacht, einen Jubiläumsfonds zu sammeln, der zur Verbesserung der Zeitschrift dienen soll. Außerdem wollen wir die Gelegenheit des nächsten Internationalen Kongresses dazu benutzen, um einer Anzahl von angestellten Chemikern, Mitgliedern unseres Vereins, die nicht in der Lage sind, die Mittel zu einer Reise nach Amerika aufzubringen, diese aus dem Jubiläumsfonds zu gewähren. Ich glaube, damit würden wir

in weiten Kreisen eine gewisse Freude des Lebens hervorrufen.

Nun, m. H., diese beiden Gedanken habe ich zusammengefaßt in einem Aufrufe, den ich Ihnen jetzt vorlesen möchte.“

(Der Aufruf, der schon auf S. 1617—1619 dieser Z. abgedruckt ist, wird verlesen.)

Gerichten, Frankfurt: „Der Vorschlag des Herrn Geheimrat Duisberg ist mir sehr sympathisch und zeigt, daß derselbe ein sehr warmes Herz für die Angestellten hat, aber dem Gedanken einer Reise nach Amerika auf Vereinskosten möchte ich mir doch erlauben zu widersprechen. In der letzten Zeit ist man über die Wichtigkeit der Internationalen Kongresse sehr verschiedener Meinung geworden und legt ihnen heute keinen besonders großen Wert mehr bei, außerdem sind die Kosten einer solchen Reise so hoch, daß es nur einer ganz kleinen Anzahl von Angestellten ermöglicht werden könnte, hinüberzufahren. Ich möchte mir deshalb erlauben, den Vorschlag des Herrn Geheimrat dahin zu ergänzen, daß wir mit den etwa zur Verfügung stehenden Geldern einer großen Anzahl von Angestellten den Besuch unserer 25jährigen Jubiläums-Hauptversammlung ermöglichen. Das wäre etwas, was einer großen Anzahl von Angestellten zugute käme, und ich glaube, daß dadurch den Interessen unseres Vereins in hohem Maße gedient würde.“

Dr. Bein: „M. H.! Ich habe den Herrn Vorsitzenden so verstanden, daß er nach zwei Richtungen Vorschläge macht: 1. den Vorschlag, daß auf 5 Jahre ein besonderer Beitrag geleistet werde, und dann, daß die Angestellten einen Beitrag für die Reise nach Neu-York erhalten. Was den ersteren Punkt anlangt, so möchte ich zur Kenntnis der Versammlung bringen, daß wir in Österreich, wo wir auch Mangel an Geld haben, vor 2 Jahren beschlossen hatten, nicht einen Fonds zu bilden, wie jetzt der Herr Vorsitzende vorgeschlagen hat, sondern, daß es den Mitgliedern überlassen werden solle, einen besonderen freiwilligen Beitrag zu zahlen.

Der 2. Punkt, der hier angeregt wurde, ist mir auch sehr sympathisch, und ich würde im Widerspruch zu dem Herrn Vorredner doch befürworten, daß man einen entsprechenden Betrag auswirft, um eine Anzahl von Herren im nächsten Jahre nach Amerika zu entsenden.“

Vors.: „M. H.! Wir wollen die Chemiker nicht hinsenden, damit sie auf dem Internationalen Kongreß sich möglichst viel Weisheit holen, sondern wir möchten Gelegenheit bieten, auf diese einfachste, bequemste und im allgemeinen billigste Weise die Industrie anderer Länder kennen zu lernen, damit der Blick unserer deutschen Chemiker geweitet wird. Das kann ich aus eigener Erfahrung versichern — ich bin wiederholt in Amerika gewesen —, es gibt wohl kein Land der Welt, wo ein Chemiker oder Techniker soviel Gutes lernen kann, wie dort; das wird mein Freund Hempel, der das noch besser kennt als ich, bestätigen. Wenn später der Kongreß in Japan stattfindet, so ist es mir zweifelhaft, ob wir dafür etwas aufwenden sollen, denn da wird nichts weiter herauskommen, als eine Erweiterung der geographischen Kenntnisse. Amerika aber ist außerordent-

lich geeignet für diesen Zweck. Das werden die Vertreter der Industrie am besten zu würdigen wissen und sicher bereit sein, dafür etwas zu tun.“

Geheimer Rat Prof. Dr. H e m p e l: „Ich hatte anfangs auch Bedenken gegen die Idee, eine Anzahl jüngerer Mitglieder unseres Vereins nach Amerika zu senden, weil es sehr schwer sein wird, die passenden dafür auszuwählen. Aber es spricht doch vieles dafür. Es handelt sich darum, den Jubiläumsfonds möglichst hoch zu bekommen, und da muß das Ziel möglichst weit gesteckt werden und einen besonderen Anreiz bieten. Wenn wir nach Freiburg fahren, so ist das ja wundervoll, und ich habe die Überzeugung, daß wir sehr genußreiche Tage dort verleben werden; wenn wir aber eine Anzahl junger Chemiker nach Amerika schicken, so handelt es sich um viel mehr: da handelt es sich um die Förderung der gesamten chemischen Industrie, es handelt sich darum, zu sehen, wie es andere Leute machen und geeigneten Köpfen Gelegenheit zu geben, den ungeheuren Anreiz, den Amerika sicher geben wird, auf sich wirken zu lassen. Ich bin im ganzen 6mal dort gewesen, habe umfangreiche Reisen gemacht und muß sagen, daß ich jedesmal gestaunt habe über den Riesensfortschritt und andererseits mit Stolz beobachtet habe, daß wir doch in vielen Dingen Amerika recht nahe gekommen sind. Es wird nur darauf ankommen, daß wir die rechten Leute hinschicken. Vor allen Dingen hat früher der Industrie die Courage gefehlt; darin stehen wir den Amerikanern im allgemeinen noch nach. Es handelt sich ja nicht nur um die Festlichkeiten in Neu-York, sondern auch um eine Überlandreise, wo ganz sicher eine Menge von industriellen Anlagen uns offen sein werden, in die wir sonst nicht hereinkommen. Wenn uns also die chemische Großindustrie die nötigen 3000 M, die wohl für die Reise erforderlich sein werden, recht oftmals zur Verfügung stellt, so würde damit viel Gutes gestiftet werden können.“

G ö p n e r: „Ich möchte bitten, daß gleich ein Bogen herumgeschickt wird und die Herren, die bereit sind, ihren Beitrag für 5 Jahre zu verdoppeln, sich gleich einzeichnen.“

V o r s.: „M. H.! Es ist ja ein doppeltes geplant. Ursprünglich wollte man sich an die chemische Industrie wenden, ohne direkten Bezug zu nehmen auf unseren Verein. Das hält aber der Vorstand nicht für richtig; wir wollen uns ausschließlich an unsere Mitglieder wenden, zumal ja die meisten Vertreter chemischer Firmen Mitglieder unseres Vereins sind. Wir wollen uns an sie wenden und wünschen dabei, wie es der Herr Geschäftsführer ausgedrückt hat, daß sie unser Jubiläum nicht als ein silbernes, sondern als ein goldenes ansehen. Bei den persönlichen Mitgliedern des Vereins wünschen wir, daß sie ihren Beitrag für die nächsten 5 Jahre erhöhen, sagen wir verdoppeln, verdreifachen oder besser, vervielfachen. Wir möchten gern von Ihnen hören — Sie haben ja bessere Fühlung in den Bezirksvereinen als wir —, ob Sie glauben, daß wir vielleicht 1000 Mitglieder zusammenbringen, die zu einer Verdoppelung ihres Beitrages bereit sind. Glauben Sie das? (Rufe: O ja!) Wenn wir das annehmen können, wäre die Situation klar; wir bekämen eine schöne Summe, und es macht nach außen einen ausgezeichneten

Eindruck. Der Industrie gegenüber ist es nötig, daß wir nicht nur die Zeitschrift allein vorschieben. Wir müssen noch einen anderen Attraktionspunkt haben, und gerade die Kollegen aus der Industrie haben uns gesagt: Die Idee, angestellte Chemiker nach Amerika zu schicken, sei eine gute. Angestellte Chemiker nach Freiburg schicken, das kann jede Firma machen wie sie will, das tut auch schon eine ganze Anzahl von Firmen; es ist das sehr begrüßenswert, und ich möchte es überall empfehlen, auch das weitete den Blick. Aber hier handelt es sich um viel größeres und selteneres.

Was die richtige Auswahl der Chemiker anbetrifft, so ist das nicht so schwierig, wie man denkt. Ich habe es schon in dem Aufruf erwähnt. Im wesentlichen soll das Los entscheiden. Die Sache würde etwa so verlaufen: In der Zeitschrift wird aufgefodert, jeder, der glaubt, etwas besonderes in Wissenschaft oder Technik geleistet zu haben, möge sich um ein Reisestipendium aus der Jubiläumsstiftung des Vereins deutscher Chemiker bewerben und sich bei der Geschäftsstelle melden. Wir werden dann auf den verschiedenen Gebieten Referenten ernennen, welche jedes einzelne Gesuch kurz kennzeichnen, ob es anzunehmen oder abzulehnen ist. Eine Kommission, bestehend aus Mitgliedern des Vorstandes, des Vorstandsrats und den Ehrenmitgliedern, siew dann diese Gesuche. Aus den so zur engeren Wahl Gestellten wird die erforderliche Zahl von Vertretern ausgelost, dabei ist Fürsorge dafür zu treffen, daß die verschiedenen Industrien gleichmäßig berücksichtigt werden. Durch die Auslosung wird das vermeintliche Unrecht, das in der Zurückweisung liegen könnte, erheblich gemildert.

M. H.! Wenn Sie hiermit einverstanden sind, so ist es Ihre Aufgabe, in erster Linie bei Ihren Bezirksvereinen Ausschüsse zu bilden, die für die Sache tätig sind, vor allen Dingen also für eine Verdoppelung oder Vervielfachung des Jahresbeitrags wirken. Wenn die rechten Leute sammeln, so kann es uns nicht an einem ähnlichen guten Erfolg fehlen, wie ihn die Deutsche chemische Gesellschaft erzielt hat, als sie für den Beilsteinfonds in 6 Wochen den Betrag von 200 000 M zusammenbrachte.

Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall; dann nehme ich an, daß Sie alle mit diesem Vorschlage einverstanden sind.

Herr G ö p n e r hat den Vorschlag gemacht, jetzt schon eine Liste zirkulieren zu lassen. Ich möchte vorschlagen, das nicht zu tun, sondern dies alles gut vorbereitet in aller Ruhe durch die Bezirksvereine tun zu lassen.“

Geheimer Rat Prof. Dr. H e m p e l: „Ich möchte diesen Plan sehr unterstützen. Der Wortlaut des Aufrufs steht ja noch nicht fest, es wird aber auf den Wortlaut viel ankommen, und ich möchte da für meine Person empfehlen, daß wir nicht sagen: für Wissenschaft und Technik, sondern umgekehrt: für Technik und Wissenschaft. Man hat davon gesprochen, daß auch Dozenten von Universitäten und technischen Hochschulen nach Amerika geschickt werden sollten, aber ich für meine Person möchte großes Gewicht darauf legen, daß gerade solche Männer auserwählt werden, die im Leben stehen und die Möglichkeit haben, die Früchte

ihrer Beobachtungen wieder ins Leben zu übertragen. Ich möchte in erster Linie Techniker berücksichtigt sehen, schon aus dem einfachen Grunde, weil in den Vereinigten Staaten für die Technik viel mehr zu holen ist als für die Wissenschaft.“

Dr. Bein: „Ich möchte empfehlen, daß in dem Aufruf nicht von Verdoppeln oder Verdreifachen des Beitrages gesprochen wird, sondern nach österreichischem Muster freiwillige Beiträge erbeten werden.“

Vors.: „Wenn wir sagen verdoppeln oder verdreifachen, so bekommen wir vielmehr, als wenn wir nur um eine Erhöhung bitten; da werden statt 20, 25 oder 30 M gezeichnet. Bei der Sammlung für den Beilsteinfonds wurden nur solche Zeichner zugelassen, die 1000 M für 5 Jahre bewilligten. Das gab gleich große Summen. Wir sind da viel bescheidener und wollen möglichst viele Mitglieder für unsere Sammlung interessieren.“

Ich darf wohl annehmen, daß Sie im Sinne der vorausgegangenen Ausführungen mit unserem Vorschlage einverstanden sind und das weitere dem Vorstande überlassen. — Das ist einstimmig genehmigt.

Ebenso sind Sie wohl einverstanden, daß als Ort der nächsten Hauptversammlung Freiburg gewählt wird. Als Zeitpunkt wird wieder die Woche nach Pfingsten bestimmt. — Auch das ist von Ihnen genehmigt.“

7. Anträge betr. Privatbeamtenversicherungsgesetz.

a) Antrag des Rheinischen und Rheinisch-Westfälischen Bezirksvereins.

Der Rheinische und der Rheinisch-Westfälische Bezirksverein des Vereins deutscher Chemiker beantragen, das Privatbeamtenversicherungsgesetz auf die Tagesordnung der Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker zu Stettin zu setzen. Sie beantragen ferner, der Verein deutscher Chemiker möge die untenstehende, von den beiden Bezirksvereinen in ihrer gemeinsamen Versammlung am 11./3. 1911 in Düsseldorf gefaßte Resolution ebenfalls annehmen.

Die Tatsache, daß der Entwurf des Privatbeamtenversicherungsgesetzes in den akademischen Kreisen und den Kreisen der höheren kaufmännischen Privatbeamten fast allgemein einer ablehnenden Haltung begegnet, und daß ferner die Leistungen dieser Versicherung bei weitem nicht den großen Beiträgen der Versicherten entsprechen, läßt es den beiden unterzeichneten Bezirksvereinen geboten erscheinen, daß auch der Verein deutscher Chemiker im Interesse seiner angestellten Mitglieder diesen Entwurf ablehnt.

Resolution.

„Der Rheinische und der Rheinisch-Westfälische Bezirksverein deutscher Chemiker halten den von der Regierung dem Reichstag vorgelegten Entwurf eines Pensionsversicherungsgesetzes für Angestellte für unannehmbar. Sie sind der Ansicht, daß es nicht angebracht ist, Privatbeamte mit höherer Vorbildung, seien es Akademiker oder sonstige höhere Angestellte, in den Kreis des Versicherungsgesetzes einzubeziehen, weil das Gefühl für die Selbstverantwortlichkeit bei diesen vorauszusetzen ist und durch Zwangsgesetz nicht geschwächt werden sollte. Ein weiterer Ausbau des Invaliditätsgesetzes bis zu Gehaltsstufen von etwa 2500—3000 M ist zu empfehlen, doch sollte es Angestellten mit höherem Einkommen überlassen

bleiben, für ihre und ihrer Angehörigen Zukunft in einer ihnen geeignet erscheinenden Weise selbst zu sorgen, sei es, daß sie durch ihre eigene Ausbildung oder die ihrer Kinder sich eine gesicherte Zukunft verschaffen, oder daß sie sich bei privaten Versicherungsgesellschaften in einer ihnen passenden Form versichern.“

b) Antrag des Bezirksvereins Sachsen-Anhalt.

Der Bezirksverein Sachsen-Anhalt des Vereins deutscher Chemiker hat in seiner am 26./3. zu Bitterfeld abgehaltenen Versammlung einstimmig den Beschluß gefaßt:

„Der Bezirksverein beantragt beim Hauptverein, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die akademisch gebildeten Chemiker entweder von dem Versicherungszwange, den der Privatbeamtenversicherungsentwurf vorsieht, befreit bleiben, oder — wenn dies nicht zu erreichen ist — daß ihre persönlichen Interessen besser gewahrt werden, als dies in dem Entwurfe der Fall ist.“ (Betr. Begründung dieses Antrages vgl. diese Z. 24, 704 [1911].)

Vors.: „M. H.! Es ist das richtigste, wenn zunächst ein Vertreter des Sozialen Ausschusses das Wort nimmt. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, gebe ich zunächst Herrn Dr. Quincke das Wort.“

Dr. Quincke: „M. H.! Eine große Anzahl Veröffentlichungen über diesen Gegenstand auch in unserer Zeitschrift sind nicht so sachlich gewesen, wie wir sie wohl gewünscht hätten. Der Soziale Ausschuß hat für sein Gutachten recht lange Zeit gebraucht, er ist aber dann auch mit seinem Gutachten nicht in den Fehler gefallen, der am Anfange nicht zu vermeiden war, daß eine ganze Anzahl von Mißverständnissen vorgebracht wurden. Sie haben hier gedruckt das Referat über die staatliche Privatbeamten-Versicherung (vgl. S. 1347), und ich möchte Sie bitten, mir nur zu folgen in der Zusammenfassung für die Stellungnahme des Vereins deutscher Chemiker.

Vorteilhaft vom Standpunkte des Chemikers wäre bei dem Entwurf für die staatliche Privatbeamten-Versicherung, wie er uns zuerst im Januar und dann in etwas korrigierter Form am 20. Mai zugegangen ist, 1. der Versicherungszwang für die wirtschaftlich Schwachen, für den, der in seiner Jugend gleichgültig gewesen ist und im Alter vom Mißgeschick verfolgt wird. Vorteilhaft wäre weiter 2. die relative Leistung der Staatsversicherung, d. h. die Rente, die bezahlt wird für die Prämien, die eingefordert werden, also die Rente, die im 65. Jahre erreichen kann 42—47% des Durchschnittsgehaltes für eine Prämienleistung in Höhe von 7%. Also nur diese relative Leistung wäre günstig. Wenn einzelne andere Versicherungen wirklich günstigere Renten für gleiche Prämie geben können, so soll das nicht bestritten werden. Sehr zahlreich können diese Institute nicht sein, aus dem einfachen Grunde, weil der Staat ohne jede Untersuchung jeden in gleicher Weise versichern will, weil also eine Erhöhung der Prämie für das Risiko des einzelnen nicht möglich ist. Derjenige, der ein sehr geringes Risiko bietet, wird unter Umständen bei einer Privatversicherung eine etwas bessere Rente erzielen können. Er hat aber Schwierigkeiten, diese Privatversicherung dann herauszu-

finden, selbst wenn er andererseits auch das Glück hat, einen Arzt zu finden, der nicht irgendeinen Fehler bei ihm konstatiert, was nicht immer ganz leicht ist. Weiter ist dann günstig für den Versicherten 3. die Zuzahlung von $3\frac{1}{2}\%$ seines Gehaltes von seiten des Arbeitgebers. Diese Zuzahlung ist durchaus nicht so leicht in anderer Weise zu erreichen. Wenn nun gesagt wird, die Zuzahlung wird abgewälzt auf den Angestellten, so kann man darüber wohl ruhig hinweggehen. Auf den Angestellten wird sie auf die Dauer nie abgewälzt werden. Ich verweise nur auf die alten Erfahrungen, die jeder von uns mit Dienstboten gemacht hat, wo die Versicherung auch immer von den Dienstboten getragen werden soll und faktisch nie von ihnen getragen wird. In ähnlicher Weise wird sich das hier ergeben. 4. Endlich ein vierter Punkt, auf den besonders Dr. Diehl aufmerksam machte, ist der, daß jeder Versicherte ohne Rücksicht auf seine Gesundheit aufgenommen wird, infolgedessen keine Zurückweisung aus irgendeinem Grunde möglich ist.

Diesen 4 günstigen Punkten stehen nun eine Reihe sehr unvorteilhafter Punkte gegenüber. 1. Der moralische Grund, daß der Versicherungszwang überhaupt nicht ausgedehnt werden sollte auf einen Stand, der durchschnittlich ganz sicher sozial nicht bedürftig ist, der außerdem in gewisser Weise ohne Frage moralisch vor sich selbst und vor der Allgemeinheit heruntergesetzt wird, wenn man nicht von ihm erwartet, daß sein Selbstbestimmungsbewußtsein so vernünftig entwickelt ist, daß er für seine eigene Zukunft und die Zukunft der Familie sorgt, daß außerdem seine Energie, seine Charakterstärke nicht beengt werden sollte durch unnötige Zwangsbestimmungen.

2. Der zweite Punkt ist wieder ein rein gesetzlicher, nämlich die Einbeziehung in ganz andere Klassen. Das Gesetz hat ohne Rücksicht auf Tätigkeit und Beruf eine neue Kategorie geschaffen, die Kategorie der Privatangestellten. Es ist klar, daß irgend ein gebildeter Jurist oder Arzt anders steht als ein beliebiger Handlungsgehilfe kleinster Branche. Es werden also, weil man willkürlich eine Zwischenstufe schafft zwischen Werkbesitzer und Arbeiter durch diese Privatangestellten, nun Berufe in einen Topf geworfen, deren Bedürfnisse und Tätigkeit ganz verschieden sind. Das ist wieder ein sehr dunkler Punkt.

3. Zum dritten kommt die plötzliche Grenze bei höherem Einkommen, die bei den Chemikern sehr unangenehm wirkt. Wenn der Handlungsgehilfe mit 16 Jahren versicherungspflichtig wird, so hat er mit 26 Jahren die Wartezeit überschritten und Anspruch auf eine Rente erlangt. Wir würden erst mit 25 Jahren die Prämienzahlung beginnen können und mit 35 die Wartezeit überschritten haben; in der Regel werden wir dann schon in das Gehalt hereingekommen sein zwischen 4000 und 6000 M. Dann ist die ganze Versicherung, um die es sich hier handelt — die Zwangsversicherung, nicht die freiwillige, die ja weitergehen kann! — aufgehoben. Es ist zu erwarten, daß der Reichstag diese Grenze noch heruntersetzen wird auf 3—4000 M.

4. Die ungenügende Höhe der Rente, indem die privaten Gesellschaften oder Fabrikassen, bei denen man sich jetzt versichert, zwar bedeutend größere Prämien verlangen, aber auch eine viel

größere Rente gewähren, bei der man nach unseren Lebensansprüchen in abschbarer Zeit, wenn auch nicht glänzend, so doch auskömmlich leben kann, während nach dem staatlichen Vorschlag, die Zeit, in der man auskömmlich leben kann, erst zwischen dem 50. und 60. Jahre erreicht wird.

Dann kommt 5. die 10jährige Wartezeit, die für Angehörige anderer Kreise meist 2—3 Jahre, nachdem sie geheiratet haben, meist sogar ehe sie heiraten, beendet ist, während wir nach der Heirat im Durchschnitt noch 8 Jahre innerhalb dieser Wartezeit zu zahlen haben, also gar keinen Anspruch auf eine Rente erreichen, keinen Anspruch auf eine Versorgung. Die 10jährige Wartezeit wäre für Akademiker immer zu hoch.

Als 6. Punkt kommt die fehlende Prämienrückzahlung beim Ausscheiden in Betracht. Bis zu 60 Beitragsmonaten wird überhaupt keine Rückzahlung gewährt; nach 60 Beitragsmonaten kann die Hälfte der Prämie zurückgezahlt werden, aber nur wenn der Betreffende ausscheidet zu einer selbständigen Stellung. Jedenfalls müßte er von 60 bis 120 Beitragsmonaten seine freiwillige Versicherung weiterführen und kann erst nach 120 Beitragsmonaten durch Zahlung von 3 M die seither erworbenen Rechte aufrecht erhalten.

7. kommt die Beschränkung der Rente. Sie darf niemals den durchschnittlichen Jahresverdienst der vorhergehenden letzten 5 Jahre überschreiten. Wenn also ein Chemiker das Unglück hatte, nachdem er vorher 4—6000 M Gehalt hatte, in ein analytisches Laboratorium zu kommen, wo er nur kleine Arbeiten machen kann, vielleicht mit einem Monatsgehalt von 100 M, so würde er nur 1200 M Rente erhalten können, obwohl er die Prämie bezahlt hat, sagen wir für 1900 M. Diese merkwürdige Beschränkung ist ein sehr wunder Punkt in dem Gesetzentwurf.

8. Ein weiterer Punkt sind die hohen Verwaltungskosten. Es ist bekannt, daß die Techniker des Reichsversicherungsamtes dem Entwurf sofort entgegengehalten haben, daß mit den vorgesehenen Kosten nicht auszukommen wäre. In der Tat ist nun in dem § 76 die Bestimmung enthalten, daß, falls die Bilanz ergibt, daß die Prämien nicht genügen, nicht die Prämie heraufgesetzt werden soll, sondern die Rente herunter, so daß man also gar nicht weiß, ob wirklich das erlangt wird, was der Gesetzentwurf vorsieht.

Endlich der 9. Punkt, der für uns unbedingt in Frage kommen würde: wollen wir wirklich sorgen für unsere Zukunft oder die Zukunft unserer Familien, so müssen wir außer der Zwangsversicherung noch eine Zusatzversicherung nehmen!

Sie haben also 4 vorteilhafte Einrichtungen gegenüber einer Reihe von neun schwerwiegenden Bedenken, und da dürfen die Herren es weder ihren Bezirksvereinen übernehmen, wenn die einen diese, die anderen jene Resolutionen fassen, noch uns, wenn wir Ihnen keine bestimmten Vorschläge machen können. Je nachdem der eine oder der andere Gesichtspunkt überwiegt, je nachdem Sie denken: alles oder nichts, oder denken vor allen Dingen an diejenigen, auf die wir erzieherisch wirken müssen, je nachdem muß Ihr Standpunkt verschieden ausfallen.

Sie finden hier gedruckt den Vorschlag einer

Resolution, in der ich zusammengefaßt hatte, was bis dahin bekannt geworden war. Wir haben nun in unserer heutigen Sitzung geglaubt, diesen Vorschlag nicht vollständig aufrecht erhalten zu können. Wir möchten Ihnen nicht direkt eine Fassung vorschlagen, sondern abwarten, in welcher Richtung man sich im Vorstandsrat oder in der Generalversammlung äußern wird. Wenn Sie also im Vorstandsrat bestimmte Wünsche haben, und eine überwiegende Mehrheit in dieser oder jener Richtung sich äußert, so sind wir, und wie wir glauben, auch wohl der Vorstand der Ansicht, daß wir darauf eingehen können. Wir wollen jetzt zuerst nur hervortreten lassen, was uns die Sache zusammenzufassen scheint, und da kommen wir zu folgendem Ausdruck:

„Der Soziale Ausschuß hält nach wie vor an seinem bereits früher ausgesprochenen Standpunkt fest, daß ein Versicherungszwang auch für Chemiker wünschenswert ist.

Er steht daher dem Gesetzentwurf einer staatlichen Privatangestelltenversicherung an sich sympathisch gegenüber, obgleich er andererseits viele der gegen den Entwurf vorgebrachten Bedenken teilt, und insbesondere die Leistungen nicht als ausreichend für einen akademisch Gebildeten ansehen kann. Unter allen Umständen muß aber verlangt werden, daß der Gesetzentwurf in folgenden Punkten abgeändert werde:

1. daß auch bei höherem Einkommen die Zwangsversicherung mit dem Gehaltsanteil, welcher der Höchstgrenze des Gesetzes (also 5000 M des Entwurfes) entspricht, bestehen bleibt;

2. daß die 10jährige Wartezeit durch bestimmte Einzahlung abgekürzt werden kann;

3. daß beim Ausscheiden in jedem Falle eine Prämienrückzahlung vorgesehen wird;

4. daß jede Kürzung der erworbenen Rente ausgeschlossen bleibt;

5. daß bei der Zulassung bestehender Kassen und Versicherungen als Ersatzkassen in wohlwollender Weise verfahren wird, besonders auch gegenüber sog. aussterbenden Kassen.“

Das sind die Leitsätze, auf Grund deren wohl die verschiedenen Anträge aus den Bezirksvereinen erörtert werden könnten, und auf Grund deren man sich später zu einer Resolution schlüssig machen könnte.

Dr. Flemming (als Vertreter des Vorstandes): „M. H.! Der Vorstand hat sich den mancherlei Bedenken, die gegen die Privatbeamtenversicherung geäußert worden sind, nicht verschließen können, so begründet an sich die Idee einer Versorgung der Angestellten auch erscheinen mag. Deshalb ist der Vorstand zu dem Entschluß gekommen, seinerseits in dieser wichtigen Frage nicht Stellung zu nehmen, sondern die Entscheidung dem Verein zu überlassen. Also der Verein resp. sein in dieser Frage kompetentes Organ, der Soziale Ausschuß, hatte vollkommen freie Hand zu entscheiden, ob der Verein deutscher Chemiker entweder sich grundsätzlich ablehnend gegen die Zwangsversicherung stellen soll, oder eventuell nur die akademischen Berufsarten ausgeschieden werden sollten, so daß wir dann keinen Anlaß mehr hätten, uns mit der Frage zu befassen, oder ob auf der anderen Seite irgend welche Veränderungen des

Gesetzesvorschlages anzustreben sind; solche Veränderungen natürlich, die Aussicht haben müßten durchzugehen. Es steht also bei Ihnen, m. H., welche Stellung Sie einnehmen wollen.“

Vors.: „M. H.! Bei der nun eröffneten Debatte möchte ich bitten, zuerst die Frage zu erörtern, ob, wie es der Soziale Ausschuß vorschlägt, die Chemiker dem Zwange der Versicherung unterworfen werden sollen, oder ob im Sinne der von dem Rheinischen und dem Rheinisch-Westfälischen Bezirksverein gemeinsam in Vorschlag gebrachten Resolution ganz davon abgesehen werden soll, wir uns also der Bewegung des Verbandes Deutscher Diplomingenieure anschließen. Ich möchte bitten, diese Kernfrage zuerst zu entscheiden. Auf den vorliegenden Gesetzesentwurf kommen wir dann zu sprechen, wenn wir uns dem Sozialen Ausschuß angeschlossen haben.“

Dr. Prüssing: „M. H.! Es ist Ihnen bekannt, daß der Bezirksverein Sachsen-Anhalt eine Resolution gefaßt hat, die in erster Linie betont, der Hauptverein möge mit allen Mitteln dahin wirken, daß die akademisch gebildeten Chemiker von dem Versicherungszwang befreit bleiben, oder, wenn dies nicht zu erreichen ist, daß ihre persönlichen Interessen besser gewahrt werden, als dies in dem Entwurfe der Fall ist.

Nachdem dieser Beschluß bekannt gegeben worden war, ist der Bericht der Sozialen Kommission erschienen, der erst heute hier gedruckt vorliegt, und der mit Bezug auf die Resolution meines Bezirksvereins die mich überraschende Bemerkung enthält, daß unser Bezirksverein nicht ganz folgerichtig vorgegangen sei, indem er seine frühere Stellungnahme, es möchte für die eventuell im Unglück befindlichen Kollegen gesorgt werden, wieder verlassen hat.

M. H.! Es hat mich mit einer gewissen Genugtuung erfüllen müssen, daß nach der Mitteilung des Herrn Referenten die Anschauung, die in dem Berichte des Sozialen Ausschusses vom 26./5. zum Ausdruck kommt, heute wieder aufgegeben wird. Heute wird uns berichtet, daß der Soziale Ausschuß nicht in erster Linie beantragt, es sollten die akademisch gebildeten Chemiker von der Versicherung ausgeschlossen bleiben, sondern heute wird wieder gesagt, sie sollten hineingezogen werden. Wir dürfen also für uns ebensogut das Recht in Anspruch nehmen, infolge längeren Nachdenkens unsere Meinung zu ändern, wie das der Herr Berichterstatter des Sozialen Ausschusses ganz gewiß mit meiner Billigung für seinen Sozialen Ausschuß beansprucht haben möchte.

Unser Kollege K ü s e l, der so fleißig in dieser Angelegenheit nachgedacht hat, hat mich, da er verhindert ist hier zu erscheinen, beauftragt, hier mitzuteilen, daß er zwar von Anfang an an der Versicherungsbewegung großes Interesse genommen habe und für ihn genügend Gründe vorhanden gewesen seien, die eine Versicherung der Privatbeamten erstrebenswert erscheinen lassen müssen. er hat aus diesem Grunde zuerst dafür gesprochen; aber er schreibt weiter: „Ich habe mich im Laufe der Jahre mehr und mehr davon überzeugen müssen, daß die Dinge einen ganz anderen Verlauf nehmen, als in unserem Interesse wünschenswert ist, und was schließlich herausgekommen ist, ist für uns

unbrauchbar und unannehmbar. (Bravo!) Ich kann nicht, lediglich um eine einmal gefaßte Idee verwirklicht zu sehen, die Einführung einer Institution befürworten, die auf die materiellen Interessen der Chemiker so wenig Rücksicht nimmt.

Die rheinischen Bezirksvereine sind ja aus rein ethischen Gründen ebenfalls zu ablehnendem Beschlusse gekommen. Es ergibt sich demnach bei der Betrachtung des Gegenstandes von verschiedenen Gesichtspunkten aus dasselbe Resultat.

M. H.! Es ist Ihnen bekannt, daß ich als Vertreter des Bezirksvereins Sachsen-Anhalt zunächst den Standpunkt einer vollständigen Ablehnung zu vertreten habe; erst, wenn das nicht durchgehen sollte, müssen wir nach unserer Anschauung zu retten suchen, was noch zu retten ist. In erster Linie stimmen wir für den weitestgehenden Antrag von Rheinland-Westfalen: vollständige Ablehnung, und ich bin der Meinung, da dieser Antrag der weitestgehende ist, sollte zunächst über ihn abgestimmt werden.“

Dr. Dressel: „M. H.! Ich möchte sagen, daß wir von dem ethischen Standpunkt aus, der uns eben von den Kollegen aus Sachsen-Anhalt entgegengehalten wurde, unbedingt zu einer Verneinung kommen müssen.

Ich möchte noch erwähnen, daß unter den 4 Gründen, die Herr Dr. Quineke als für den Versicherungszwang sprechend angeführt hat, doch mancherlei Bedenkliches war. Sehen Sie sich z. B. die Worte an: „die in der Jugend gleichgültig gewesen sind“. Wollen wir die Gleichgültigkeit fördern? Ich meine, wir sollten im Gegenteil den Kampf ums Dasein fördern, der die Kultur vorwärts gebracht hat, und der kann nur dadurch gefördert werden, daß man den Mann auf sich selbst stellt, nicht in eine Versicherung hinein zwingt, wo er sich sagt, es ist gleichgültig, ob du etwas leistest oder nicht, später wirst du doch einmal eine Summe kriegen, daß du dein kümmerliches Dasein weiter fristen kannst.

Wir müssen uns auf den Standpunkt stellen, daß das Standesbewußtsein der Chemiker uns verbietet, uns in diese Zwangsversicherung pressen zu lassen. Es handelt sich hier nicht, wie im Reichstage von dem Abgeordneten Dr. Potthoff ausgesprochen worden ist, um einen ekelhaften Standesdünkel, sondern um ein gesundes berechtigtes Standesbewußtsein.“ (Bravo!)

Prof. Dr. Bucherer: „Ich stehe auf dem Standpunkt, daß es nicht zweckmäßig ist, wenn wir unsere Kollegen unversichert lassen. Alle großen chemischen Werke haben eine Zwangsversicherung; es ist mir deshalb unverständlich, wie der Herr Kollege Dressel sich auf den Standpunkt stellen konnte, den er hier vertreten hat. Ich meine, daß es nicht gerade Leichtsinn sein muß, wenn jemand sich nicht in anderer Weise versichert hat, sondern es können andere starke Einflüsse sich geltend gemacht haben; das Schicksal kann mitspielen, und ich bin der Meinung, die erste Frage, die wir zu entscheiden haben, ist die: sollen wir unsere Kollegen auf die eine oder andere Weise versichern, oder sollen wir es dahingestellt sein lassen, ob unsere jugendlichen Kollegen sich versichern wollen oder nicht. Ich meine, wichtig ist es vor allen Dingen, die Frage zu entscheiden, ob versichert wer-

den muß, oder ob nicht versichert zu werden braucht, und wenn diese Frage entschieden ist, dann können wir entscheiden, ob wir den Regierungsentwurf annehmen, oder ob wir beantragen wollen, daß bereits vorhandene Kassen neben der Versicherung des Reichs bestehen bleiben dürfen.

Die Frage ist: Sollen wir in irgend einer Weise unsere Kollegen zwingen, sich zu versichern? Wir wollen hier nicht die ethische Frage aufrollen. Wir müssen aber die Kollegen dahin bringen, daß sie versichert werden, in welcher Weise, das ist gleichgültig. Ich bin entschieden für Zwangsversicherung.“

Dr. Hesse: „Die Frage der Privatbeamtenversicherung hat den Märkischen Bezirksverein 5 Stunden lang beschäftigt. Die Resolution, die ich dort vorgeschlagen habe, wurde mit der wunderbaren Majorität von 26 gegen 24 Stimmen angenommen. Diese Annahme der Resolution nahm ich nicht an, weil eine solche Entscheidung in einem Bezirksverein gar nichts sagt. Ähnlich wird die Frage bei der Abstimmung wohl in allen übrigen Bezirksvereinen liegen und auch morgen und heute hier im Vorstandsrat; es wird unter Umständen von einer einzigen Stimme abhängig sein, ob eine Zwangsversicherung im Sinne des Gesetzesentwurfes eingeführt werden soll oder nicht. Deshalb lege ich von vornherein allen meinen Ausführungen den Gedanken zugrunde: in Ihre Hand, m. H., ist heute das Wohl und Wehe unserer jüngsten Kollegen gegeben; ich glaube nicht, daß Sie je wieder in der Lage sein werden, ihnen Ersatz dafür zu bieten; wenn jetzt, wie manche wollen, die Chemiker und Ingenieure aus der Versicherungspflicht ausscheiden, so ist es ausgeschlossen, daß jemals wieder eine einheitliche Allgemeinversicherung der akademisch gebildeten Beamten von staatswegen durchgeführt wird. Ich meine daher, daß wir uns wohl hüten sollten, unseren jüngeren Kollegen, die wohl hier in diesen Kreisen sehr wenig vertreten sind, die Aussicht wegzunehmen, daß sie in Zeiten der Not doch einmal das Allernotwendigste haben werden. Als wir im Märkischen Bezirksverein die Frage ventilierten, wurde gesagt: die 600 M., die als Mindesteinkommen einem Versicherten gewährt werden, sind eine Beleidigung für den Chemiker; darauf brauchte einer unserer guten Freunde den Ausdruck: dem betreffenden Herrn haben offenbar noch niemals 600 M. gefehlt, sonst würde er es nicht als Beleidigung empfinden, wenn sie ihm geschenkt werden.

Nach meiner Auffassung müssen wir heute unseren Standpunkt präzisieren, ganz unbeeinflusst von allem, was in der Zeitschrift geschrieben worden ist, und auch von dem, was unser hochverehrter Kollege Direktor Küsel geschrieben hat, der, das darf ich wohl aussprechen, sich besondere Verdienste um den Verein deutscher Chemiker in dieser Frage erworben hat, die ihm leider mit großem Undank gelohnt wurden, insofern sich, als seine Anträge zur Debatte standen, nur 4 Bezirksvereine für sie interessiert haben. Herr Kollege Küsel wie alle anderen Herren, die sich für die Sache interessiert haben, würden aber heute wohl ganz anders denken. Denn heute liegt ein ganz anderes Gesetz vor. Danach ist es ganz ausgeschlossen, daß eine Privatversicherungskasse

der akademischen Beamten neu begründet werden kann, sagen wir von 20000 Ingenieuren und 8000 Chemikern, sondern es werden nur Kassen weiterbestehen dürfen, die bereits im Moment der Publikation dieses neuen Gesetzentwurfes bestanden. Infolgedessen sage ich: Überlegen Sie es sich wohl, ob Sie sagen wollen, daß die akademisch gebildeten Chemiker und Ingenieure ausscheiden sollen, und ob Sie damit den jüngeren Kollegen, die hier nicht so vertreten sein können, absolut verschließen wollen, diesen Weg der Versicherung zu beschreiten.

Nun sind in dem neuen Gesetzentwurf noch wesentliche Verbesserungen gegen früher eingetreten, so daß ich glaube, wenn wir noch einmal die sämtlichen Bezirksvereinsversammlungen befragen könnten, die sich mit der Frage beschäftigt haben, so würde die Antwort vielfach ganz anders lauten. Diese Rücksicht auf die Verbesserungen des neuen Gesetzes ist es vor allen Dingen, die mich zu meiner Stellungnahme veranlaßt, obwohl ich nicht verkenne, daß große Bedenken gegen den Versicherungszwang bestehen. Ich kann mein Gewissen nicht mit dem Gedanken belasten, daß ich in diesem entscheidenden Augenblicke für unsere jüngeren Kollegen versagt hätte.

Wir haben auch noch eine Reihe anderer Gründe, die früher nicht erwogen werden konnten, und auch bei den Debatten im Verein deutscher Chemiker nicht erwogen worden sind:

Welche Einwirkung hat die Einrichtung einer Zwangsversicherung auf diejenigen Kollegen, die bereits in bestehenden Betriebs- und Bankkassen versichert sind? Diese Einwirkung ist vor allen Dingen die, daß Freizügigkeit für die Mitglieder, die bei den Betriebskassen versichert sind, erst dann allgemein geschaffen werden wird, wenn das Gesetz kommt; denn das neue Gesetz erkennt die bestehenden Werkkassen nur dann an, wenn den Mitgliedern dieser Kassen garantiert wird, daß nach einem eventuellen Austritte die Prämiensumme an die Staatskasse abgeführt oder in anderer Weise die Zwangsversicherung fortgeführt wird, die in den Werkkassen Versicherten erhalten das Recht, bei Stellungswechsel unbeschadet ihrer erworbenen Rechte aus der Versicherungskasse, der sie bis dahin angehörten, auszuschneiden, was bis jetzt nicht möglich war. Alle Kollegen, die in Werkkassen versichert sind, müssen es uns danken, wenn wir ihnen durch Zustimmung zu dem neuen Gesetz diese Freizügigkeit verschaffen.

Auf Seiten der Industriellen mag das Bedenken kommen, daß der Besitzer sich sagt: Meine Kasse schaffe ich für meine Angestellten; ich will nicht, was ich für meine Angestellten geopfert habe, anderen zugute kommen lassen. Aber wir müssen doch einen höheren Standpunkt einnehmen. Wenn wir es erreichen können, daß die Gesamtheit der Chemiker, und zwar sowohl gesunde wie kränkelige, die bei anderen Kassen abgewiesen werden, für eine bestimmte Summe versichert wird, und wenn wir es erreichen, daß die Freizügigkeit der Werkkassen geschaffen wird, so erreichen wir so viel, daß uns das schon veranlassen müßte, die Zwangsversicherung zu wünschen.

Einen wesentlichen Punkt sieht ferner der Gesetzentwurf vor, indem er bestimmt, daß die Versicherten und Versicherer, die Arbeitgeber und

Arbeitnehmer, an der Aufstellung des Etats der Staatskasse einen maßgebenden Einfluß haben. Das ist eine Errungenschaft, die die Vereinigungen, die sich darum bemüht haben, kaum geglaubt haben erreichen zu können.

Ich schließe damit, daß ich Sie bitte, den ersten Satz, den der Soziale Ausschuß uns zur Vorlage bringt, anzunehmen, und die entgegenstehenden Bedenken, die gewiß berechtigt sind, zurückzustellen gegenüber dem Gewissenszwang, in dem wir uns befinden mit Rücksicht auf unsere jungen Kollegen."

Dr. Kloppel: „Ich gebe ohne weiteres zu, daß die Ausführungen des Herrn Dr. Hesse über die Last, die wir auf unser Gewissen wälzen, wenn wir die Sache ablehnen, auf den ersten Blick sehr überzeugend erscheinen und in einem größeren Cremium auch wirken werden; aber ich möchte diese Ausführungen korrigieren durch das, was zu Anfang gesagt wurde. Wenn es so wäre, daß die Stimme des einzelnen entscheidet, daß je nachdem das Stimmenverhältnis von 31 : 30 oder 34 : 31 die Entscheidung gäbe, dann würde dieser Gesichtspunkt eine Rolle spielen. Darum handelt es sich aber doch nicht, sondern wenn wir heute mit einer solchen Majorität ja oder nein sagen, so wird das Stimmenverhältnis ja in dem wörtlichen Protokoll über unsere Verhandlungen publiziert; die Gründe, die uns zu der Abstimmung bestimmt haben, werden bekannt; es wird also nicht nur das schließliche ja oder nein berücksichtigt, sondern auch die Art, wie das Votum zustande gekommen ist. Wir sollten also diesen Gesichtspunkt ausscheiden lassen, und da bin ich der Meinung, wenn ich dann sachlich an die Frage herantrete, daß heutzutage doch ein bißchen viel versichert wird. (Sehr richtig!) Wo soll das hinkommen? Wir wollen jetzt 2 Millionen Privatangestellte versichern. Berücksichtigen Sie aber, daß ein großer Teil der Chemiker sich wesentlich besser steht als die übrigen akademisch Gebildeten; denken Sie an die Ärzte, an die Rechtsanwälte, die niemand versichert: mit demselben Recht werden diese Berufe verlangen können, versichert zu werden; dann wird schließlich das ganze Deutsche Reich eine Versicherungsanstalt auf Gegenseitigkeit, und was dann aus der ganzen Entwicklung Deutschlands wird, das brauche ich nicht weiter auszumalen. Das geht allmählich zu weit, es wird zu viel versichert, zu viel auf den Staat sich verlassen, und der Staat kann doch schließlich auch einmal versagen. Ich glaube, daß diese allgemeinen Gesichtspunkte schon für den Antrag von Sachsen-Anhalt, sprechen sollten. Und dann glaube ich, daß die Chemiker sich dagegen verwahren sollten, unter den ungünstigen Bedingungen, die das Gesetz jetzt bietet, in einen Topf geworfen zu werden mit den 2 Millionen anderen kleinen Angestellten, die da in Betracht kommen. Ich glaube, daß das, was der Herr Kollege Dressel in der Beziehung ausgeführt hat, eine wesentliche Rolle spielt.

Es wäre noch etwas anderes, wenn wir ein vorzügliches Gesetz vor uns hätten, das uns große Vorteile bringt; aber wir wissen aus den Ausführungen des Herrn Kollegen Quincke, auf wie schwachen Füßen das Gesetz steht; wie wahrscheinlich es ist, daß in 5 Jahren entweder die Leistungen herab-

gesetzt werden müssen, oder der Betrag erhöht werden muß. Das muß alles berücksichtigt werden. Wir können keine auskömmliche Versicherung aus dem Boden stampfen. Das einfachste wäre gewesen, die Alters- und Invalidenversicherung bis zu der Grenze von 4000 M hinaufzusetzen; das wäre wirklich sozial gedacht; dann wäre für die kleineren Angestellten gesorgt gewesen, die nicht in der Lage sind, für sich selbst zu sorgen; im übrigen könnte man die Sache abwarten.

Was weiter gesagt wurde, daß dieses Gesetz die Folge haben würde, die Freizügigkeit der Chemiker herbeizuführen, so klingt das ja beinahe wie Münchner Schule; nach dieser ist ja jede Pensionskasse nur ein Mittel, um die Angestellten in ein dauerndes Abhängigkeitsverhältnis zu bringen. So schlimm ist die Sache doch nicht. Viel helfen wird gegenüber diesen Erwägungen die Freizügigkeit nicht; was bei der Freizügigkeit dem einzelnen gewährt werden kann, ist die geradezu kümmerliche Versicherung des neuen Gesetzes; dagegen gibt es die ausgezeichnete Versicherung, die er in seiner Privatkasse hat. Das neue Gesetz hilft ihm, wenn es wirklich wahr wäre, daß durch die heutigen Kassen seine Freizügigkeit beschränkt wäre, in der Beziehung auch nichts.

Ich möchte Sie bitten, ohne Rücksicht auf über- oder untersoziale Empfindungen, lediglich von dem Standpunkte aus, daß wir Chemiker Akademiker sind und nicht die Aufgabe haben, uns in diesen großen Topf werfen zu lassen mit den Schichten, die diese soziale Forderung aufgestellt haben, daß wir aus diesem Gesichtspunkt in erster Linie unsere Abstimmung vornehmen, und möchte mich dafür aussprechen, daß wir uns prinzipiell gegen die Aufnahme der akademisch gebildeten Beamten in die Versicherung aussprechen.“ (Bravo!)

Dr. Wirth: „Wir haben im Rheinisch-Westfälischen Bezirksverein die Sache vom ethischen und praktischen Gesichtspunkt reiflich überlegt. Eins der wesentlichsten Bedenken war für uns, daß in Aussicht genommen ist, den Prämiensatz zu ändern, falls die Versicherung mit ihren Einnahmen nicht auskommt. Wie wir nachgerechnet haben, rechnet jede andere Privatversicherung für die Rückzahlungen mit einer Verzinsung ihres Fonds von 3%, während die staatliche Versicherung eine Verzinsung von 3½% annimmt, was eine staatliche Anstalt nie erreichen kann; besonders wenn man in Rücksicht zieht, daß hierbei noch die Unkosten der Verwaltung in Abzug gebracht werden sollen. Wir müssen befürchten, daß nach kurzem entweder die Prämien so erhöht werden, oder die Vergütung so gering wird, daß die ganze Sache für uns keinen Wert mehr hat; abgesehen davon, daß wir es nicht für richtig halten, daß man die studierten Chemiker, die doch immerhin aus pekuniär etwas günstiger gestellten Kreisen stammen, die das Geld zum Studium haben müssen, in einen Topf mit den Handwerkern zusammenwirft, die als Lehrlinge ohne einen Pfennig Auslagen anfangen und nach Beendigung der Lehrzeit sich selbst erhalten müssen.

Was nun die wirtschaftlich Schwachen betrifft, so glaube ich, daß die gerade in unseren Kreisen verhältnismäßig so in der Minderzahl sind, daß wir wegen der etwa 20% Schwachen doch nicht die sämtlichen Mitglieder der Kreise belasten sollten.“ (Bravo!)

Dr. Fischer, Aachen: „M. H.! Wir haben uns im Aachener Bezirksverein auch sehr eingehend mit dieser Frage beschäftigt. Wir haben eine große Industrie in unserer Nachbarschaft, die Rhenania, zu Rate gezogen; Herr Dir. Clar war so liebenswürdig, uns mit seinen Ansichten und Erfahrungen zu unterstützen. Ich habe nun den Auftrag, in der Hauptversammlung die Versicherung der Privatbeamten zu unterstützen. Wir sind für einen Zwang zur Versicherung der Privatbeamten, und zwar aus verschiedenen Gründen. Zunächst kommen die verschiedenen ethischen Momente, die gegen das Gesetz angeführt werden, nach unserer Meinung nicht so sehr in Frage. Wir haben zahlreiche Staatsbeamte in unserem Staatswesen, gebildete Herren, die ebenfalls Akademiker sind; sie beziehen im allgemeinen geringe Gehälter und haben das Anrecht auf eine Pension. Für einen Staatsbeamten liegt doch auch nichts Erniedrigendes in dem Gedanken, daß für sein Alter gesorgt ist; und letzteres soll auch für die Chemiker erreicht werden. Es handelt sich ja nicht darum, durch diese Versicherung unseren Chemikern Beträge von besonders nennenswerter Höhe zu sichern; es soll nur ein gewisser bescheidener Betrag gesichert werden, der dem vom Unglück getroffenen eine gewisse Beihilfe gewährt. Diese Beihilfe kann doch von Bedeutung sein. Die chemische Großindustrie hat schon längst für eine Versicherung gesorgt und einen weitgehenden Zwang eingeführt; der Chemiker, der in ihren Betrieb eintritt, ist verpflichtet, einer Versicherungskasse beizutreten; dort ist auch ein Zwang, und ob der Zwang vom Staat ausgeübt wird oder von einem Werk, das ist doch gleichgültig.

Es kommt noch ein weiteres in Betracht. Wenn ein Chemiker später auf diese Unterstützung zurückgreifen muß, so tritt ein gewisses erhebendes Moment in Wirkung: er weiß genau, er hat durch Zahlung der Beiträge ein Anrecht auf Unterstützung erworben, es ist nicht eine Wohltat, die ihm vielleicht unverdientermaßen zu teil wird, er hat vielmehr durch seinen Beitritt ein gutes Recht darauf. Wir wollen den Fall annehmen, es wären nur 10% -- vielleicht ist die Zahl etwas höher --, es wären 10% der Chemiker, die man zu den wirtschaftlich Schwachen rechnen kann, so wäre es meiner Überzeugung nach eine Sünde, wenn man auf diese 10% keine Rücksicht nehmen wollte und sagen wollte: Wir lehnen diese Gelegenheit, eine staatliche Versicherung für akademische Beamte zu schaffen, überhaupt grundsätzlich ab. Eine derartige Gelegenheit wird, wie schon gesagt wurde, in absehbarer Zeit nicht wiederkommen; die Akademiker würden wahrscheinlich nie wieder in die Lage kommen, daß der Staat sich um sie kümmert und für sie irgend etwas tut.

Ich möchte um dieser Wohltaten willen mich für die geplante Versicherung aussprechen. Daß das vorliegende Gesetz noch kein Meisterwerk der Gesetzgebung ist, das haben wir von Fachleuten vernommen; aber jedes Gesetzwerk ist ja verbesserungsfähig und kann weiter ausgebaut werden. Es ist freilich schwer, an etwas Vorhandenem zu ändern; es wäre wünschenswert gewesen, das Gesetz wäre von vornherein zweckmäßiger ausgefallen; aber man soll um der kleinen Nachteile willen das gute Prinzip nicht ablehnen.“

Dr. Quincke: „Wenn ich recht verstanden habe, so ist der Bezirksverein Aachen trotz seiner Bedenken und im Gegensatz zu der Auffassung des Herrn Dir. Clar von der Rhenania für Zwangsversicherung. (Wird bestätigt.)

Das ist die schwierige Frage, auf die ich vorhin hingewiesen hatte. Der Aachener Bezirksverein ist derjenige Verein, der nach meinen Begriffen der Auffassung des Sozialen Ausschusses am nächsten kommt. Wir sind für Versicherungszwang, und da wir den Versicherungszwang, wie Herr Clar ihn wünscht, nicht in anderer Weise durchführen können, so müssen wir eben für die Zwangsversicherung sein. Die Zwangsversicherung ist für uns das Sekundäre, nicht das Primäre. Primär wären wir nur für Versicherungszwang, und insofern glaube ich, daß wir in Übereinstimmung mit dem Sächsisch-Anhaltischen Bezirksverein sind. Früher war er, weil er für Versicherungszwang war, für Zwangsversicherung. Insofern hat er sich geändert, indem er den anderen Bedenken jetzt den Vorrang gibt.“

Gerichten: „Es gibt immer noch Herren, die glauben, daß man das Zwangsversicherungsgesetz umgehen könnte durch Ausbau der Invalidenversicherung. Hier liegt aber eine unüberbrückbare Kluft in der fehlenden Hinterbliebenenversicherung. Auch die soeben geschaffene sog. Verbesserung der Reichsversicherungsordnung, wonach eine kranke Witwe eine Rente bekommen soll, das ist für uns ausgeschlossen. Darauf müßten wir vor allem Wert legen, daß im Falle unseres Ablebens unsere Frauen und Kinder nicht gezwungen sind, die allerniedrigsten Beschäftigungen zu ergreifen, um sich Subsistenzmittel zu verschaffen.“

Wentzki: „Von den vorliegenden Anträgen ist mir der des Rheinisch-Westfälischen Bezirksvereins am unsympathischsten. Ich kann nicht finden, daß das Gefühl der Selbstverantwortlichkeit eine Schwächung erfahren könnte, im Gegenteil es wird vielmehr dadurch, daß der junge Akademiker, wenn er in die Industrie eintritt: „der Zwangsversicherung“ unterstellt wird, sein Gefühl der Selbstverantwortlichkeit gestärkt, indem dem Angestellten sofort klar werden muß, daß er für seine spätere Zukunft zu sorgen hat.

Es ist schon unter Hinweis auf die vom Verband deutscher Diplomingenieure zum Invalidenversicherungsgesetz eingebrachte Petition vom Standesdünkel gewisser Akademiker gesprochen worden, noch viel mehr wird dies der Fall sein, wenn die Resolution der Bezirksvereine Rheinland und Rheinland-Westfalen Annahme finden sollte. Der Alters- und Invalidenversicherung gehören die angestellten Chemiker nur wenige Jahre an, daher hat es keinen Zweck, die Chemiker zu zwingen, in die Invalidenversicherung einzutreten. Aus diesem Grunde hat der Frankfurter Bezirksverein seinerzeit beschlossen, die Petition des Verbandes deutscher Diplomingenieure zu unterstützen, und auch den Vorstand gebeten, diesbezüglich Schritte zu tun. Herr Geheimrat Duisberg hat das ja auch getan, und ich möchte nicht versäumen, dafür den Dank des Frankfurter Bezirksvereins auszusprechen. Im vorliegenden Falle liegt die Sache anders. Selbst wenn die 5000 M.-Grenze beibehalten werden soll, bleibt der angestellte Chemiker noch

versicherungspflichtig. Er bekommt später Rente, und der Zweck der Versicherung wird erfüllt.

Man sagt, die angestellten Chemiker seien in der Lage, selbst für ihre Zukunft zu sorgen, da möchte ich fragen, worin besteht diese Selbstversorgung? In der Resolution des Bezirksvereins Rheinland-Westfalen wird auf die private Versicherung verwiesen. Demgegenüber muß aber betont werden, daß die Versicherungsgesellschaften nur ganz Gesunde aufnehmen. Weiter soll die Selbstversorgung durch die Ausbildung des Angestellten und die seiner Kinder erreicht werden. Die Ausbildung des angestellten Akademikers ist im allgemeinen beim Eintritt in die Industrie beendet, und was die Ausbildung der Kinder anbetrifft, so muß ich jeden Akademiker bedauern, der im Alter auf die Unterstützung seiner Kinder angewiesen ist. Worin besteht die Selbstversorgung weiter? Ich kenne keine, die ausreichend ist.

Wenn vorhin gesagt wurde, die angestellten Chemiker seien in der Lage, ihre Zukunft sicherzustellen, so trifft dies im allgemeinen wohl zu, aber auch unter den Chemikern gibt es vielfach solche, die alle haben wohl schon Gelegenheit gehabt, dies zu erfahren, die im Krankheits- und Invaliditätsfalle auf Unterstützungen angewiesen sind. Zu dem Zwecke ist ja auch die Hilfskasse eingerichtet worden. Eine Lebensversicherung läßt sich mit der Altersversicherung nicht vergleichen. Letztere gewährt dem Versicherten später bestimmt eine Rente. Bei der Kapitalversicherung kann der Versicherte das Geld teilweise abheben, ehe der Versicherungsfall eintritt. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Lebensversicherungen einen großen Teil der einzuzahlenden Prämien an die Versicherten in Form von Darlehen zurückzahlen; der Versicherte muß dann außer den Prämien noch Zinsen zahlen. Tritt aber der Versicherungsfall ein, dann bleibt nach Abzug des Darlehens oft von dem versicherten Kapital nur wenig übrig. Zu erwähnen ist noch, daß die Anfangsprämien für eine Lebensversicherung sehr hohe sind. Darum versichern sich die meisten Angestellten erst in späteren Lebensjahren, vielfach wenn sie heiraten wollen. Früher denkt niemand daran, sich zu versichern. Aus diesen Gründen möchte ich Sie bitten, im Sinne der im Frankfurter Bezirksverein angenommenen Resolution Ihre Beschlüsse zu fassen.“

Vors.: „Ehe wir in der Debatte weiter gehen, möchte ich noch mitteilen, daß ich auf Anregung des Frankfurter Bezirksvereins und im Sinne des Vereins deutscher Diplom-Ingenieure dahin gewirkt habe, daß auch die Chemiker nicht dem Zwang der Alters- und Invalidenversicherung unterworfen werden. § 1230a hat auf Grund der endgültigen Beschlußfassung des Reichstags nunmehr folgende Fassung erhalten:

„Auf ihren Antrag werden von der Versicherungspflicht befreit Versicherungspflichtige, die während oder nach der Zeit eines Hochschulunterrichtes zur Ausbildung für ihren künftigen Beruf oder in einer Stellung beschäftigt werden, die den Übergang zu einer der Hochschulbildung entsprechenden versicherungsfreien Beschäftigung bildet.“

Dieser Paragraph hat also eine weitgehende, aber ziemlich schwer verständliche Fassung erhalten. Es werden also auch die Chemiker mit Ge-

halt unter 2500 M von dem Versicherungszwang in bezug auf Kranken- und Altersversicherung befreit, wenn sie dies beantragen.

Außerdem möchte ich noch bemerken: bei dem Zwiespalt, der in dieser Frage zwischen den verschiedenen Bezirksvereinen besteht, hat der Vorstand entschieden, daß er sich neutral verhält. Ich als Vorsitzender werde mich der Abstimmung in dieser Frage überhaupt enthalten.“

Dr. Raschig: „Es wurde gesagt, der Soziale Ausschuß habe in der Zeit von 14 Tagen seine Ansicht geändert. Der Herr Kollege, der das sagte, hat übersehen, daß das, was er als eine Resolution ansah, gar keine Resolution war, sondern der Vorschlag des Kollegen Quincke zu einer Resolution. Die Resolution hat erst heute die Fassung bekommen, die Herr Kollege Quincke als Meinung des Sozialen Ausschusses verlesen hat. Es steht das ausdrücklich in den einleitenden Worten.

Der Soziale Ausschuß hat seinen Standpunkt in dieser Frage niemals geändert, wir waren stets für Versicherungszwang. Wenn der Herr Kollege Quincke vor 14 Tagen einen anderen Vorschlag gemacht hat, so lag das daran, daß der damalige Gesetzentwurf seiner Meinung nach so große Nachteile enthielt gegenüber den Vorteilen, die er brachte, daß nach seiner Ansicht die Nachteile überwogen. Heute ist aber die Sachlage anders. Dem Reichstag liegt jetzt ein anderer Gesetzentwurf vor, der verschiedene Änderungen vorwegnimmt, die wir beantragt hatten, namentlich in der wichtigen Frage der Ersatzkassen. Dieses Moment hat uns heute bestimmt, die Vorteile für größer zu halten als die Nachteile und Ihnen vorzuschlagen, dem Gegenteil von dem, was anfänglich in Aussicht genommen wurde, nämlich der Zwangsversicherung für die Chemiker, grundsätzlich zuzustimmen.“

Prüssing: „Herr Dr. Hesse befindet sich im Irrtum, wenn er glaubt, daß Herr Direktor Küsel zu einem anderen Standpunkt als dem ablehnenden kommen würde, wenn er in Rücksicht zöge, daß die Privatversicherungsanstalten zugelassen sind. Der Brief Küsels ist datiert vom 2./7. Es waren ihm die Beschlüsse zur Privatversicherungskasse wohl bekannt. Ich habe nur deshalb den aus 4 Seiten bestehenden Brief nicht vollständig vorgelesen, weil 1. die Zeit hier knapp ist, und weil 2. die verschiedenen Gesichtspunkte, nacheinander vorgetragen, verwirrend wirken müssen. Ich werde deshalb nur kurz das herausnehmen, was notwendig ist, um Herrn Dr. Hesse zu beweisen, daß seine Annahme von der Gesinnungsänderung des Herrn Küsel eine irrige ist. Er ist im Gegensatz zu Herrn Hesse nicht zu der Ansicht gekommen, daß man das Gesetz annehmen muß, sondern er hat in der Art, wie die Privatversicherung zugelassen ist, eine unbefriedigende Lösung gefunden und ist zu einer anderen Meinung gekommen. Das geht aus folgendem hervor: Herr Küsel schreibt:

„Die Änderung, welche der Bundesrat an der erstmaligen Vorlage vorgenommen hat, besteht, abgesehen von einigen Bestimmungen, welche die freiwillige Fortsetzung der Versicherung erleichtern und die Befugnisse des Verwaltungsrates erweitern, in der Hauptsache darin, daß infolge energischen

Drängens von allen Seiten Ersatzkassen zugelassen worden sind.“

Herr Küsel schreibt weiter:

„Werden aber alle diese Anstalten zugelassen, und wird die Bestimmung getroffen, daß jeder Privatbeamte in der vom Gesetze vorgeschriebenen Weise versichert werden muß, und daß der Dienstgeber für die richtige Versicherung verantwortlich ist, dann ist eine Reichsversicherungsanstalt überhaupt überflüssig. In ähnlichem Sinne hat sich kürzlich auch der Aachener Bezirksverein ausgesprochen, indem er wohl einen Versicherungszwang, aber keine Zwangsversicherung wünschte.

Für die akademisch gebildeten Beamten und für die Chemiker insbesondere bleibt die Sachlage nach wie vor dieselbe. Werden für sie keine gerechteren Bedingungen geschaffen, und sollen sie nach einem Gesetz versichert werden, das lediglich auf die Verhältnisse der Unterbeamten zugeschnitten ist und bei dem sie nur dazu dienen sollen, diesen eine günstige Gestaltung der Versicherungsbedingungen zu ermöglichen, so müssen sie sich mit allen Mitteln gegen diese Versicherung wehren.“

Herr Dr. Hesse wird daraus sehen, daß Herr Dir. Küsel auch später, nach den erfolgten Änderungen, sich gegen die Versicherung ausgesprochen hat.“

Prof. Dr. Bucherer: „Herr Dr. Kloeppel ist der Meinung, es werde zuviel versichert. Ich bin im Gegenteil der Meinung, es kann gar nicht genug versichert werden.

Was die Versicherung bietet, ist zu wenig im Vergleich zu dem, was jemand seither bei den bestehenden Kassen hatte; er wird damit der Sorge um seine und seiner Angehörigen Zukunft durchaus nicht überhoben. Was die Zwangsversicherung gibt, soll nur vor dem äußersten schützen. Ich möchte an die Goetheschen Worte erinnern:

Wer nie sein Brot mit Tränen aß,
Wer nie die kummervollen Nächte
Auf seinem Bette weinend saß,
Der kennt euch nicht, ihr himmlischen Mächte.

Ich glaube, daß die Lage der Kollegen in der chemischen Industrie im allgemeinen überschätzt wird. Wenn wir uns über die Lebenslage unserer Kollegen von der Chemie genauer unterrichten könnten, so würden wir wohl finden, daß ihr Einkommen durchaus nicht derart ist, daß wir hier eine solche Hilfe ablehnen sollten; ich glaube und möchte darin Herrn Dr. Hesse zustimmen, daß wir unser Gewissen prüfen sollen, ob wir die Möglichkeit, für unsere Kollegen, die nicht in glänzenden Verhältnissen sind, zu sorgen, einfach von der Hand weisen dürfen. Wenn wir eine Statistik aufmachten und feststellten, wie die Einkommensverhältnisse sind, so würden wir wohl merken, daß ein großer Teil, mehr als 80%, es nötig hat, für die Zukunft seiner Angehörigen durch eine Zwangsversicherung zu sorgen. Wie gesorgt werden soll, wie die Zwangsversicherung beschaffen sein soll, das ist dann eine Sache für sich, und dann glaube ich auch, unbeschadet allen Standesgefühles, das wir haben sollen, sollten wir dieses Standesgefühl doch nicht heranziehen, um uns dagegen zu wehren, daß wir mit Handwerkern usw. in einen Topf geworfen werden. Wenn es sich darum handelt, ob die Hinter-

bliebenen ihr Brot mit Tränen essen sollen oder nicht, da ist ein zu großer Stolz nicht am Platze, und wir werden doch im übrigen wohl alle auf dem Standpunkt stehen, daß der Handwerker auch ein ganz ordentlicher Mann ist, und daß unserer Standeswürde kein Abbruch geschieht, wenn wir einmal mit ihnen in einem Topf sitzen.

Mit Rücksicht auf die Stimmung, die hier offenbar gegen die Zwangsversicherung herrscht, will ich von weiteren Ausführungen absehen und mich auf das Gesagte beschränken.“

Vors.: „M. H.! Wir nähern uns der 6. Stunde, und es stehen noch 5 Herren auf der Rednerliste; Sie werden es mir daher nicht übelnehmen, wenn ich die Redezeit von jetzt ab auf 5 Minuten beschränke. Wenn die 5 Minuten um sind, werde ich mir gestatten aufzustehen, und mich so bemerkbar machen.“

Dr. Hesse: „M. H.! gerade die Auffassung, die Herr Dir. K ü s e l geäußert hat, ist mir nichts Neues; ich glaube aber trotzdem, wenn wir uns die Frage dahin überlegen, wie die Zwangsversicherung ausgestaltet werden soll und vor allen Dingen dasjenige berücksichtigen, was der Soziale Ausschuß, ich will nicht sagen als Bedingung seiner Zustimmung, aber jedenfalls als ein wesentliches Moment seiner Zustimmung mit in die Wagschale werfen will, daß wir dann doch zu einer anderen Meinung kommen müssen.

Es ließ sich in der Debatte nicht vermeiden, schon einige Detailfragen aus dem Gesetz und aus der Resolution des Sozialen Ausschusses heranzuziehen. Wenn das geschehen ist, so werden Sie mir gestatten, daß ich das auch tue. Herr Kollege K l o e p p e l hat von den glänzenden Leistungen der Privatkassen gesprochen. Sehr richtig; die Privatkassen, die augenblicklich existieren, existieren nur da, wo ein großer Besitzer ist, der sich das leisten kann, und den seine Munifizenz veranlaßt, weit größere Beiträge zu den Kassen zu leisten, als er nachher zu leisten gezwungen werden könnte. Wäre ein großer Prozentsatz unserer jüngeren Kollegen in der Lage der Chemiker unserer Großbetriebe, so würde ich kein Wort für die allgemeine Zwangsversicherung sprechen; aber ich glaube, gerade der Rheinisch-Westfälische Bezirksverein, der in einem etwas glänzenden Milieu lebt (Heiterkeit), hat sich auf einen Standpunkt gestellt, der nach meinem Gefühl nicht der richtige ist. Ich glaube, daß nicht ein Drittel der Kollegen sagen kann, daß er seine Zukunft so gesichert habe, wie sie bei den großen Privatkassen durch die freiwillige Versicherung und auch durch eine gewisse Zwangsversicherung bei den Werkskassen gesichert ist. Diese Privatkassen gliedern sich in große und kleine Kassen; die kleinen werden fallen, wenn die Privatbeamtenversicherung kommt. Aber das bestimmt mich gerade wieder für die Zwangsversicherung zu sein; denn die Zwangsversicherung und die Privatversicherung, beide können nicht Geld beschaffen. Ich habe im Märkischen Bezirksverein den Ausführungen gegenüber, daß die Kasse nicht leistungsfähig genug und die Rechnung nicht richtig sei, den Ausdruck gebraucht: die Regierung hat ebensowenig Dukatenmännchen wie die Fabrikassen. Eine ausreichende Unterstützung der Versicherten kann nur durch entsprechend hohe Beiträge

geschaffen werden. Alles dasjenige, was über die Leistungsfähigkeit der Zwangsversicherung gesagt worden ist, ist besonders im Vergleich mit den Privatkassen ganz falsch. Die können nicht verglichen werden, da die Privat- und Werkskassen nur gesunde, die Staatskasse aber auch kränkelige Versicherte aufnimmt. Durch die Einrichtung einer Zwangsversicherung wird später eine so große Zahl von Technikern und Kaufleuten aus den Privatkassen austreten, daß auch die spätere Leistungsfähigkeit dieser Privatkassen jedenfalls vermindert werden muß.“

Dr. Diehl: „Wir haben damit zu rechnen, daß dieser Gesetzentwurf in irgend einer Form genehmigt wird; denn ich glaube, es wird keine politische Partei das Odium auf sich nehmen wollen, das Zustandekommen dieses Gesetzes verhindert zu haben. Der Gesetzentwurf wird den Reichstag auch verhältnismäßig rasch passieren; es wird bekanntlich gesagt werden: ‚Friß Vogel, ehe du stirbst.‘

Wir haben uns dieses Moment im Sozialen Ausschuß vorgehalten und haben geglaubt, daß wir unter diesen Umständen schwerwiegende Bedenken, die gegen manche Bestimmungen bestehen, zurücktreten lassen müßten, daß wir vielmehr praktische Politik treiben und bei den Punkten, die für uns besonders wichtig sind, versuchen sollen, das Beste herauszuholen. Von diesem Gesichtspunkt der praktischen Politik aus, sind die Beschlüsse gefaßt, die Herr Dr. Q u i n c k e heute vorgelesen hat, bei denen wir uns auf das Wesentlichste beschränkt haben; es ist ferner unser Wunsch, daß wir die Frage gemeinsam bearbeiten mit anderen Korporationen, da vieles, was wir wollen, auch von kaufmännischen Vereinen, von dem Ingenieurverein usw. gewünscht wird. Dies war die Richtschnur für die Vorschläge des Sozialen Ausschusses, um deren Annahme ich wiederholt bitte.“

W e n t z k i: „Nach dem Regierungsentwurf der Angestellten-Versicherung besteht die Möglichkeit, daß die Beiträge eventuell später erhöht werden müssen. Ich meine, man braucht in dieser Beziehung nicht zu ängstlich zu sein. Vielleicht könnte auch der umgekehrte Fall eintreten. (Rufe oh! oh!)

Es wurde gesagt, daß die Angestellten-Versicherung, wie der Entwurf vorsieht, für den Chemiker sehr ungünstig sei, und es wird daher auch vom Bezirksverein Sachsen-Anhalt eventuell gewünscht, der Verein möge für eine Wahrung der Interessen der Chemiker eintreten. Ich halte eine solche Verbesserung des Entwurfes für möglich. Um den Nachteil, den der angestellte Akademiker dadurch erleidet, daß er sehr spät versicherungspflichtig wird, zu kompensieren, empfiehlt es sich, eine Bestimmung aufzunehmen, wie sie sich analog bereits im Invalidengesetz findet: Die Bestimmung lautet:

„Lehrer und Erzieher gehören, soweit nicht ein Jahresverdienst von 1150 M nachgewiesen wird, zur vierten Lohnklasse.“

Die Lehrer werden also in der 4. Klasse versichert, auch wenn sie das entsprechende Einkommen noch nicht haben. Ebenso wäre es möglich, die Akademiker mit einer höheren Klasse beginnen zu lassen. Ich meine, diesen Vorschlag

sollte man erwägen. Wenn der Akademiker z. B. mit der Klasse G (Einkommen 2500 bis 3000 M) beginnt und ein Einkommen von 5000 M erreicht, so würde er nach 40 jähriger Tätigkeit eine Rente von mindestens 1500 M erhalten. Mancher angestellte Akademiker, der auf eine Pension keinen Anspruch hat, wird froh sein, im Alter bei Aufgabe seiner Tätigkeit eine solche Rente zu erhalten.“

Dr. K l o e p p e l: „Ich möchte hervorheben, daß wir, gleichviel ob unser prinzipielles Votum für oder gegen die Zwangsversicherung ausfällt, die Anträge zur Ausgestaltung des Gesetzes in Berücksichtigung ziehen müssen. Wir wissen nicht, wenn unser Antrag gegen die Zwangsversicherung ausfiele, ob demselben stattgegeben wird; wir müssen deshalb unter allen Umständen suchen, mit unseren Vorschlägen bei der Ausgestaltung des Gesetzes durchzudringen. Der Gesichtspunkt des Kollegen H e s s e, daß die Leistungsfähigkeit der Kassen sinken würde, weil ein Teil der Angehörigen herauskommt, trifft nicht zu, denn wenn die Kassen anerkannt werden, dann bleiben sie alle darin. Die Kassen bleiben erhalten, wie sie sind, dieser Gesichtspunkt kann also nicht geltend gemacht werden.“

Wenn ein Vergleich mit den Medizinern und Rechtsanwälten gezogen und gesagt wurde, daß die Berufsgefahr bei dem Chemiker doch viel größer sei, so ist dabei übersehen worden, daß sich der Chemiker doch viel besser durch unsere hervorragend gute U n f a l lversicherung steht; die Einkommensgrenze geht bis 6000 M, mit sehr günstigen Bestimmungen für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Ich glaube daher nicht, daß der Gesichtspunkt der Berufsgefahr hier für oder gegen die Zwangsversicherung geltend gemacht werden kann.“

Dr. S o h n: „Trotzdem ich angestellter Chemiker und hauptsächlich als Vertreter der angestellten Chemiker gewählt bin, möchte ich Sie bitten: Stimmen Sie gegen die Zwangsversicherung. Ich bin im Rheinlande und Westfalen ziemlich bekannt und habe mit vielen Angestellten gesprochen. Alle waren sie gegen die Zwangsversicherung, auch gegen eine solche, die bessere Leistungen als die bisher projektierte bringen würde.“

Nachdem ich heute soviel Reden gehört habe, kann ich begreifen, warum man bei der großen Masse die Juristen und Mediziner als etwas besseres ansieht als die Chemiker. Geht es uns denn so traurig, wie es hier hingestellt worden ist?

Wir haben in Rheinland und Westfalen etwa 400 Mitglieder, darunter solche, die direkt von der Universität kommen, und andere, die 20 bis 25 Jahre im Betrieb sind; ich habe aber nie gesehen, daß die Leute so kümmerlich dastehen, wie es hier geschildert wurde. Es wäre unseres Standes unwürdig, wenn wir uns hinstellen wollten und sagen, uns muß geholfen werden, der Staat muß für uns einspringen. Wenn wir uns nicht selber aus eigener Kraft helfen können, so wollen wir die Chemie an den Nagel hängen und Kaufleute und sonst etwas werden. Der Verein deutscher Chemiker hat viel dazu beigetragen, das Standesbewußtsein der Chemiker zu heben; wenn wir uns nun von Vereinswegen für die Zwangsversicherung aussprechen, so

ist dies kein Zeichen unseres starken Standesbewußtseins. Ich bedauere, daß unsere Soziale Kommission, die sonst so wirksam gearbeitet hat, zu einer solchen Resolution wie die vorgeschlagene gekommen ist und uns die Zwangsversicherung, wenn auch unter abgeänderten Bedingungen empfiehlt. Die von uns aufgestellten Bedingungen werden auch nicht viel nützen; man wird unsere Resolution mit den verschiedensten von anderer Seite eingebrachten in einen Topf werfen und den Gesetzentwurf glatt annehmen, da einige Parteien hierdurch Stimmenfang für die nächste Wahl treiben wollen. Wir wollen uns selbst helfen und deshalb gegen jede Zwangsversicherung stimmen; wer sich nicht selbst helfen will, dem können andere auch nicht helfen.“

Dr. S c h e i t h a u e r: „M. H.! Wir müssen doch mit den praktischen Verhältnissen rechnen. Der Gesetzentwurf über die Privatbeamtenversicherung liegt vor und wird demnächst den Reichstag beschäftigen. Nach den bisherigen Verhandlungen ist es ausgeschlossen, daß die Akademiker aus dem Gesetz herauskommen. Deshalb ist es eigentlich zwecklos, darüber abzustimmen, ob wir Zwangsversicherung haben wollen oder nicht, aber ich bitte Sie, sich für die Zwangsversicherung auszusprechen. Sie alle, wie Sie hier sind, brauchen wahrscheinlich die Zwangsversicherung nicht, aber zahlreiche junge Kollegen von uns brauchen sie, und es macht doch einen vorzüglichen Eindruck, wenn der Vorstandsrat möglichst geschlossen für die Zwangsversicherung eintritt. Selbst wenn wir dagegen wären, wäre es doch unbedingt notwendig, daß wir über die Vorschläge des Sozialen Ausschusses, die durchaus nicht in allen Teilen meinen Beifall finden, verhandeln. Wir müssen versuchen, bei dem Gesetz möglichst viel für die akademisch gebildeten Chemiker zu erreichen; wir müssen suchen, etwas Erreichbares vorzuschlagen, und Unreichbares müssen wir fallen lassen.“

V o r s.: „Zu der allgemeinen Frage ist kein Redner mehr vorgemerkt. Wir schreiten zur Abstimmung über die Frage des Prinzips der Zwangsversicherung.“

A b s t i m m u n g: Für die Zwangsversicherung ergeben sich 34 Stimmen, dagegen 26.

Dr. K l o e p p e l: „Ich wollte auf etwas aufmerksam machen, was streng genommen nicht ganz zum Gegenstand gehört. Es ist vielleicht von Interesse festzustellen, daß vor ein paar Jahren geäußert wurde, die Fachgruppen würden sich auf einen einseitigen sozialen Standpunkt stellen. Es hat sich jetzt gezeigt, daß die Vertreter in ihren Meinungen ganz auseinandergehen, also gewiß nicht irgendwie einseitig befangen sind.“

V o r s.: „Wir kommen nun zu der Frage, wie das Gesetz abgeändert werden soll.“

Dr. H e s s e: „Ich möchte im Interesse der Abkürzung unserer Verhandlungen vorschlagen, daß wir unserem Sozialen Ausschuß ein Vertrauensvotum ausstellen und seine Resolution ohne Weiteres en bloc annehmen.“

Dr. S c h e i t h a u e r: „Ich kann dem nicht zustimmen; es wird zweckmäßig sein, wenn Herr Dr. Q u i n c k e erst einmal die Einleitung zu seiner Resolution vorliest und wir die einzelnen Punkte durchgehen.“

Vors.: „Nachdem Widerspruch gegen den Vorschlag erhoben worden ist, ist eine en bloc Annahme nicht möglich.“

Dr. Quincke: „Der Soziale Ausschuß hat 5 Punkte zusammengestellt, von denen der Vorstand nur 3 für wesentlich hält.“

(Dr. Scheithauer: Das war meine persönliche Meinung!)

Der erste Punkt besagt, daß bei höherem Einkommen die Zwangsversicherung mit dem Gehaltsanteil, der der höchsten Grenze entspricht, bestehen bleiben soll. Hierzu war noch ein Zusatz von Herrn Dr. Kloeppel vorgeschlagen, der viel für sich hat:

Jedenfalls muß unter allen Umständen das Recht auf freiwillige Weiterversicherung nach Überschreitung der Gehaltsgrenze im Gesetz zum Ausdruck gebracht werden.

Es ist im Gesetz nicht deutlich ausgesprochen, ob das Recht zur freiwilligen Weiterversicherung bei Überschreitung der Gehaltsgrenze sich gewährleisten lasse.

Es wird sich also darum handeln: sind die Herren einverstanden, daß wir verlangen, daß auch bei höherem Einkommen die Zwangsversicherung mit dem Gehaltsanteil, der der Höchstgrenze des Gesetzes entspricht, bestehen bleibt?“

Vors.: „M. H.! Bevor wir in die Debatte eintreten, möchte ich Ihnen, nachdem die definitive Entscheidung gefallen ist, einen Rat geben. Wenn Sie bei dem Gesetz, das sicher durchgeht und bei dem die Akademiker hineingezwungen werden, ob sie wollen oder nicht, noch etwas modifizieren und erreichen wollen, so klammern Sie sich nur nicht an kleinliche Punkte. Nehmen Sie mehrere wichtige Fragen heraus, alles minderwertige aber lassen Sie fallen. Diejenigen, die Ihre Beschlüsse durchführen sollen, sind in einer schwierigen Situation, wenn Sie sie noch mit allerhand Kleinkram belasten.“

Dr. Scheithauer: „Die Änderung, die hier vorgenommen wird, ist wichtig. Es geht aus dem Gesetz nicht hervor, ob man sich, wenn das Gehalt über 5000 M erhöht wird, weiter versichern kann. Ich meine aber, der Soziale Ausschuß geht zu weit, wenn er verlangt, daß sobald das Gehalt diese Höhe überschreitet, der Arbeitgeber noch weiter zu der Versicherung beitragen soll.“

Wentzki: „Ein Gehalt von 5000 M ist für einen akademisch Gebildeten, besonders wenn er Familienvater ist, nicht hoch. Ich meine, wir sollten daher dem Vorschlag des Sozialen Ausschusses zustimmen, und der Unternehmer sollte durch das Gesetz gehalten werden, die Beiträge auch dann noch zu leisten, wenn das Einkommen des Angestellten mehr als 5000 M beträgt. Die Summe, welche der Unternehmer zahlt, ist ja nicht sehr erheblich, $3\frac{1}{2}\%$ kann die Industrie und der Handel im allgemeinen schon zahlen.“

Vors.: „Es meldet sich niemand mehr zum Wort. Diejenigen die dafür sind, daß die Beamten, die ein höheres Gehalt als 5000 M beziehen, auch weiter zwangsversichert bleiben, die also für die Fassung des Sozialen Ausschusses sind, bitte ich mit ja zu stimmen.“

Gegen 2 Stimmen und bei 4 Stimmenenthaltungen wird die Fassung genehmigt.

Dr. Quincke: „Es handelt sich weiter um den taktischen Paragraphen, daß die zehnjährige Wartezeit abgekürzt werden soll. Wir wissen, daß wir hier nicht viel erreichen werden; wenn wir aber diesen Passus fallen lassen, werden wir morgen in der Hauptversammlung viel Schwierigkeiten haben. Er würde dann von anderen wieder aufgenommen werden. Es handelt sich lediglich um die Art, wie wir unsere Anschauung zur Geltung bringen können. Die Meinung ist ohne Frage nicht zu verwerfen, daß wir durch Aufstellung von zu viel Forderungen diejenigen Forderungen schädigen, die wir sonst vielleicht durchbringen können. Ich gebe also den Herren anheim, wie sie sich zu diesem Punkte aussprechen wollen.“

Der zweite Punkt geht dahin, daß im Falle des Ausscheidens jedenfalls eine Rückzahlung vorgesehen werden müßte. Dazu kommt die Ergänzung, auf die Herr Dr. Kloeppel hingewiesen hat, daß die Weiterversicherung im Falle des freiwilligen Ausscheidens garantiert werden muß.

Vors.: „Ich möchte nur kurz bemerken: Dies sind die schwächsten Punkte der ganzen Vorschläge. Daher bitte ich, sie auch zusammenzufassen und darüber ohne Debatte mit Nein oder Ja zu entscheiden.“

Es wünscht niemand mehr das Wort; ich bitte diejenigen die Hand zu erheben, die gegen die Aufnahme dieser beiden Bestimmungen sind. — Ich kann konstatieren, daß das die Mehrheit ist, damit ist diese Sache gefallen.“

Dr. Quincke: „Aus der Resolution werden also diese beiden Punkte gestrichen. Es kommt dann der folgende Punkt, daß jeder Verlust der erworbenen Rente ausgeschlossen bleiben muß. Auf diesem Punkte müssen wir bestehen bleiben. (Zustimmung.)

Nun kommt der 5. Punkt, daß bei Zulassung von bestehenden Kassen als Ersatzkassen in wohlwollender Weise verfahren wird; insbesondere auch gegenüber den sog. aussterbenden Kassen.“ (Zustimmung.)

Vors.: „Es meldet sich niemand zum Wort, auch dieser Punkt ist angenommen.“

Wentzki: „Dem von mir gemachten Vorschlage gemäß beantrage ich, noch die Bestimmung aufzunehmen, daß Angestellte, die eine akademische Hochschulbildung nachzuweisen vermögen, sofern sie nicht bereits ein höheres Gehalt als 2000 bis 2500 M beziehen, der Klasse F überwiesen werden.“

Vors.: „Ich finde diesen Vorschlag ausgezeichnet; dann würde die Schwierigkeit hinwegfallen wegen des frühzeitigen Ausscheidens.“

Dr. Hesse: „Ich kann nicht dringend genug empfehlen, diese Bestimmung in die Resolution des Sozialen Ausschusses hineinzubringen. Es wird einen guten Eindruck nach außen machen, wenn wir sagen, wir wollen auch Opfer bringen, damit etwas für die Angestellten herauspringt.“

Vors.: „Ich bitte, die spezielle Fassung dem Sozialen Ausschuß zu überlassen.“

Dr. Meyer: „Ich bitte, daß auch gesagt wird: ‚bestehende Versicherungen‘. Meine Firma hat

z. B. Lebensversicherungspolice für ihre Beamten.“

Dr. Quincke: „Nach dem Vorschlag des Herrn Dr. Meyer wäre also zu sagen, daß gegenüber bestehenden Kassen und Versicherungen als Ersatzkassen in wohlwollender Weise verfahren werden soll. Notwendig ist das eigentlich nicht, da es schon im Eingange steht.“

Danach wären die drei Sätze angenommen, es käme dann der vierte Satz, dessen Redaktion wir aber bis morgen vertagen möchten.

Letzter Satz: „Endlich empfiehlt der Soziale Ausschuß, daß der Verein deutscher Chemiker sich offiziell an den Arbeiten einer der größeren Vereinigungen, welche die Privatangestelltenversicherung bearbeiten, beteiligt, sei es bei der Arbeitszentrale für die Privatbeamtenversicherung oder event. bei dem Hauptausschuß zur Herbeiführung einer staatlichen Pensionsversicherung der Privatangestellten.“

Vors.: „Auch das ist zu empfehlen, damit wir möglichst viel herausholen.“

Es erhebt sich kein Widerspruch, der Antrag Wentzki und der Schluß dieser Resolution ist angenommen. Die Resolution würde dann angenommen sein in dem Sinne, daß der Soziale Ausschuß beauftragt ist, den Antrag Wentzki auszuarbeiten. Morgen muß die Resolution in richtiger redaktioneller Fassung gedruckt vorliegen.“

Dr. Zanner: „Mein Bezirksverein hat mich beauftragt, den Sozialen Ausschuß darauf aufmerksam zu machen, daß auch die Interessen der Kollegen, die nach dem Auslande gehen, berücksichtigt werden möchten. (Zuruf: Das steht im Gesetz!) Wir haben uns den Gesetzentwurf kommen lassen, danach erscheint die Sache jedoch sehr unbestimmt.“ (Verschiedene Zurufe.)

Vors.: „Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt. Nun bitte ich Sie, wirken Sie im Verein mit dem Sozialen Ausschuß dahin, daß die Bestimmungen, die wir heute beschlossen haben, auch morgen angenommen werden. Für den Juli ist eine Sitzung des Ausschusses zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Chemikerstandes, in dem wir in diesem Jahre den Vorsitz haben, in Aussicht genommen. Auch diesem Ausschuß werde ich unsere Anträge vorlegen.“

8. Antrag der anorganischen Fachgruppe.

1. Die anorganische Chemie ist an vielen Hochschulen nicht in der ihrer Wichtigkeit entsprechenden Weise vertreten.

2. Die anorganische Chemie ist der organischen, pharmazeutischen und technischen Chemie gleichwertig und muß, wie diese, durch Ordinariate mit eigenen wohlausgestatteten Instituten vertreten werden.

3. Die Vertretung der anorganischen Chemie, welche als ein besonderes selbstständiges Fach zu betrachten ist, durch außerordentliche Professuren oder gar durch außeretatmäßige Lehrkräfte und Privatdozenten, entspricht nicht der Stellung der anorganischen Chemie in Technik und Wissenschaft. Die Überführung solcher Lehrstühle in Ordinariate bzw. die Neueinrichtung solcher, wo etatsmäßige Lehrstühle noch nicht bestehen, wird als eine dringliche Forderung bezeichnet.

4. Die Nichterfüllung dieser Forderung würde die Gefahr bedingen, daß die deutsche anorganische

Forschung noch mehr als bisher schon vom Auslande überflügelt wird.

Dr. Quincke (als Berichterstatter): „Dieser Antrag rührt von Herrn Prof. Jordis her, der ihn hier eigentlich vertreten müßte. Er liegt sachlich so sehr im Interesse der anorganischen Chemie, daß wohl keine Einwendungen erhoben werden. Das Ziel des Antrages geht dahin, der anorganischen Chemie in Deutschland wieder eine gewichtigere Stellung zu verschaffen gegenüber der organischen Chemie, die solange Zeit geherrscht hat, und der physikalischen Chemie, die sich jetzt so hoch emporgeschwungen hat. Über die Form ist nichts zu sagen.“

Geheimer Rat Prof. Dr. Hempel (als Berichterstatter des Vorstandes): „Ich glaube, daß der Antrag zur richtigen Zeit kommt. Es handelt sich nicht nur darum, daß die anorganische Chemie gefördert wird, sondern daß ein großer Übelstand abgeschafft wird, der sich auf den Universitäten — weniger auf den technischen Hochschulen — findet, daß nämlich nur ein einziges Laboratorium existiert unter der Leitung eines Direktors und einer Anzahl Abteilungsvorstände, die infolgedessen nur beschränkte Selbstständigkeit haben. Wenn erreicht werden könnte, daß an allen Universitäten zwei Hauptlaboratorien beständen, so würde es sich wahrscheinlich von selbst ergeben, daß das eine mehr die anorganische, das andere die organische Chemie bevorzugte. Es würde nicht mehr vorkommen können, daß der Direktor des Laboratoriums seine Studenten nicht einmal kennt. Ich möchte nicht, daß in dem Antrag gesagt würde, daß die anorganische Chemie in Deutschland nicht blühe.“

Warum sollten wir sagen, daß wir in Deutschland überflügelt sind? Abgesehen davon, daß es nicht opportun ist, ist es auch nicht richtig.“

Vors.: „Herr Dr. Quincke, ziehen Sie diese Worte zurück?“

Dr. Quincke: „Selbstverständlich.“

Vors.: „Dann frage ich, ob Sie mit dieser Abänderung den Antrag annehmen? — Das ist einstimmig der Fall.“

Dringlicher Antrag des Vorstandes:

Der Verein deutscher Chemiker betont wiederholt, daß die geeignete Vorbildung für Nahrungsmittelchemiker ohne Ausnahme die Reifeprüfung einer deutschen neunklassigen höheren Schule ist und beauftragt seinen Vorstand, an maßgebender Stelle erneut Vorstellungen in diesem Sinne zu machen.

Vors.: „Ich glaube, darüber brauchen wir nicht zu debattieren. Wir haben das schon wiederholt beschlossen; Erhebt sich dagegen ein Widerspruch? Das ist nicht der Fall, der Antrag ist angenommen.“

9. Vorbereitung des VIII. Internationalen Kongresses.

(Ref.: Prof. Dr. B. Rassow.)

Vors.: „Ich möchte hier die Mitteilung machen, daß der Verein deutscher Chemiker von dem amerikanischen Komitee zur Vorbereitung des Internationalen Kongresses aufgefordert worden ist im Sinne des Antrages, den wir in Frankfurt gestellt haben, sich nicht mehr auf Personen, sondern auf Vereine und Vereinigungen zu stützen, welche Geschäftsführer und eine Presse zur Verfügung haben,

und die deutschen Vereine zu einer Sitzung und Beschlufsfassung hierüber einzuladen.

Diese Versammlung findet am 8./7. in Berlin im Hofmannhaus statt

Was den nächstjährigen Internationalen Kongreß selbst anbelangt, so fährt der Präsident des Kongresses, Herr Dr. Nichols, jetzt in echt amerikanischer Weise auf einem Automobil in ganz Europa herum und besucht nicht nur die Vereine, sondern vor allem auch die Regierungen, um sie persönlich zum Kongreß einzuladen. Er war auch in Elberfeld und erzählte, daß geplant sei, den Versuch zu unternehmen, die sämtlichen europäischen Chemiker auf einem zu charternden Dampfer möglichst billig nach Neu-York zu bringen. Ob das gelingen wird, ist eine andere Frage; ich bezweifle es sehr, doch müssen wir abwarten.

Der Kongreß wird zuerst in Washington mit einer Reihe von Vergnügungen und Festlichkeiten eröffnet werden. Dann geht es nach Neu-York, wo für alle Bequemlichkeiten einschließlich eines Dormitoriums mit Chaiselongue gesorgt werden soll (Heiterkeit!), und wo die eigentliche Arbeit beginnt. Eine Reise nach Philadelphia, Pittsburg, Chicago, Niagara falls, Boston usw. beschließt den Kongreß, um so den Gästen die Schönheiten des Landes und seine Industrie zu zeigen. Sie sehen, es wird getan, was nach amerikanischen Begriffen zu tun möglich ist. Die Amerikaner sind außerordentlich gastfrei, und unser Neu-Yorker Bezirksverein wird sich noch ganz besonders Mühe geben, uns gut zu empfangen

und für uns zu sorgen. Ich kann deshalb nur dem Wunsche Ausdruck geben: Kommen Sie alle mit, damit wir die Reise nach Neu-York gemeinsam machen können.“

10. Berichte des Vorstandes:

a) Vereinszeitschrift.

Abrechnung für 1910 (Ref.: Dir. Fritz Lütty).

(Von einem Referat wird abgesehen.)

V o r s.: „Ich hoffe, Sie sind einverstanden, daß der Überschuß wieder dem Zeitschriftenfonds zugeschrieben wird. Es erhebt sich kein Widerspruch.“

Bericht über die Entwicklung der Zeitschrift im abgelaufenen Jahre.

Das Jahr 1910 war für unsere Vereinszeitschrift ein Jahr ruhiger, aber stetiger Entwicklung und inneren Ausbaues nach den auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre gezogenen Richtlinien. Des näheren wird das bei Besprechung der einzelnen Rubriken auszuführen sein.

Soll hier ein Moment besonders hervorgehoben werden, so sei vor allem auf die neu eingeführte rasche Berichterstattung der Patentanmeldungen (soweit uns deren Veröffentlichung gestattet wurde) hingewiesen, durch die auch der Referatenteil unserer Zeitschrift sich vor dem, was andere Referatenorgane bieten, auszeichnet, so daß die bedeutende Mehrarbeit an Registrierung, Korrespondenz und anderes, die der Redaktion dadurch erwachsen ist, belohnt wird.

T a f e l I.

Zeitschriftenrubrik	1910	Anzahl der Seiten			In % d. Gesamtumf. d. Zeitschr.			
		1909	1908	1907	1910	1909	1908	1907
Aufsätze	770,9	787	775	735	30,0	29,1	28,3	31,1
Referate	696,4	728,2	876,3	658,2	27,1	26,9	32,0	27,8
Wirtschaftl.-gewerbl. Teil u. Tagesrundsch.	293,4	357,3	333,1	268,9	11,4	13,2	12,2	11,4
Aus anderen Vereinen	181,1	108,4	93,9	62,5	7,0	4,0	3,4	2,6
Eingelaufene Bücher u. Bücherbesprechungen	70,0	69,4	89,1	58,3	2,7	2,6	3,3	2,5
Patentlisten Deutschlands	52,5	48,4	50,5	64,2	2,0	1,8	1,8	2,7
Patentlisten des Auslandes	127,2	110,1	118,1	95,0	4,9	4,1	4,3	4,0
Personalien	41,0	33,4	37,5	26,7	1,6	1,2	1,4	1,1
V. d. Ch. (ohne Hauptvers.-Ber.)	94,5	96,5	62,5	64,3	3,7	3,6	2,3	2,7
Hauptversammlungsbericht	70,5	63,0	80,0	97,0	2,7	2,4	2,9	4,1
Register	112,0	110,0	116,0	92,0	4,4	4,1	4,2	3,9
VII. intern. Kongreß	—	106,0	—	—	—	3,9	—	—
Naturforscherversammlung	28,1	41,0	33,0	34,5	1,1	1,5	1,2	1,4
Kalitag	— ¹⁾	—	30,0	37,0	—	—	1,1	1,6
Differenz (Hauptvers.-Vorber., Kopf d. Zeitschrift, Lücken zwischen den einzelnen Abschnitten usw.)	36,4	45,3	45,0	70,4	1,4	1,6	1,6	3,1 ²⁾
Insgesamt	2574,0	2704,0	2740,0	2364,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹⁾ Kurzer Bericht unter V. d. Ch.

²⁾ Im Jahre 1907 befand sich am Kopfe der Zeitschrift noch die später in den Anzeigenteil verwiesene Inhaltsangabe.

In vorstehender Tafel I ist zahlenmäßig dargestellt, welchen Raum die einzelnen Hauptabschnitte der Zeitschrift beanspruchten. Der Aufsatzteil hat an Umfang abgenommen, trotzdem 27 Aufsätze mehr als im Vorjahre abgedruckt sind, ein höchst erfreuliches Ergebnis, aus dem wir ersehen, daß die Autoren unser Drängen auf Kürze mehr und mehr befolgen, da erfahrungsgemäß das Interesse der Leser bei langen Aufsätzen ungleich stark abnimmt.

Zu den einzelnen Abteilungen der Zeitschrift ist noch folgendes zu bemerken:

A u f s ä t z e : Trotz strenger Sichtung konnten wir eine stattliche Anzahl, zum Teil sehr bedeutende Originalarbeiten, bringen. Tafel II gibt einen Überblick über das uns zugesandte Material und seine Behandlung.

F o r t s c h r i t t s b e r i c h t e oder zusammenfassende Aufsätze sind 18 erschienen, und zwar: F a h r i o n : Fettanalyse und Fettehemie; K é l e r :

Die wichtigsten Fortschritte auf dem Gebiete der anorganischen Großindustrie; Fendler: Nahrungsmittelchemie; Bucherer: Gerichtliche und patentamtliche Entscheidungen usw. auf dem Gebiete des gewerblichen Rechtsschutzes im Jahre 1909; desgl. im I. Halbjahr 1910; Abhandlungen aus dem Gebiete des Patentrechtes im Jahre 1909; desgl. im I. Halbjahr 1910; Gößling: Industrie organischer Präparate; Fortschritte der organischen Chemie; Mohr: Fortschritte in der Chemie der Gärungsgewerbe; Flury: Jahresbericht über die Neuerungen und Fortschritte der pharmazeutischen Chemie; Sembritzki: Fortschritte in der Sulfittstofffabrikation in den letzten 10 Jahren; Liebermann: Fortschritte der physiologischen Chemie; Gurwitsch: Chemie und Technologie des Erdöls; Rochussen: Fortschritte auf dem Gebiete der ätherischen Öle und Riechstoffe; Neumann: Technische Fortschritte im Eisenhüttenwesen; Technische Fortschritte im Metallhüttenwesen; Bunte: Fortschritte der Gaserzeugung und Gasverwertung.

Außerdem wurden die bewährten vierteljährlichen Berichte über neue Farbstoffe und Musterkarten für Färberei und Druckerei von P. Kraiss beibehalten.

Bemerkt sei, daß weiterhin viele der Vorträge auf den Hauptversammlungen, die im Wortlaut abgedruckt sind, sowie auf Versammlungen anderer Vereine, über die ausführlich referiert worden ist, Berichte über Fortschritte auf einzelnen Gebieten darstellen.

Tafel II.

Aufsätze:

	1910	1909	1908	1907
Eingegangen	271	252	252	245
Davon zurückgewiesen	54	38	21	39
Ins neue Jahr hinübergenommen	19	32	21	27
Also abgedruckt im gleichen Jahre	198	182	210	179
Abgedruckt aus dem Vorjahre	32	21	27	32
Also insgesamt abgedruckt	230	203	237	211

Diese abgedruckten Aufsätze nahmen einen Raum ein von

	1910	1909	1908	1907
Seiten	771	787	775	735
Durchschnittslänge eines Aufsatzes in Seiten	3,35	3,9	3,3	3,5

Wir werden bemüht sein, neben der Pflege und Werbung guter Aufsätze und Originalmitteilungen die Fortschrittsberichte in der Weise auszugestalten, daß über alle wichtigen Kapitel jährlich, über die Nebengebiete mindestens alle 2 Jahre von Fachvertretern im Zusammenhange referiert wird.

Referate: Eingegangen sind 3608 Referate (1909: 4364 [inklusive Berichterstattung über den int. Kongreß], 1908: 3843, 1907: 3289). Abgedruckt wurden auf 696 Seiten 3756 Referate (3819, 4724 [viel übernommene Referate] und 3272 in den Vorjahren). Darunter befinden sich 379 Patentanmeldungsreferate, denen Vergleichszahlen in den Vorjahren nicht gegenüberstehen. Die Anzahl der abgedruckten Patente + Patentanmeldungsreferate beträgt 1375 (gegen 1027, 1450 und 1068 Patentreferate in den Vorjahren). Durch die Patentanmeldungsreferate erübrigt sich natürlich später bei einer ganzen Anzahl von erteilten Patenten ein Re-

ferat, es genügt vielmehr in solchen Fällen meist der Hinweis auf das Referat der Anmeldung und Angabe der Nummer des erteilten Patentes.

Wirtschaftlich-gewerblicher Teil: Die Zahl der eingelaufenen Korrespondenzen betrug 1408 gegenüber 2092, 2675 und 2057 in den drei vorhergehenden Jahren. Ein Vergleich dieser Zahlen untereinander ist allerdings nicht zulässig, da wir im letzten Jahre das schon i. J. 1909 gezeigte Bestreben, auf diesem Gebiete unnötige Registrierarbeiten zu vermeiden, konsequenterweise dahin noch ausgedehnt haben, daß wir nur solche Korrespondenzen, die ins Jahresregister aufgenommen werden sollten, registrieren ließen, während Mitteilungen von vorübergehendem Interesse, z. B. für Personalien und Tagesrundschau, nicht mit Nummern versehen worden sind. Der wirtschaftliche Teil nahm einen Raum ein von 293,4 Seiten (in den Vorjahren 357, 333 und 269 Seiten). Auch aus diesen Zahlen darf nicht etwa auf eine Vernachlässigung des wirtschaftlichen Teiles geschlossen werden. Einmal wurde die Platzersparnis dadurch erzielt, daß die größeren statistischen Tabellenwerke (z. B. Außenhandel Deutschlands), statt wie früher einspaltig, zweiseitig gesetzt wurden. Sodann ließen wir es uns ganz im Sinne unserer bisherigen Bestrebungen besonders angelegen sein, durch strenge Sichtung das Wichtige vom weniger Wichtigen zu scheiden. Die Zahl unserer ständigen Mitarbeiter auf diesem Gebiete hat gegen das Vorjahr keine Änderung erfahren, wir haben nur statt des bisherigen englischen Korrespondenten in Liverpool einen solchen in London gewonnen. Die regelmäßigen Marktberichte aus dem rheinisch-westfälischen Eisen- und Kohlenmarkt, dem oberschlesisch-polnischen Hüttengebiet, sowie vom Kölnischen Öl- und Fettmarkt und Berliner Stärkenmarkt wurden beibehalten. Besondere Sorgfalt wurde der Lage der chemischen und verwandten Industrien Deutschlands gewidmet, und aus den Geschäftsberichten aller bedeutenderen einschlägigen Firmen das Wichtigste gebracht. Unser Wunsch, gerade im wirtschaftlichen Teil keinen größeren Stock stehenden Satzes sich auf sammeln zu lassen, sondern vielmehr alle aktuellen Nachrichten mit jeder erdenklichen Schnelligkeit zu veröffentlichen, ließ sich auch im vergangenen Jahre verwirklichen.

Bücherbesprechungen: Die Zahl der zur Rezension eingesandten Bücher betrug 268 (281, 261 und 269 in den Vorjahren). Die Rubrik nahm einen Raum von 70 (69, 89 und 58) Seiten ein.

Aus anderen Vereinen: Über 98 (113, 108 und 72) Sitzungen von anderen Vereinen wurde auf 181 (108,94 und 62) Seiten berichtet. Der Umfang der einzelnen Berichte hat also nicht unbedeutend zugenommen, was schon wegen der oben erwähnten Tatsache, daß viele solcher Vorträge für unsere Leser Ergänzungen unserer Fortschrittsberichte darstellen, von Vorteil ist.

Naturforscherversammlung: Trotzdem der Umfang wesentlich abgenommen hat (28 S. gegen 41, 33 und 35 in den Vorjahren), konnte auf die einzelnen Referate mehr Raum als sonst verwendet werden, da das Programm in Königsberg weniger für uns in Betracht kommende Vorträge enthielt, als es sonst gewöhnlich der Fall war. Auch war es uns möglich, schon in der Woche danach

den ganzen Bericht in einem Hefte zu bringen, was der Übersichtlichkeit wegen sehr zu wünschen ist und unseren Bericht vor denen der meisten anderen Fachblätter auszeichnet.

Verein deutscher Chemiker: Diese Rubrik hat sich etwa auf der gleichen Höhe wie im Vorjahre gehalten, sie umfaßte 95 (97, 63, 64) Seiten. Vom Vorstand des Vereins gingen uns 16 (9, 11 und 27) Mitteilungen zur Veröffentlichung zu.

Hauptversammlungsbericht: Er nahm einen Raum von 71 (63, 80, 97) Seiten ein und konnte wieder zur üblichen Zeit, im August, erscheinen. Der gesamte Vorbericht mit den Referaten über sämtliche Sitzungen und Vorträge konnte schon in dem der Tagung folgenden Heft in geschlossener Form gebracht werden, so daß wir auch hierin anderen Blättern voraus waren.

Bezirksvereinsberichte wurden 77 (77, 75 und 63) veröffentlicht, davon entfielen auf die Bezirksvereine:

	1910	1909	1908	1907
Aachen	3	4	2	0
Bayern	4	6	6	5
Belgien	2	7	7	7
Berlin	1	2	1	1
Frankfurt	2	3	3	3
Hamburg	4	1	2	5
Hannover	1	0	0	0
Märkischer	9	11	11	8
Mittel- und Niederschlesien . .	3	1	2	1
Neu-York	3	1	3	3
Oberrhein	1	2	6	3
Oberschlesien	1	2	2	2
Pommern	0	1	1	0
Rheinland	10	9	5	3
Rheinland-Westfalen	14	8	3	6
Saar	2	1	1	1
Sachsen-Anhalt	4	6	5	7
Sachsen-Thüringen	4	5	3	4
Württemberg	7	5	10	6

Fachgruppenberichte wurden 28 (32, 30) veröffentlicht, davon entfielen auf die Fachgruppen für

	1910	1909	1908
analytische Chemie	5	4	3
anorganische Großindustrie	1	4	3
Gärungschemie	1	1	3
Geschichte der Chemie	1	1	2
gewerblichen Rechtsschutz	2	5	3
Kaliindustrie	3	0	2
medizinisch-pharmazeutische Chemie.	5	4	4
Mineralölchemie	3	4	2
organische Präparate u. Halbfabrikate	3	1	0
Photochemie	2	3	4
chemisch-technologischen Unterricht.	2	3	2
Chemie der Farben- u. Textilindustrie	0	3	4

Register: Obwohl es an Umfang das des Vorjahres nur um 2 Seiten übertrifft, so ist doch auf diesen Seiten ungleich mehr enthalten, da von dem sog. „angehängten Satz“ ausgiebiger Gebrauch gemacht wurde. Wir waren bemüht, durch möglichst sachgemäße Auswahl der Stichworte, sowie durch reichliche Stichwörterverweise das Register immer brauchbarer zu gestalten. Auch die neu aufgenommenen Patentanmeldungen wurden noch einmal besonders in einer Liste in übersichtlicher Ordnung dem Register eingefügt.

Die Korrespondenz der Redaktion belief sich (Eingänge und Ausgänge zusammen) auf 4664 (3936, 3321 und 3797). Die hohe Zahl ist durch die umfangreiche Korrespondenz, die die Patentanmeldungsreferate erfordern, verursacht.

Generalregister der Zeitschrift für angew. Chemie.

Das von Herrn Dr. E. W. Müller bearbeitete Generalregister wurde im Laufe des Berichtsjahres fertiggestellt und kam zur Versendung an die Subskribenten zu Anfang des neuen Jahres. Die Ordnung und das Zusammenstellen des umfangreichen Materiales, die eine unvorhergesehene große Arbeit erforderten, machten schließlich noch die Einstellung eines wissenschaftlichen Hilfsarbeiters erforderlich, den wir in Herrn cand. chem. Th. Arendt, Berlin, fanden. Ferner beteiligten sich an diesen Arbeiten die wissenschaftlichen Beamten des Vereins, während das Lesen der Korrekturen von den Herren Arendt, Dr. v. Engelhardt, J. Flaks, R. Nowak und G. Steyer besorgt wurde.

Prof. Dr. Rassow: „Es ist auf allen Linien weiter so gearbeitet worden, wie Sie es in den vorhergehenden Jahren vorgezeichnet haben. — Wenn in bezug auf den gesamten Umfang eine Reduktion eingetreten ist, so wollen Sie bedenken, daß wir vor zwei Jahren gar keine Referate hatten, und daß wir im Jahre 1909 den Internationalen Kongreß zu London hatten, der uns ein außerordentliches Plus an Material gebracht hat. Wenn Sie das Jahr 1911 mit dem Jahre 1907 als Normaljahr vergleichen, so sehen Sie, daß wir fortgeschritten sind. In bezug auf die Verteilung der Rubriken, auf den Umfang der Zeitschrift ist eine wesentliche Veränderung nicht eingetreten. Es ist schon von dem Herrn Vorsitzenden ausgesprochen worden, daß es wünschenswert sei, daß wir die Berichte über Fortschritte in den einzelnen Industrien künftig in größerer Zahl bringen. Wir haben uns in dieser Richtung umgesehen und werden die Sache weiter verfolgen; aber Sie wollen bedenken, daß diese Berichte das teuerste Material sind, das wir haben. Je kürzer ein Fortschrittsbericht ist, um so besser muß er bezahlt werden, denn um so mehr Arbeit steckt darin, und im Vorjahre haben wir uns nicht getraut, die Fortschrittsberichte in größerem Umfang zu inszenieren, in Zukunft soll das geschehen.“

Was wir an Plänen für die Zukunft haben, geht aus dem hervor, was der Herr Vorsitzende betreffs des Jubiläumsfonds gesagt hat. Damit die Herren einen Begriff davon haben, möchte ich mitteilen, daß die Zeitschrift zweimal erscheinen soll, einmal als wirtschaftlicher und gewerblicher Teil, das andere Mal als Referatenteil unter der Bezeichnung, die schon jetzt als Untertitel gebraucht wurde: Zentralblatt für die technische Chemie. Auch dieses Zentralblatt soll in bezug auf die einzelnen Referate weiter ausgebaut werden. Es wird eine Rundfrage bei Referenten veranstaltet, indem wir bitten, uns möglichst mitzuteilen, welche Zeitschriften und Rubriken noch angebracht wären.“

Dr. Meyer: „Ich möchte anregen, ob es nicht möglich wäre, der Zeitschrift ein etwas größeres Format zu geben. Die Bände werden bei dem kleinen Format unhandlich dick. Man könnte viel-

leicht das Format der Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure wählen.“

Dr. Zanner: „Mein Bezirksverein hat mich beauftragt, anzuregen, daß die gelben Blätter, die jetzt in der Vereinszeitschrift eingeklebt werden, als sehr störend verschwinden möchten, zumal, wenn damit kein großer pekuniärer Vorteil verbunden ist.“

Vors.: „Der Vorstand steht ganz auf dem Standpunkt des belgischen Bezirksvereins, aber der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe folgend, haben wir dem Wunsche der Firma Scherl entsprochen. Wir wußten, daß wir damit den Zorn unserer Mitglieder erregen würden, aber wir haben damit doch einiges mehr verdient.“

Dir. Lütty: „Was die Vergrößerung des Formates anbelangt, so war dies von dem Vorstande schon vor ein paar Jahren in Erwägung gezogen. Es ließe sich unter Umständen die Vergrößerung des Formates durchführen bei doppeltem Erscheinen der Zeitschrift; aber beide Sachen kosten Geld. In dem Augenblicke, wo genügendes Geld da ist, wollen wir der Frage näher treten.“

Vors.: „Wenn wir das nötige Geld zusammenbringen, können wir auch diesen Wünschen Rechnung tragen, also vielleicht in zwei Jahren. Wir haben versucht, zur Ersparnis an Referaten ein Abkommen mit der deutschen chemischen Gesellschaft zu treffen, daß ist aber gescheitert.“

Dr. Bein: „In dem letzten Heft, das wir erhalten haben, steht eine Notiz, daß die Neuseeländische Regierung eine Prämie von 12 000 Pfd. Sterl. ausgesetzt hat für den, der für die Verarbeitung von neuseeländischem Hanf praktische Verfahren ausarbeitet. Ich glaube, daß unter den 5000 Chemikern des Vereins mindestens 4500 sein werden, die gern bereit sind, diese 240 000 M zu verdienen, aber ich glaube, es werden kaum 30 darunter sein, die eine Ahnung davon haben, wie der neuseeländische Hanf beschaffen ist, und wie er verbessert werden soll. Derartige Aufgaben und Anregungen kommen selten. Ich möchte deshalb anregen, ob nicht die Möglichkeit vorliegt, in der Vereinszeitschrift eine Rubrik zu eröffnen, in der derartige Anfragen in weitestgehender Weise erläutert werden, vielleicht so, daß die Geschäftsführung in diesem Falle mit der neuseeländischen Regierung in Verbindung tritt und sie um Unterlagen bittet.“

Vors.: „Der Anregung wird Folge gegeben werden.“

Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, dann spreche ich noch der Redaktion unseren besten Dank aus für ihre Mühe und Arbeit und nochmals unseren Dank Herrn Dir. Lütty dafür, daß wir jetzt wieder auf der umgekehrten Richtung so weit sind; hoffentlich kann er im nächsten Jahre mit mindestens 10 000 M Überschuß abschließen.“

10 b) Rechtsankunftsstelle.

Vors.: „Herr Prof. Dr. Osterrieth ist in Amerika als Vertreter der deutschen Regierung, er ist deshalb nicht in der Lage, hier über die Rechtsankunftsstelle zu referieren; das wird Herr Prof. Rassoow tun; ich möchte aber bitten, diesen und noch einige andere Punkte auf morgen für die geschäftliche Sitzung zu vertagen. Ich frage indessen,

ob jetzt schon irgendwelche Wünsche und Anfragen vorgebracht werden sollen. — Das ist nicht der Fall.

10 c) Stellenvermittlung.

Vors.: „Ich denke, hier gilt dasselbe, was ich eben gesagt habe. Haben Sie irgendwelche Wünsche zur Stellenvermittlung vorzubringen? Auch das ist nicht der Fall.“

10 d) Statistik der Chemiker und Chemie Studierenden für das Jahr 1910.

Vors.: „Auch diese liegt Ihnen gedruckt vor. Wir sind da in einer schwierigen Situation. Einige Professoren haben leider gestreikt und lehnen die Beantwortung der von der Geschäftsführung gestellten Fragen ab. Vielleicht liegt dies daran, daß die Herren fürchten, die Zahlen könnten bekannt gegeben werden. Die Angaben werden aber nur in die Hände von ganz vertrauenswerten Männern gelegt; der Vorstand selbst bekommt keinen Einblick in die Einzelheiten. Es wäre aber notwendig, die genauen Zahlen zu besitzen, um das Verhältnis von Angebot und Nachfrage bei den stellensuchenden Chemikern kontrollieren zu können. Dann kann man, wie das früher oft der Fall war, den Gerüchten entgegentreten, wenn behauptet wird, das Angebot sei viel zu groß. Hierfür ist eine Statistik von Wert, die aber vollständig sein und sich über mehrere Jahre erstrecken muß. Es ist daher sehr bedauerlich, daß die Herren abgelehnt haben, uns ihre Zahlen zu geben. Wir werden es noch einmal versuchen, vielleicht unter Vereinfachung der Formulare.“

10 e) Vermittlungsstelle für Vorträge.

Vors.: „Hierzu wird nichts bemerkt.“

10 f) Studium der Ausländer an deutschen Hochschulen.

Vors.: „Darüber werden wir morgen ein Referat entgegennehmen.“ (Vgl. geschäftliche Sitzung S. 1723.)

11. Sozialer Ausschuß.

a) Bericht über seine Tätigkeit.

Vors.: „Der Bericht liegt schriftlich vor. Es wird nichts dazu bemerkt.“ (Vgl. geschäftliche Sitzung S. 1726.)

b) Neuwahl der ausscheidenden Ausschußmitglieder und deren Stellvertreter (es scheiden satzungsgemäß aus von den angestellten Chemikern Dr. E. Haagn und J. Pflieger, von unabhängigen Chemikern Dr. F. Raschig und Prof. Dr. M. Busch).

Vors.: „Hier müssen wir uns schlüssig machen, welche Herren wir zur Wiederwahl vorschlagen. Ich mache darauf aufmerksam, daß das Gebilde des Sozialen Ausschusses nach den Satzungen sehr kunstvoll konstruiert ist. Es heißt, es soll jeder Bezirksverein entsprechende Herren vorschlagen, und zwar doppelt soviel, wie gewählt werden müssen, und wenn das nicht der Fall ist, soll der Vorstand sie auf die entsprechende Zahl ergänzen. Es hat sich aber weder ein Bezirksverein gemeldet, der Vorschläge macht, noch hat der Vorstand eine solche Ergänzung vorgenommen. Wir stehen auf dem Standpunkte, da ein Bedürfnis hierzu sich nicht her-

ausgestellt hat. Wir empfehlen Ihnen, die ausscheidenden Herren wiederzuwählen. Es ist viel wichtiger, die Kontinuität in diesem Ausschusse aufrecht zu erhalten, als Neuwahlen vorzunehmen. Es erfolgt kein Widerspruch. Die Wiederwahl ist genehmigt.“

12. Bericht des Kuratoriums der Hilfskasse für das Jahr 1910.

Die Entwicklung der Hilfskasse war im Jahre 1910 eine ruhige, gleichmäßig fortschreitende, die zur Zufriedenheit des Kuratoriums verlief.

Das Stammkapital erhöhte sich im Laufe des Jahres um 9400,35 M. Die nachstehende Zusammenstellung zeigt die einzelnen Posten, welche das Anwachsen des Stammkapitals herbeiführten. Mit besonderem Dank muß hervorgehoben werden, daß unser leider zu früh dahingegangenes Ehrenmitglied, Herr Hofrat Dr. H. Caro, durch letztwillige Verfügung der Hilfskasse 5000 M vermacht hat. Das Kuratorium hat Gelegenheit genommen, der Witwe und den übrigen Hinterbliebenen den verbindlichsten Dank für diese nachahmenswerte Tat des Verbliebenen auszusprechen.

	1910	1909
Freiwillige Beiträge von Mitgliedern	M 1071,20	M 507,60
Bezirksverein Frankfurt	—,—	500,—
Vermächtnisse (1910 Caro, 1909 Plath)	5000,—	1000,—
Stellenvermittlung	102,15	188,—
Übertragung der Hälfte des Überschusses	3227,—	2190,—
	9400,35	4385,60

Insgesamt beträgt also das Stammkapital 56 000,13 gegen 46 599,78 M Ende 1909.

Dieser Betrag ist zur Hauptsache in mündelsicheren Wertpapieren angelegt, die bei der Rheinischen Kreditbank in Mannheim deponiert sind.

Die Papiere sind zu nachstehenden Beträgen angeschafft worden:

	M
6000 M 3½% Bremer Stadtanleihe	5 994,—
2000 M 3½% Hamburger Stadtanleihe	1 999,—
1000 M 3½% Kölner Stadtanleihe	997,—
5000 M 3½% Halberstädter Stadtanleihe	4 995,—
14 800 M 3½% Reichsanleihe	13 296,20
10 000 M 3½% Reichsanleihe	9 895,35
3000 M 4% Deutsch-Atlant. Telegr. Ges.	2 982,70
640 M 4% Preuß. Hypotheken-Pfandbriefe	646,40
6000 M 3½% Preuß. Konsols	5 746,—
5000 M 4% Deutsche Schutzgebiets-Anl.	5 059,30

Sa. 51 610,95

Diese Wertpapiere bringen in 1911 eine Zins-einnahme von 1839,60 M.

Im Jahre 1910 wurden 4 Darlehen in einer Gesamthöhe von 700 M bewilligt, 10 Gesuche mußten aus den verschiedensten Gründen abgelehnt werden. Es scheint in den Kreisen unserer Fachgenossen die Annahme verbreitet zu sein, daß die Hilfskasse über sehr große Kapitalien verfüge und diese Kapitalien den Vereinsmitgliedern in beliebiger Höhe zur Verfügung stellen müßte. Nur unter diesem Gesichtspunkte lassen sich Gesuche um käufliche Übernahme der Restbestände von Geschäften der

Apparateindustrie, Zuweisung von Darlehen von 30 000 bis 40 000 M, Ablösung und Übernahme von Hypotheken usw. verstehen.

Aus früheren Darlehen wurden im Jahre 1910 1620 M zurückbezahlt.

Die Abrechnung der Hilfskasse für 1910 im Vergleich zur Abrechnung 1909 ergibt das folgende Bild:

	1909	1910	Haushaltungsplan 1910
	M	M	M
1. Einnahmen:			
Zuschuß Hauptverein	500,—	500,—	500,—
Bezirksvereine	900,—	999,60	500,—
Zinsen Stammkapital	1531,65	1747,95	1640,—
Zinsen aus Kapitalien	12,15	96,85	—,—
Rückgezahlte Darlehen	1341,55	1620,—	900,—
Rechnungsüberschuß vom Vorjahre	1824,95	2189,60	2189,60
Zus.	6110,30	7154,—	5729,60

	1909	1910	Haushaltungsplan 1910
	M	M	M
2. Ausgaben:			
Unterstützungen	1700,—	700,—	5400,—
Porti, Spesen usw.	30,70	—,—	329,60
Zum Stammkapital	2190,—	3227,—	—,—
Übertrag auf das nächste Jahr	2189,60	3227,—	—,—
	6110,30	7154,—	5729,60

Der Haushaltsplan für 1911 ist wie folgt aufgestellt worden:

	M
1. Einnahmen:	
Übertrag aus 1910	3227,—
Hauptverein	500,—
Bezirksvereine	500,—
Zinsen Stammkapital	1839,—
Rückzahlung Darlehen	600,—
	6666,—
2. Ausgaben:	M
Unterstützungen	6400,—
Porti usw.	266,—
	6666,—

Gerne nehmen wir die Gelegenheit wahr, den Bezirksvereinen und den Mitgliedern, welche die Hilfskasse unterstützt haben, unseren besten Dank auszusprechen und sie zugleich zu bitten, auch in Zukunft ihr Interesse den hilfsbedürftigen Kollegen zuzuwenden zu wollen.

Den 26. Mai 1911.

Das Kuratorium:

gez.: Dr. F. Raschig. Dr. W. Scheithauer.
Fritz Lütty.

Dr. Raschig: „Ich beziehe mich auf das Referat, das gedruckt vorliegt.“

Vors.: „Ich konstatiere ganz kurz, daß das Vermögen der Hilfskasse sich auf 56 000 M erhöht hat, dank des Vermächtnisses unseres verstorbenen Ehrenmitgliedes Caro von 5000 M, und ich spreche sicher im Sinne des Vorsitzenden der Hilfskasse, wenn ich Sie bitte, auch bei festlicher Gelegenheit oder in Ihrem Testament dieser Kasse zu gedenken.“

13. Tätigkeit des Ausschusses zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Chemikerstandes.

(Vgl. geschäftliche Sitzung S. 1728.)

14. Tätigkeit des Deutschen Ausschusses für den mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterricht.

Vors.: „Wird morgen angehört werden“ (geschäftliche Sitzung).

15. Tätigkeit des Vereins chemische Reichsanstalt.

Vors.: „Auch hier werden wir das Referat morgen hören.“

16. Verschiedenes.

Vors. macht zunächst Mitteilung über die Umtaufe der Fachgruppe für anorganische Großindustrie in eine solche für anorganische Chemie.

„Dann bittet der Bezirksverein für Argentinien, daß er sich nicht Bezirksverein für Argentinien, sondern Südamerikanischer Bezirksverein nennen darf. Dagegen wird wohl nichts eingewendet.“

Es folgen einige geschäftliche Mitteilungen; ferner ein Hinweis auf das „Hoffmannsche Lexikon“.

Meurer: „Ich möchte fragen, ob die Mitgliedskarte nicht ein kleineres Format erhalten könnte. Man kann sie nicht in die Brieftasche stecken.“ (Sehr richtig!)

Vors.: „Der Anregung wird Rechnung getragen werden.“

Dr. Quincke: „M. H.! Ich habe im Namen des Sozialen Ausschusses noch eine Bitte vorzutragen. Der Soziale Ausschuß ist, wie Sie heute gesehen haben, kein harmonisches Ganzes, und er hat eine recht große Arbeitslast zu bewältigen, wir finden aber, daß unsere Arbeit vielfach durchkreuzt wird von den Bezirksvereinen, daß diese uns nicht einmal mitteilen, wann sie die Absicht haben, über diesen oder jenen Punkt unseres Arbeitskreises zu verhandeln und nicht das vorhandene Material einfordern. Dadurch entstehen Mißverständnisse, die allerdings seit Frankfurt seltener geworden sind; in Frankfurt hat ja ein Bezirksverein tatsächlich

dem Sozialen Ausschuß die Sache sehr schwer gemacht, indem er den Zweck der Resolution des Sozialen Ausschusses nicht kannte, weil er sich nicht vorher erkundigt hatte.

Wir haben außerdem in diesem Falle und auch ganz speziell die Redaktion der Vereinszeitschrift zu bitten, daß sie bei derartigen schwierigen Fragen, wie der Privatbeamtenversicherung, sich doch von der Sache etwas fern halten und sich mehr mit einem redaktionellen Hinweis begnügen soll. Wir erkennen an, daß sie die Verpflichtung hatte, z. B. infolge unseres Vertrages mit der Stuttgarter Versicherung für diese einzutreten; aber weshalb brauchte das gerade zu geschehen unter Bezugnahme auf das Privatbeamtengesetz? Wir waren sehr erstaunt, als wir acht Tage, nachdem das Gesetz erschienen war, schon eine Besprechung der Sache in der Zeitung fanden. Ein kurzer Auszug ohne jede Kritik wäre selbstverständlich zu begrüßen gewesen; aber nach acht Tagen schon über eine derartig schwierige Materie zu urteilen und sie mit anderen Dingen in Vergleich zu bringen, das führt leicht zu Mißverständnissen unter den Mitgliedern. Wir wollen das selbstverständlich nicht weiter verfolgen, glauben aber doch im Vorstandsrat darum bitten zu dürfen, daß man in der Hinsicht auf den Sozialen Ausschuß Rücksicht nehme, der doch schließlich nicht zu seinem Vergnügen arbeitet, vielmehr, wie es von dem Herrn Vorsitzenden richtig ausgedrückt worden ist, ein Sicherheitsventil sein sollte, der aber nur dann gedeihlich wirken kann, wenn er wenigstens in die Lage kommt, den Herren sein Material für ihre Besprechung zur Verfügung zu stellen.“

Vors.: „Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Sitzung, indem ich Ihnen danke für die Ausdauer, die Sie bewiesen, und die Selbstbeschränkung, die Sie sich auferlegt haben. Dadurch allein wurde es möglich, das umfangreiche Material in so kurzer Zeit zu bewältigen.“

Erste allgemeine Sitzung¹⁾

am Donnerstag, den 8. Juni, vormittags 9 Uhr.

Vorsitzender: Geheimer Regierungsrat Prof. Dr. C. Duisberg.

Hochansehnliche Festversammlung! Werte Gäste! Liebe Freunde und Kollegen! Pfingsten, das liebeliche Fest, ist gekommen und damit auch die Jahresversammlung des Vereins deutscher Chemiker. Von Jahr zu Jahr hat sich unsere Hauptversammlung interessanter gestaltet; sie ist der Sammelpunkt aller deutscher Chemiker geworden, unbekümmert darum, ob in Wissenschaft, in Industrie oder sonstwie tätig.

Im vorigen Jahre tagten wir im Süden Deutschlands, an der Isar, oder, wie unser hochverehrtes Ehrenmitglied, Exzellenz Adolf von Baeyer in seiner Begrüßungsrede meinte, in der von „Bier umflossenen Insel der Wissenschaft und Kunst“, München. In diesem Jahre sind wir der freundlichen Einladung unseres lieben Pommerschen Be-

zirksvereins folgend, an die Küste der Ostsee, in die Hauptstadt Pommerns, den größten ostelbischen Industrie-, Handels- und Hafenplatz, Stettin, gewandert.

Lockte uns im vorigen Jahre die berühmte und schöne Universitäts- und Kunststadt München, und war die Beteiligung, trotz der exzentrischen Lage, eine außerordentlich große, so sind wir diesmal in ebenso großer Zahl nach hier gekommen, um auch einmal wieder, wie vor 14 Jahren in Hamburg, vor 6 Jahren in Bremen und vor 4 Jahren in Danzig, einige Tage während der schönsten Zeit des Jahres an der Waterkante zuzubringen.

In Ihrer aller Namen darf ich wohl jetzt schon an dieser Stätte allen, welche sich um die Vorbereitungen und die Veranstaltungen unserer diesjährigen Hauptversammlung verdient gemacht haben, so den Vertretern dieser Stadt, den Mit-

¹⁾ Vgl. den Vorbericht Heft 24, S. 1105.